

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 29. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsheft. Die Neue Zeit 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Arbeiter! Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier! Gestaltet den Tag zu einer wuchtigen Kundgebung!

Die Kunst des Erreichbaren.

Als Kunst des Erreichbaren hat der Reichskanzler am Donnerstag im Herrenhause das Wesen der Politik bezeichnet. Wenn das richtig ist, dann ist Herr v. Bethmann Hollweg der größte Staatsmann, den die Welt jemals gesehen hat. Als er im Reichstage die Reichsfinanzreform mit der Erbschaftsteuer, die die Regierung als Erfordernis für das Zustandekommen der Reform bezeichnet hatte, nicht erreichen konnte, da nahm er das Gesetz ohne sie, und als ihm die konservativ-merikale Mehrheit seine sogenannte Wahlreform verweigerte, als sie die öffentliche Stimmabgabe, auf die die preussische Regierung so großes Gewicht legte, durch die halbgeheime Ersetzung, die direkte Wahl, die die Regierung einführen wollte, gestrichen, die Bestimmungen über die Kulturträger beseitigt und noch eine Reihe anderer Verschönerungen der Vorlage vorgenommen hatte, da erklärte sich Herr v. Bethmann Hollweg auch damit einverstanden, weil er nicht mehr erreichen konnte. Ueber Nacht scheint ihm aber das Verständnis dafür aufgegangen zu sein, daß er doch vielleicht beim Herrenhause noch etwas ausrichten könne, und so suchte er denn plötzlich bei der Bildung der Drittelungsbezirke noch etwas herauszuschlagen. Gewöhnliche Sterbliche nennen das eine Schacherpolitik, eine Politik des Kuhhandels, der „Philosoph“ im Reichskanzlerpalais bildet sich sein eigenes System, um zu beweisen, daß das die einzig wahre Politik ist.

Die Aenderungen, die die Kommission des Herrenhauses an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vorgenommen hat, sind keineswegs geringfügiger Natur: zunächst hat sie die Drittelungsbezirke etwas erweitert, ferner die Terminwahl ganz allgemein für zulässig erklärt, die Bestimmungen über die Maximierung zugunsten der Agrarier geändert und endlich einen neuen Kulturträgerparagrafen geschaffen. All das sind Verschlechterungen so erheblicher Art, daß sie für eine Regierung, die auch nur eine geringfügige Verbesserung anstrebt, unannehmbar sein müßten. Herrn v. Bethmann Hollweg dagegen gehen diese Verschlechterungen noch lange nicht weit genug, er sagt sich, vielleicht lassen sich noch weitere Verschlechterungen erreichen!

Wie in der Kommission, so hat er auch im Plenum wieder die hohen Herren, sie möchten ihm doch den Gefallen tun und in einem wesentlichen Punkte der Vorlage eine annehmbare Fassung geben. Dieser wesentliche Punkt ist für ihn die Bildung bedeutend größerer Drittelungsbezirke. Zwar erklärte er ausdrücklich, die Behauptungen der Presse, er wolle dadurch die Nationalliberalen und Konservativen gewinnen, seien unwahr, aber man wird ihm das nur mit einer gewissen Einschränkung glauben können. Gewiß liegt ihm auch daran, die Mittelparteien mit der Vorlage zu befreundeten, aber das Hauptmotiv, von dem er sich leiten läßt, ist doch das Streben nach völliger Entrechtung des Proletariats. Wenn wir Herrn v. Bethmann Hollweg auch nicht allzuviel politische Einsicht zutrauen, das eine weiß er ganz genau, daß es der Sozialdemokratie unter dem Dreiklassenwahlsystem nur infolge der Drittelung in Wahlbezirken möglich war, wenigstens ein halbes Duzend Vertreter in das Junkerparlament zu entsenden. Der stärksten Partei Preußens jede Vertretung zu nehmen, sie im Parlament völlig mundtot zu machen, das ist das Ziel, das dem leitenden „Staatsmann“ Preußens vor Augen schwebt, das ist das Ziel der Bethmannschen Wahlreform! Der neue Reichskanzler entpuppt sich dadurch nicht nur als der kurzschichtigste, sondern auch als der reaktionärste und volksfeindlichste Staatsmann, den Preußen seit Menschengedenken gehabt hat.

Herr v. Bethmann Hollweg sagt, er wolle keine Partei ausschalten. Aber wenn nicht inzwischen hinter den Kulissen neue Geschäfte abgeschlossen sind, dann wird durch die von ihm gewünschte Drittelung das Zentrum, das bisher mit den konservativen gemeinsam dies niederträchtige Attentat verübt hat, unbedingt ausgeschaltet. Es sei denn, daß hinterherum die Herren vom Zentrum diesem dreifachen Volksverrat, der die Krönung der fortgesetzten Schamlosigkeit bedeutet, bereits ihren Segen erteilt haben.

Einstweilen ist die Entscheidung über diesen wichtigen Punkt noch nicht gefallen. Das haben sich die Herren bis zum zweiten Beratungstage aufgeschoben.

Herr v. Bethmann Hollweg sagt, er wolle keine Partei zur Hilfe zu kommen, indem er einen ihr genehmen Antrag einbrachte, der für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern die Gemeindegliederung, für Gemeinden von 10- bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelungsbezirk auf jede angelegenen 20 000 Einwohner verlangt, aber auf der anderen Seite liefen auch wieder Anträge ein, die die Regierung schon in der Kommission als unannehmbar bezeichnet hatte, so der

jamose Antrag des Grafen Wartenberg, wonach für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit in jedem Hause erforderlich ist. Das Herrenhaus kümmert sich eben den Teufel darum, ob der Regierung ein Antrag genehm ist oder nicht. Diese „geborenen“ Gesetzgeber betrachten sich als die Herren im Staate, sie verlangen, daß die Regierung nach ihrer Weise tanzt.

Bewegte sich die Debatte zu Anfang in ruhigen Bahnen, gaben sich die ersten Redner, Fürst Salm-Gorimar und Fürst Lichnowski, Mühe, wenigstens sächlich zu bleiben, so wollte der nächste Redner, Herr v. Burgsdorff, offensichtlich den Beweis für die Verrohung des parlamentarischen Tones erbringen, über den ja in letzter Zeit so viel geklagt wird. Fürst Salm hatte erklärt, er werde, damit überhaupt etwas zustande kommt, für die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses stimmen, und Fürst Lichnowski hatte sich entschieden für den Antrag Schorlemer ausgesprochen, da er darin das einzig wirksame Mittel erblickt, um dem Ansturm der Sozialdemokraten und der Polen die Spitze zu bieten. Man wird zugeben, daß das gerade volksfeindlich genug ist, aber dem scharfmacherischen Draufgänger v. Burgsdorff, der schon wiederholt Proben eines grenzenlosen Unverständnisses abgelegt hat, erschiene seine beiden Vordredner als verkappte Kote, und so fühlte er sich berufen, die Rolle des Vaters des Vaterlandes zu spielen. Ohne auch nur eine Ahnung von der Entstehungsgeschichte des Dreiklassenwahlrechts zu haben, ohne jede Kenntnis der politischen Geschichte Preußens fafelte er das Blaue vom Himmel herunter. Und welche Ueberhebung, welches Selbstbewußtsein spricht aus dem Munde dieses echten Junkers! Was andere Staaten tun, meinte er, kann uns vollständig gleich sein; wir Preußen verbitten uns gehorsamst die guten Lehren von irgendwelchen Kleinststaaten, von der Straße und der Presse. In diesem Ton ging es weiter. Auf die Liberalen goß er die volle Schale seines Zornes aus, dem Fürsten Bülow, der doch selbst Mitglied des hohen Hauses ist, versetzte er den Efelstritt, gegen die Demonstranten tobte er und in seinen Wutausbrüchen verstieg er sich sogar zu der Bemerkung, er verdiente unter Anklage wegen Hochverrats gestellt zu werden, wenn er dem Drängen der Wahlrechtsdemonstranten nachgeben würde. Kurz und gut, es war ein Sammelsurium von törichten Phrasen, das dieser „edle und erlauchte“ Herr zum Besten gab. In keinem Parlament der Welt würde dieser Hanswurst der Reaktion ernst genommen werden. Anders im Herrenhause. Seine Standesgenossen gerieten in einen förmlichen Begeisterungstauumel und klatschten ihm Beifall so stürmisch, wie er sonst nur einem berufsmäßigen Clown zuteil wird. Das Herrenhaus glück in diesem Augenblicke vollends einem Varietés- und „Künstler“ und Publikum waren einander würdig.

Der Ruhm dieses Junkers ließ den Breslauer Professor Gillebrandt nicht schlafen. Dieser Herr, der sich für einen Vertreter der Wissenschaft halten mag, der aber in Wirklichkeit nur Vertreter der Breslauer Universität ist, schien beweisen zu wollen, daß ein beiläufiger preussischer Universitätsprofessor es an reaktionären Heldentaten getrost mit jedermann aufnehmen könne. Er zog gegen das Reichstagswahlrecht zu Felde, kanzelte die sozialdemokratische Landtagsfraktion ab, die so undankbar sei, daß sie den Reichskanzler für sein „Entgegenkommen“ mit Pfui-Rufen empfangen habe, und beantragte schließlich die Wiederherstellung der öffentlichen Stimmabgabe.

Zwischendurch vernahm man aus dem Munde des Oberbürgermeisters Kirchner Worte, denen wir zwar nicht voll beizupflichten vermögen, die aber immerhin von Verständnis für die politische Situation zeugen. Das Oberhaupt der Stadt Berlin hielt eine gründliche Abrechnung mit der Regierung, er nannte den Entwurf in der vorliegenden Form ein Musterbeispiel von Inkonsequenz, prophezeite ganz richtig, daß mit diesem Gesetz kein Friede geschaffen werden könne und belehrte Herrn von Burgsdorff darüber, daß auch er dem Weg des Kulturfortschritts nicht hemmen könne.

Am richtigsten scheint der dem Zentrum angehörige Graf Oppersdorff die Situation durchschaut zu haben. War er doch der einzige, der in der neuesten Wendung der Regierung, in der Adoption des Antrags Schorlemer, die Aufforderung erblickte, die jetzt im Abgeordnetenhause bestehende Parteikonstellation zu beseitigen. Herr v. Bethmann Hollweg, aber dies Schweigen ist berechtigt als all seine schönen Reden, er fühlte sich erkannt.

Daß auch die Gegner der Vorlage, soweit sie den Liberalen Parteien angehören, diese „Reform“ nur deshalb verworfen, weil sie davon eine Vermehrung der Unzufriedenheit und ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen befürchteten, das hat mehr als einer von ihnen, am deutlichsten wohl der Königsberger Oberbürgermeister Körte, ausgesprochen. Uns soll das ermutigen, in unserer Agitation für

das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fortzufahren und die Volksbewegung immer mächtiger und kraftvoller zu gestalten, bis endlich Regierung und Landtag die Waffen strecken.

Nach weiterer Debatte, in der weiblich auf die Sozialdemokratie geschimpft wurde, und die schließlich in ein Geplänkel zwischen Junkern und Nationalliberalen auslief, wurde die öffentliche Stimmabgabe abgelehnt und der Beschluß des Abgeordnetenhauses betr. das indirekte Wahlverfahren mit geheimer Wahl der Wahlmänner sanktioniert.

Die wichtige Abstimmung über die Drittelung erfolgt am Freitag.

Die „starke“ Regierung.

Das Verhalten der preussischen Polizeibehörden zu den Forderungen der sozialdemokratischen Vereine auf Genehmigung von Festumzügen zum 1. Mai bot in den letzten Tagen das Bild einer heillosen Verwirrung. Hier wurde genehmigt, dort wurde unter den lächerlichsten Begründungen verboten. Es war ein Schauspiel, das der Autorität der Polizei aufs höchste schaden mußte. Denn schließlich kann man der öffentlichen Meinung nicht weismachen, daß der Raunuszug in Genthin die öffentliche Sicherheit gefährdet, während er im benachbarten Brandenburg mit der öffentlichen Sicherheit verträglich ist. Allerdings gibt es die schöne Ausrede von den verschiedenen gelagerten örtlichen Verhältnissen, von den Unterschieden in der Bevölkerung u. a. mehr. Aber die kann hier nicht verfangen, weil diesen ablehnenden Bescheiden aus den verschiedensten Teilen Preußens ohne weiteres anzusehen ist, daß sie sich untereinander außerordentlich ähnlich sind. Entweder wird die „lokale Bevölkerung“ — der förmliche Entscheid des Genthiner Polizeichefs hat diese Bezeichnung gewählt — als Schreckgespenst aufgeführt, das die Sicherheit der demonstrierenden Sozialdemokraten bedrohen soll und vor dem sie die Staatsgewalt offenbar nicht schützen kann, oder die Unzugänglichkeit werden mit Berufung auf die angeblichen Erfahrungen bei den Wahlrechtsdemonstrationen selbst der Neigung zu Gewalttätigkeiten und Sicherheitsstörungen beschuldigt. Das erste Muster, das wir schon vom Vorjahre her kennen, trägt den Stempel einer traurigen Verlegenheitsausrede — um kein härteres Wort zu gebrauchen — gar zu deutlich an der Stirn; es ist ganz offenbar, daß diese Begründung lediglich den schäblichen Mantel für den widergesetzlichen Willen bilden soll, die Kundgebung der Arbeiterschaft auf jeden Fall, ohne Rücksicht auf das Gesetz zu verbieten. Das zweite Muster ist eine geradezu sträfliche Vergewaltigung der Tatsachen, denn bekanntlich sind die Kundgebungen des Proletariats überall da, wo die Polizei nicht durch brutales Vorgehen die Sicherheit gefährdete, in musterhafter Ordnung verlaufen. Ganz Deutschland und die Nachbarländer haben mit Respekt auf die bewundernswerte Disziplin geschaut, die das Proletariat bei der Berliner Kundgebung des 10. April und bei so vielen anderen großen Manifestationen und Massenversammlungen unter freiem Himmel in den Provinzen bewiesen hat — in den Entschieden nach Schema II aber marschieren die Arbeiter noch immer als eine Rote radeau- und raufstücker roter Gefellen auf!

Angesichts der Gleichartigkeit all der ablehnenden Entschlüsse fällt die Ausrede, die örtlichen Verhältnisse rechtfertigten es, daß in so vielen Orten die alte Verbotspraxis fortgesetzt wird, während in verschiedenen anderen die Polizei keinerlei Gefahr in der Veranstaltung des Raunuzuges zu entdecken vermochte, glatt zu Boden. Hier trat es klar zutage, daß die Polizeibürokratie in Verwirrung geraten war, daß die plötzliche Wandlung des Berliner Polizeipräsidenten vor dem 10. April hier und da anstößend gewirkt hatte, während an anderen Orten die alte Tradition gegen den vermeintlichen neuen Kurs noch verteidigt wurde. Die Verbote müßten selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit lächerlich werden, nicht nur ihrer ungläubigen Begründung wegen, sondern vor allem wegen der Genehmigungen in anderen Orten!

Da kam am Mittwochabend plötzlich die Meldung, daß die Magdeburger Polizeileitung die Genehmigung des Raunuzuges zurückgezogen hat. Und heute trifft die Nachricht ein, daß auch alle in Regierungsbezirk Magdeburg erteilten Genehmigungen rückgängig gemacht worden sind. Und zugleich meldet die Breslauer Zeitung, daß die schlesische Polizeiverwaltung von ihrer staatlichen Aufsichtsbehörde angewiesen wurde, keine Genehmigung zu Maifestumzügen zu erteilen und die bereits erteilten zurückzuziehen, weil nach Lage der Verhältnisse die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei.

Von oben kam die Erläuterung. Die Anordnungen im Magdeburgischen und in Schlesien sind nicht auf die Initiative der dortigen Oberbehörden zurückzuführen, und sie bleiben nicht auf diese Gebiete beschränkt, sie sind für ganz Preußen ergangen. Die Regierung Preußens hat endlich begriffen, daß die Verwirrung der Polizei sie vor aller Welt bloßgestellt. Sie hat schließlich beschlossen, dem kräftig zu steuern. Und da die Konsequenz offenbar in dem philosophischen System des Herrn v. Bethmann Hollweg keine Tugend ist und er wahr-

Kunstdebatte im Junterparlament.

Das Abgeordnetenhaus leistete sich am Donnerstag eine Kunstdebatte, in der naturgemäß auch über die in der Öffentlichkeit viel besprochene Flora-Büste etwas gesagt wurde.

Während die Redner der bürgerlichen Parteien sich fast ausschließlich auf nebensächliche Punkte beschränkten, wie z. B. die sehr wichtige, aber mit der Kunst in gar keinem Zusammenhang stehende Frage der Verpachtung des Restaurationsbetriebes im Ausstellungspark, hielt unser Genosse Liebnecht eine großangelegte Rede, durch die sich wie ein roter Faden der Gedanke: „Die Kunst dem Volke“ zog.

Der Kultusminister Trotz zu Solz, dem die Worte unseres Redners sichtlich unangenehm waren, suchte sich mit einigen nichtsfahrenden Pörfen und persönlichen Angriffen aus der Affäre zu ziehen — eine Methode, die zwar schon recht abgebraucht, aber für dieses Haus immer noch gut genug ist.

Die Wahlrechtsverderber in der Sadgasse.

Die „Deutsche Tagesztg.“ bezieht sich, Herr v. Bethmann-Hollweg wegen seines Eintretens für den Drittelungsantrag Schorlemer ihr Mißfallen zu erkennen zu geben. Das Blatt schreibt:

Als Herr v. Bethmann-Hollweg erklärte, die Regierung halte aus sachlicher Ueberzeugung an der Drittelung in den Gemeinden beziehungsweise in Bezirken von 10 000 bis 20 000 Einwohnern fest, wie sie ein eben eingelaufener Antrag Schorlemer vorschlägt, da vermittle man eine durchschlagende sachliche Begründung; und so heißfällig auch die Schlussworte des Angereds aufgenommen wurden, daß die Staatsregierung in einem negativen Ausgange der Wahlrechtsverhandlungen eine schwere Schädigung der Interessen des Landes sehen würde, und daß sie nichts preisgeben könne von ihren nüchternen realpolitischen Erwägungen wie von ihrer persönlichen Ueberzeugung — da blieb wohl bei den meisten Hörern ein gewisser Mißspalt zurück: Es war nicht klar zum Ausdruck gekommen, warum die Regierung an einer solchen Regelung der Drittelungsfrage so hartnäckig festhalten will!

Da im Herrenhause Graf Oppersdorff für das Zentrum den Antrag Schorlemer bekämpft hat, kann man wirklich begierig sein, ob Herr v. Bethmann seinen Willen, der diesmal durch die gottgewollte Abhängigkeit von den rheinisch-westfälischen Großindustriellen bestimmt wird, wirklich durchsetzen wird.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlkompromiß.

Zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen sind Verhandlungen eingeleitet worden, die den Zweck haben, ein Uebereinkommen für die nächsten Reichstagswahlen zu erzielen. Zunächst verhandeln Vertrauensmänner beider Parteien in angeblich unverbindlicher Weise. Es ist aber wohl anzunehmen, daß es zu einer bindenden Abmachung kommt. Den Wahlkreisen, in denen sich Nationalliberale und Freisinnige gegenübersehen, soll nahe gelegt werden, sich auf Kandidaten zu einigen, die die Unterstützung aller liberalen Richtungen finden können. Die Nationalliberalen werden solchen Abmachungen natürlich gern zustimmen, denn den Mut haben sie nicht, den Wahlkampf aus eigener Kraft zu führen.

Die freisinnige Kandidatur im Nieker Reichstagswahlkreise.

Man schreibt uns: Im Jahre 1908 lehnte der alte Professor Hänel, der den Nieker Wahlkreis über ein Vierteljahrhundert im Reichstage vertreten hat, in sicherer Erwartung eines Durchfalls die Kandidatur ab, trotzdem er bei der Wahl 1898 noch einmal in der Lage war, das ihm 1898 von den Sozialdemokraten entzogene Mandat zurückzuerobern. Seitdem sind die Freisinnigen vor jeder Wahl auf der Kandidatensuche. 1903 war der Schiffreder und Millionär Diederichsen, der so smarte Geschäfte während des russisch-japanischen Krieges mit Aufstand gemacht hat, ihr Durchfallskandidat. 1907 war es Herr Steller, der Direktor einer Hofenampferlinie. Immer schwerer wird es für die Freisinnigen, einen Durchfallskandidaten zu finden. Jeder kluge Politiker sieht das Schicksal des Kandidaten der reaktionärsten Gruppe des deutschen Freisinnigen, deren Laufbahn gepflastert ist mit Beteiligung an Wahlrechtsverderben und Wahlrechtsentzügen, voraus.

Kürzlich wurde nun die Welt mit der Nachricht überrascht, die Freisinnigen hätten in der Person des Freiherrn v. Rolke, des Leiters der Nieker Berufsfeuerwehr, einen geeigneten Kandidaten gefunden. Weiter wurde bekannt, daß vorher schon Verhandlungen im Gange waren, in der Person des Rechtsanwalts Döring, eines ausgesprochenen Förderers des kommunalen Dreiklassenwahlrechts und Mitgliedes der nationalliberalen Partei, einen Kandidaten auf den Schild zu heben, auf den sich freisinnige und nationalliberale Stimmen vereinigen könnten. Vor diesem Selbstmord ist der Freisinn vorerst noch zurückgeschreckt. Er glaubt, in der Kandidatur des Freiherrn von Rolke einen Mann repräsentiert zu haben, der auch den Nationalliberalen genehm ist, und wahrscheinlich werden diese von einem Sonderkandidaten absehen. Was Freiherr von Rolke politisch ist, weiß eigentlich kein Mensch. Er hat sich bisher nie an Politik beteiligt, war auch nicht Mitglied der freisinnigen Organisation, hat vielmehr nur verprochen, der fortschrittlichen Volkspartei beizutreten, wenn er gewählt wird. Dem Freisinn kommt es auch nicht auf die politische Ueberzeugung seines Kandidaten an, er hebt immer nur seine persönlichen Vor-

scheinlich meint, nachdem am 10. April das Recht des Volkes auf die Strafe anerkannt wurde, so könne es der Regierungsautorität nur nützen, wenn es nun wieder einmal umgekehrt gemacht wird und die „starke“ Regierung gemittelt wird, so hat sich die preussische Regierung für die Verbotspraxis entschieden!

Wie wir von bestinformierter Seite erfahren, sind die Zurückziehungen der Genehmigungen für Raumzüge auf einen Ufas aus dem Ministerium des Innern zurückzuführen, der das Verlangen stellt, keine Raumzüge zu gestatten!

Nach dem raschen Gesinnungswechsel des Herrn von Jagow vor der Versammlung im Treptower Park schien es, als sei die Einsicht in unseren höheren Regierungskreisen eingeleuchtet. Jetzt ist der Wind wieder umgeschlagen. Die überraschten Polizeibehörden, die da glaubten, im Sinne der Regierung zu handeln, wenn sie die Ufzüge gestatteten, machten plötzlich die Entdeckung, daß sie sich getäuscht haben.

Wenn der preussische Staatsbürger sich angesichts dieses höchst halbdreherischen Zirkusstückes fragt, wer denn eigentlich in Preußen regiere, ob er in einem Irrenhause lebe, so kann ihm das wirklich kein vernünftiger Mensch verdenken.

Das preussische Proletariat wird sich indes nicht lange mit dem Verwundern aufhalten. Es wird sich daran erinnern, daß das Reichsvereinsgesetz ihm das Recht auf Straßenumzüge gibt, und daß der Erlaß des preussischen Ministers des Innern gegen das Gesetz verstoßt, wenn er den Polizeichefs befiehlt, Raumzüge zu verbieten, auch wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht — selbst nach dem Urteil der allzeit bedenklichen Polizei!

Das Proletariat erkennt aus diesem neuesten Streich der preussischen Regierung, daß das freie Versammlungsrecht und das Recht auf die Strafe noch nicht einmal in dem Maße erklämpft ist, wie man nach dem 10. April anzunehmen berechtigt war, wenn in Preußen nicht eine „starke“, sondern eine konsequente Regierung bestünde! Und die Arbeiterchaft wird daraus den für sie einzig möglichen Schluß ziehen, daß das freie Versammlungsrecht, daß das Recht auf die Strafe erobert werden muß. Schließlich wird auch in Preußen das Reichsvereinsgesetz voll in Kraft treten müssen — mag sich die Bureaucratie vorläufig auch noch so sehr dagegen sperren!

Die neuesten Verbotsmeldungen sind die folgenden: In der Bekämpfung der Sozialdemokratie hat sich die Elberfelder Polizei stets durch ein rücksichtsloses Draufgängertum auszeichnet. Zuletzt hatte sie aber zweimal eine Versammlung unter freiem Himmel genehmigt. Doch jetzt ist es ihr wieder genug. Der beabsichtigte Maifestzug vom Volkshause nach dem Festlokal wurde verboten mit der charakteristischen Begründung, daß die Verherrlichung der Kaiserzeit und der Wahlrechtsdemonstration geeignet sei, weite Kreise der Bevölkerung zu beunruhigen und daß der staats-erhaltenden Bürgerchaft diese sich fortgesetzte wiederholende Inanspruchnahme der öffentlichen Straßen für Zwecke derartiger Kundgebungen nachgerade leid geworden ist!

In Hagen i. W. ist der Kaiserfeierzug von dem freisinnigen Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordneten Cuno ebenfalls verboten worden, angeblich, weil wegen eines am Sonntag stattfindenden Schaufensterwettwerbes so viele Menschen auf die Straße kämen, die nicht zu den Kaiserfeiern gehörten.

Soweit mag Herr Cuno durch die Verfügung der Regierung zu seiner Maßnahme genötigt sein. Er hat aber mehr getan, er hat es mit seinem „Freisinn“ vereinbaren können, in dem Bescheid zu behaupten, nach den bisherigen tatsächlichen Ergebnissen sei die Annahme gerechtfertigt, daß „das unbotmäßige Verhalten und das aufreizende Auftreten der Teilnehmer die öffentliche Sicherheit im Sinne des § 7 des Reichsvereinsgesetzes gefährden“.

Durch eine geschickt veranstaltete Protestkundgebung wollen nun die Hagener Genossen dem freisinnigen Abgeordneten den Unterschied zwischen Theorie und Praxis klar machen.

Original ist das Verhalten der Polizeibehörde in Halberstadt. Sie hatte ursprünglich den Umzug verboten, ihn auf wiederholtes Ersuchen aber schließlich doch genehmigt. Jetzt hat sie ihn nun wiederum verboten, und zwar mit der Begründung, daß die vorausgesetzlichen Teilnehmer an dem Umzuge sich seit einiger Zeit in Streitigkeiten (Streik, Ausperrung, Wahlrechtsvorlage) mit anderen Bevölkerungskreisen und dementsprechend in einer gewissen Erregung befinden, die sie zur Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen besonders geneigt macht.

In Sahnau (Schles.) wurde die schon erteilte Genehmigung zu einem Kaiserfeierzug durch die Straßen der Stadt wieder zurückgezogen, weil die Polizei jetzt auf einmal in dem Umzuge eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit erblickt.

Das Zentrumspiel mit verteilten Rollen.

Die „Germania“ bringt in der Freitagnummer einen langen Leitartikel, worin ein „genau unterrichteter Zentrumsabgeordneter des Reichstags“ den von der „Alln. Volksztg.“ und der parteioffiziösen „Centr.-Parl.-Correspondenz“ so derb abgeschüttelten Erzberger verteidigt. Der Artikel ist sehr geschickt abgefaßt — er ist ein Verfeinerungsartikel in jeder Weise, ein Artikel, der nach allen Seiten Komplimente austeilt und das Zentrum vor der Öffentlichkeit im besten Lichte zeigt. Herrn Erzberger wird attestiert, daß er im besten Glauben und mit vollem Recht so gehandelt hat, wie er es getan, seinen Opponenten aber ebenso, daß sie insofern Recht haben, wenn sie behaupten, daß der formulierte Antrag der Fraktion nicht vorgelegen hat. Indes habe die Fraktion doch den Ausführungen, die Herr Erzberger vor ihr über die Behandlung der südwestafrikanischen Vorlage gemacht, zugestimmt und damit auch dem Prinzip der Heranziehung der Kolonialkapitalisten zu den Kriegskosten. Dieser Antrag war aber auch gar nicht, wie dem Herrn Erzberger „von ihm feindlicher Seite in unloyaler und durchaus unwahrer Weise vorgeworfen wurde“, ein feindlicher Schritt gegen das Kolonialamt oder seinen Leiter — durchaus nicht, denn Erzberger habe das erste, noch druckfrische Exemplar einem Geheimrat der Kolonialverwaltung zugestellt. Bis dahin habe auch niemand in dem Antrag etwas Entlegliches gesehen. Aber als er dann in die Hände der Berliner Presse kam, „da erhob sich ein derartiger Sturm, als ob eine himmelsstürmende Ungerechtigkeit geschehen, als ob das Vaterland in die höchste Gefahr versetzt sei. Der Sturm erregte nicht nur die Kapitalistenwelt, sondern er brachte auch eine Zahl von Männern im eigenen Lager ins Schwanken. Ich meine, wir vom Zentrum sollten nachherade an das fortwährende Sturmgetöse, das die Gegenseite absichtlich gegen das Zentrum unterhält, so gewöhnt sein, daß wir dabei alle Ruhe bewahren, und je toller die Gegner toben, um so mehr sollten wir uns dieser Pflicht bewußt bleiben.“

Erzberger trage freilich für den Antrag allein die Verantwortung, heißt es weiter, aber er könne sie ganz gut

tragen, da die Zentrumsfraktion schon am 13. Dezember 1905 einen viel schärferen Antrag gestellt habe, in dem sie forderte, daß alle Land- und Bergwerksrechte von Kolonialgesellschaften an den Fiskus ohne jede Gegenleistung zurückfallen sollten, sofern sie nicht bis zum 31. März 1909 ausgeübt seien. — Den Schluß bildet eine Vermahnung, in Zukunft etwas mehr Vorsicht und etwas mehr Klugheit, aber auch etwas mehr Rücksicht gegenüber Männern zu beachten, „welche im unermüdblichen Schaffen und Ringen für die Partei und das Volk ihre Kräfte verbrauchen“.

So ist also alles in schönster Ordnung. Herr Erzberger, der sich übrigens in der „Germania“ tags vorher schon selbst verteidigt hatte, ist, nachdem man ihn zur einen Tür hinausgemorsen hat, zur anderen wieder hereingeholt worden. Und nachdem die Regierung zunächst durch den Antrag Erzberger daran erinnert worden ist, daß sie sich vor den Schwarzgen vorsehen möge, die unangenehm werden können, wenn man nicht so will wie sie, erhält sie jetzt die treuherzige Versicherung, daß nichts gegen sie und den Staatssekretär geplant war. Das „treue katholische Volk“ aber darf sich den Kopf darüber zerbrechen, was denn nun eigentlich die Meinung des Zentrums in besagter Steuerfrage ist, und wenn es aus alledem schließlich auf den Gedanken kommt, daß das Zentrum im Grunde genommen doch gar zu gern die Kolonialkapitalisten gehörig zugunsten der kleinen Leute schreöpfen möchte, daß Mathias Erzberger ein Held ist und in dieser Frage das Zentrum im großen und ganzen hinter sich hat, so werden das der „genau unterrichtete Zentrumsabgeordnete des Reichstags“ und seine Kollegen nicht bedauern.

Das Zentrum ist eine Volkspartei — weiß es dem Volk mit vollendeter Kunst Sand in die Augen zu streuen versteht!

Russische Schandtaten mit deutscher Hilfe.

Der Fall des Geisteskranken Semen Arschakow Terpetrosow, der vom Berliner Polizeipräsidium den russischen Behörden an der Grenze überliefert worden ist, liegt noch viel schlimmer, als wir nach den uns bis gestern zugegangenen Mitteilungen annehmen mußten. Wie eine telegraphische Meldung der „Neuen Freien Presse“ in Wien besagt, sind die ersten Nachrichten über Terpetrosow — nach seiner „Ausweisung“ — im Februar 1910 hierher gelangt. Damals erhielt der Reichsanwalt Dr. Oskar Sohn, der Terpetrosow vor dem Schwurgericht verteidigt hatte und nachher vom Berliner Vormundschaftsgericht zum Pfleger des Geisteskranken eingesetzt worden war, von der Schwester Terpetrosows aus Tiflis ein Telegramm mit der Anfrage, unter welchen Bedingungen Terpetrosow der russischen Regierung übergeben werden sei, und ob er danach vor ein Kriegsgericht gestellt werden dürfe. Fräulein Terpetrosow hatte offenbar so wenig von der deutschen Kultur begriffen, daß sie glaubte, das große Deutsche Reich der Gottesfurcht und der guten Sitte lassen den Ausländern die geordneten Formen eines völlerrechtlichen Verfahrens angebeihen und stelle die auch bei Wilden selbstverständliche Bedingung, einen Kranken als Kranken zu behandeln. Der Pfleger telegraphierte sofort an den Staatsanwalt des Kriegsgerichts in Tiflis, General Affanasowitsch, protestierte gegen das Gerichtsverfahren und verlangte die Vernehmung der Gerichtsarzte Dr. Loppmann und Dr. Hoffmann, sowie des Vorstehers der Irrenanstalt Buch. Der russische General ersuchte den Pfleger um Uebersendung der Gutachten dieser Aerzte und er erhielt sie auch. Der Prozeß in Tiflis wurde unterbrochen, und selbst nach den schlimmsten Erfahrungen, die man mit der „Rechtsprechung“ der Kriegsgerichte gemacht hatte, durfte angenommen werden, daß diese Unterbrechung zugleich die Vorendigung des Verfahrens bedeute. Wie sollte selbst das Kriegsgericht den Prozeß gegen einen Mann fortsetzen, der von angesehenen Irrenärzten, von gerichtlich angestellten Vertretern der Wissenschaft für geisteskrank erklärt worden war! Allein am 20. April traf ein Telegramm ein, das nach der Uebersetzung des „Berl. Tageblatt“ wie folgt lautete:

„Das Gericht vollzieht sich am 26. April russischen Stils (9. Mai) und bedroht den Arrestanten, der krank ist, mit Todesstrafe.“

Der General Affanasowitsch ließ nach dem Empfang der Gutachten alle Briefe des Rechtsanwalts Oskar Sohn ohne Antwort, obgleich dieser ihn auf seine Stellung als Pfleger und seine Pflicht, dem Vormundschaftsgericht zu berichten, mit dringenden Worten hinwies. Der kriegsgerichtliche Nord sollte eben gang im Verborgenen verübt werden.

Wie soll denn aber von einem russischen Institut für Massenmord Respekt vor deutscher Wissenschaft, Rücksicht auf einen Geisteskranken, Achtung vor dem Vormundschaftsrichter erwartet werden, da doch das Berliner Polizeipräsidium es an alledem hat fehlen lassen. Die Gerichtsarzte und der Vorsteher der Irrenanstalt Buch können sich jetzt beim Polizeipräsidium dafür bedanken, daß ihre gründlichen und wohlwolligen Gutachten vom Kriegsgericht in Tiflis wie wertlose Fegen unter den Tisch geworfen werden. Wenn der Vormundschaftsrichter vom Pfleger einen Bericht über den Verbleib und das Ergehen des Geisteskranken fordert, so mag er erwidern, ob er nicht gegen die an der Weisheitschiffung Terpetrosows beteiligten Beamten beim Staatsanwalt die Strafverfolgung wegen Freiheitsberaubung und Aussetzung veranlaßt. Nach § 234 St.-G.-B. wird wegen Menschenraubes mit Zuchthaus bestraft, wer sich eines Menschen durch Gewalt bemächtigt, um ihn in hilfloser Lage auszuweisen. Konnte Terpetrosow in hilfloser Lage kommen, als wenn er den des Wortes und der Forderung gewohnten russischen Polizeibeamten in die Hände gegeben wurde? Auch beim Berliner Polizeipräsidium hat sich der Pfleger Terpetrosows vergeblich bemüht, die Herausgabe des Kranken zu erlangen, damit er ihn in einer Privatanstalt gefahrlos unterbringen konnte, nicht aber in dem Gefangenenhause der Irrenanstalt Buch eine Freiheitsstrafe abbüßen sehen mußte, die ihm nicht auferlegt war und nicht auferlegt werden konnte.

Viellos an empörender, rechtswidriger und eines Kulturstaates unwürdiger Behandlung von Ausländern haben wir beim Berliner Polizeipräsidium schon erlebt. Als Grundlage eines Geheimbundsprozesses einen Uebersetzungsfehler, der nur deshalb nicht eine Fälschung genannt werden kann, weil ein Polizeibeamter niemals das Verwehrens der Rechtswidrigkeit hat; einen Karlenliebhaber, der aus einer ihm amtlich eingereichten Urkunde eine russische Stempelmarke herauschneidet; eine Wegnahme von Photographien eines Ausgewiesenen, wobei der Beamte in die Wohnung der Frau des Ausgewiesenen eindringt und gegen ihr Verbot den Schreibtisch durchwühlt, und so weiter in bunter Folge. Aber der Fall Terpetrosow ist scheußlich, wie kein Fall vor ihm. Nicht das Bild, nein, das Leben eines Menschen wird genommen, nicht einen Gesunden ergreift die Polizei, nein, einen hilflosen Kranken, um ihn dem sicheren Tode entgegenzubringen.

Nach aber lebt der Unglückliche. Und wenn die öffentliche Meinung der westeuropäischen Kulturwelt ihre Pflicht tut, so wird der Nordversuch nicht gelingen, trotz des russischen Kriegsgerichts und seiner deutschen Mittel.

züge hervor, seine angeblich allgemeine Beliebtheit bei der Kieler Bevölkerung, seine Tätigkeit als Leiter der Kieler Feuerwehr, des Kieler Verkehrsvereins usw.

Am Dienstag hat sich nun der freiherrliche Kandidat seinen Wählern vorgestellt. Ein Programm, wie er sich seine politische Tätigkeit denke, konnte der Freiherr noch nicht entwickeln, das verspricht er für später, wenn er sich mehr in die Politik hinein gearbeitet habe. Aber der Ueberzeugung sei er doch, daß die fortschrittliche Volkspartei die einzige Partei sei, die etwas leisten könne im Reichstage. Er schiebe vielleicht etwas mehr links als manche seiner zukünftigen Fraktionsgenossen — das er gewählt wird, ist für ihn schon ausgemacht —, in manchen Fragen aber auch etwas mehr rechts. Das letztere zielt auf die National-liberalen. Für die Bekämpfung der Sozialdemokratie hat der freiherrliche Kandidat ein Unterjamittel: Die Sozialdemokratie entsteht und wird gefördert durch Beschäftigungslosigkeit, darum muß ein Gesetz gemacht werden, durch das Tausende und Abertausende von Heinen und Kleinen in Bureausstellen geschaffen werden. Starke Heer und starke Flotte seien nötig, ja, es sei sogar die Frage, ob das jetzige Flottengesetz noch genüge. Die Steuerfrage und die das ganze Volk ausführende Wahlrechtsfrage waren für den freiherrlichen Kandidaten so nebensächliche Dinge, daß er darüber kein Wort sagte.

Die Geschichte der Reichstagskandidaturen des Kieler Freiherrn zeigt seinen Niedergang. Das nächstmal wird die freiherrliche Kandidatur ganz verschwinden und mit Zustimmung des Freiherrn eine nationalliberale an ihre Stelle treten, wie denn die Grenzen zwischen dem Kieler Freiherrn und den Nationalliberalen überhaupt noch schwer zu ziehen sind. Dem Kandidaten Freiherrn von Rolke aber wird die Kieler Arbeiterschaft dasselbe Schicksal bereiten wie seinen Vorgängern.

Bureaukraten-Anmaßung.

Von der Regierung zu Königsberg ist ein Erlaß herausgegeben worden, der die Lehrer zum Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur auffordert. Das ist ganz löblich — indes vermag die Königsberger Regierung sich nicht auf den Kampf gegen die Schundliteratur zu beschränken, sie muß damit die Sozialistenhege verknüpfen. Der Erlaß lautet:

„Der Verbreitung der Schmutz- und Schundliteratur — gleichviel von welcher Seite sie erfolgt — mit Entschiedenheit entgegenzutreten, gehört zu den Erzieherpflichten jeden Lehrers. Sowohl im Unterrichte wie auch in dem als wünschenswert bezeichneten Verkehr mit dem Elternhause wird der Lehrer Gelegenheit finden, diese Pflicht auszuüben. Soweit es sich neben der sittenlosen, die kindliche Phantasie überreizenden Schmutzliteratur auch um volksaufwiegelnde, Kirche und Staat bedrohende Schriften handelt, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt, ist vor in erster Linie die Polizeibehörde berufen, dieser Gefahr entgegenzutreten; jedoch liegt es auch im Interesse der Erziehung zu einem späteren Staats- und kirchenfreundlichen Verhalten der Jugend, daß immer wieder auf das Gefährliche und Verwerfliche der Lektüre von Schmutz- und Schundschriften hingewiesen und davor gewarnt wird. Sollten nachweislich Schriften der bezeichneten Art den Schülern zur Verfügung oder zum Kauf angeboten werden, so wird es sich rechtfertigen lassen, den Versuch solcher Handlungen zu verbieten. Auch wird den Polizeibehörden entsprechende Mitteilung zu machen sein.“

Die Königsberger Regierung erlaubt sich also, die sozialistische Literatur, die ja mit dem schönen Ausdruck „volksaufwiegelnde, Kirche und Staat bedrohende Schriften“ gemeint ist, mit unter die Schmutz- und Schundliteratur zu rechnen. Wir haben dafür nur das eine Wort: Bureaukratenanmaßung. Angebracht wäre noch ein weit schärferes — aber in der deutschen Pressefreiheit muß das obige genügen.

Sachsen für Einführung von Schiffsabgaben.

Der preussischen Regierung ist es gelungen, jedenfalls „unter Anwendung von Energie“, wie Posadowsky seinerzeit sagte, die sächsische Regierung in der Frage der Schiffsabgaben zum Nachgeben zu bewegen. Sachsen ist mit der Einführung von Schiffsabgaben einverstanden, nachdem eine Reihe Konzessionen auf dem Gebiete der Gütertarife und der Staffelung der Schiffsabgaben gemacht worden sind. — Es bleibt nun noch der Widerstand Oesterreichs und Hollands zu überwinden. Hier dürfte Preußen allerdings auf einen schärferen Widerstand stoßen.

Die Arbeitergrubenkontrolleure in Sachsen.

Die Beschuldigungsdeputation der zweiten sächsischen Kammer beschäftigte sich mit der Bergesebnovelle, in der auch Arbeiterkontrollleure vorgesehen sind. Unsere Genossen erreichten, daß das Wahlgesetz nicht erheblich besser gefaßt wird, als in der Regierungsvorlage beabsichtigt war, und sehen auch durch, daß die Arbeiterkontrollleure nach Ablauf ihrer Amtsperiode wieder wählbar sind. Die Entscheidung über diese Beschlüsse liegt nun bei der ersten Kammer.

Graf Schwerin-Löwitz läßt die Meldung dementieren, er beabsichtige wegen Ueberbürdung sein preussisches Abgeordnetenmandat niederzulegen. Wir hätten allerdings gedacht, daß das Ehrenamt eines Präsidenten des Reichstags soviel Zeit und Umsicht erfordert, daß zu Mandatskumulierungen kein Anlaß vorliegt.

Noch im Tode verfeuert.

Weder dem Soldaten, der an die Ehre eines Vorgesetzten tippt; das Militärstrafgesetzbuch sieht graumächtige Strafen dafür vor und die Militärjustiz kennt kein Erbarmen. Weder ist die Ehre des gemeinen Soldaten im Militärstrafgesetzbuch weniger geschützt, und die militärische Justiz zeigt wenig Eifer, diesen geringfügigen Schand zu sichern, wie ja immer wieder der Ausbruch der Soldatenunruhenprojekte zeigt. Wie wenig Takt selbst hohe Offiziere besitzen, wenn es sich um die Ehre gemeiner Soldaten handelt, zeigt deutlich folgender Fall: Am Freitag vergangener Woche wurden auf dem in Wilhelmshaven Kohlen übernehmenden Linienschiff „Jährlingen“ drei Matrosen durch herabfallende Kohlenkörbe verletzt, weil die zum Hochziehen der Kohlen bestimmte Stahltrosse aus der Aufhängvorrichtung herausgeglitten war. Ein Bootsmannsmaat und mehrere Matrosen sprangen sofort zur Rettung und Hilfeleistung der Verletzten hinzu; in diesem Augenblick röh aber auch die Stahltrosse, weitere schon hinaufgezogene Kohlenkörbe fielen herab und verletzten auch die Retter. Einer dieser verletzten Retter, der Matrose Emil Hoffkamp, ist jetzt an den Folgen der erhaltenen Verletzungen gestorben. Hoffkamp ist Soldat zweiter Klasse gewesen, wozu ein Soldat allerdings leicht gelangen kann. Der Kommandant des Linienschiffes „Jährlingen“ hat nun geglaubt, diesen militärischen Defekt des Matrosen, der seine brave Tat mit dem Leben bezahlte, noch über das Grab hinaus feststellen zu müssen. In den Soldatblättern Kiels lesen wir folgende Anzeige:

Nachruf.

Gestern starb der Matrose II. Klasse Emil Hoffkamp an den Verletzungen, die er bei dem Versuch der Vergung verunglückter Kameraden erlitten. Sein Tod jähnt seine frühere Verletzung. Deshalb Ehre seinem Andenken.

Wilhelmshaven, den 23. April 1910.

Kommando S. M. S. „Jährlingen“,
Hebbinghaus,
Kapitän zur See und Kommandant.

Wäre der Matrose eines natürlichen Todes gestorben, hätte außer seinen engeren Schiffskameraden wohl kaum jemand in der Außenwelt erfahren, daß er deklariert war. Die ruhmvolle Tat im Dienste der Kameraden aber wird der Anlaß, in die ganze Welt hinauszuschreien, daß der Verlorene im Sinne des Militarismus

erlos war. Etwas mehr Takt, besonders mit Rücksicht auf die Angehörigen des Verstorbenen, wäre wohl am Platze gewesen. Ober soll eine solche Bekanntmachung in erster Linie als Abschreckungsmittel für die gemeinen Soldaten dienen, genau so, wie die ganze Militärstrafrechtspflege auf dem Prinzip der Abschreckung beruht?

Auch ein grober Unfug.

Das Schöffengericht in Rathenow verurteilte drei Teilnehmer der Bahnbrechendemonstration vom 6. März wegen groben Unfugs zu je 9 M. Geldstrafe. Der grobe Unfug wurde darin erblickt, daß die Angeklagten als Teilnehmer eines polizeilich nicht genehmigten öffentlichen Umzuges Plakate mit den angelegentlich aufreizenden Inschriften: „Gott das freie Wahlrecht!“ und „Nieder mit den Junkern!“ getragen haben sollen.

Zwei Urteile der Militärjustiz!

Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den Matrosen Käter wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu — 3 Jahren Gefängnis! Indem es einen schweren Fall und eine fortgesetzte Handlung annahm. Der Angeklagte war anlässlich des Weihnachtsfestes zu seinen in Riesa wohnenden Eltern beurlaubt, wo er am 2. Feiertag im ange-trunkenem Zustande ein Tanztanz besuchte. Hier hat er einen Sergeanten, den er als solchen nicht erkannte, auf die Füße getreten und einen leichten Stoß gegen den Arm versetzt. Das Kriegsgericht hatte auf 6 Jahre 2 Monate Gefängnis erkannt. Das Oberkriegsgericht setzte auf die Verurteilung des Angeklagten das Schreckensurteil nur um 2 Monate herab.

Eine unglaublich gelinde Strafe für eine grenzenlose Roheit warf dagegen das Dresdener Kriegsgericht gegen den Fahrer Lippmann vom 12. Artillerie-Regiment aus. Lippmann, der ein „alter Mann“ ist, schlich sich abends in den Stall, wo der „mißliebige“ Rekrut Gläser Dienst hatte und gerade einen Augenblick schlief, löschte die Lampen aus, begoß den Rekruten mit Wasser und schlug mit einem Steigbügelgurt unbarmerherzig auf ihn ein! Die Schalle des Gurtes traf den Rekruten demagen ins linke Auge, daß er das Schermermögen fast völlig einbüßte! Das Gericht verurteilte diesen Rohling zu nur — 2 Monaten Gefängnis!

So machen die Kriegsgerichte antimilitaristische Propaganda.

Schweiz.

Sozialdemokratische Wählerfolge.

Zürich, 25. April. (Fig. Ver.) Im Kanton Neuenburg fanden gestern die Kantonsratswahlen nach dem bestehenden gesetzlichen Proporz statt. Gewählt wurden 23 Sozialdemokraten gegen 19 bisher, also ein Gewinn von 4 Mandaten, 68 Radikale und 26 Konserbative. Der sozialdemokratische Erfolg geht auf Kosten der beiden bürgerlichen Parteien. Im übrigen hat sich die proportionale Wahl wieder bestens bewährt, indem sie jeder Partei ihrer Stärke entsprechend brachte, was ihr gehört; die ganze Wahlbewegung ruhig verlief und keinerlei Störungen erforderlich sind.

Frankreich.

Briand als Ordnungshüter.

Paris, 25. April. Ministerpräsident Briand hatte mit dem Polizeipräfekten Lépine eine Besprechung über die von den hiesigen Gewerkschaften geplante Raikundgebung im Boulogner Wäldchen. Eine amtliche Note erklärt, daß die Regierung alle Maßnahmen getroffen habe, um am 1. Mai die Ordnung und die Sicherheit in- und außerhalb von Paris aufrecht zu erhalten.

Paris, 25. April. Ministerpräsident Briand hat den Präfekten von Marseille beauftragt, bei etwaigen Verhandlungen mit den ausländischen Seeleuten eine Abordnung derselben nur dann zu empfangen, wenn die Urheber des Streiks, insbesondere der Sekretär des Syndikats, Privelli, ihr nicht angehören. Diese Verfügung verweist sich gegen die Bemühungen einzelner Politiker die im Interesse der Wahl Brissons beim Präfekten zugunsten Privellis verwandt haben.

Italien.

Eröffnung der Kammer.

Rom, 25. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der heutigen Sitzung wurde mit großer Spannung entgegengesehen, da der neue Ministerpräsident sein Programm endlich enthüllen mußte. Mit großer Bestimmtheit wurde behauptet, daß Luzzetti eine Reform des Wahlrechts für das Parlament und eine Reform des Senats vorschlagen werde. Im Gegensatz zu Sonnino ist Luzzetti vorläufig einer Unterstützung durch Giolitti und seiner Mehrheit sicher.

Luzzetti führte aus, daß die Regierung eine große Anzahl Reformen durchzuführen wolle. Die wichtigsten sind: Verbesserung des Volksschulunterrichts, Steuerreform, Wucherbekämpfung usw. Nach den üblichen Wendungen über die auswärtige Politik kündigte der Ministerpräsident an, daß im Jahre 1911 gelegentlich der Jubelfeier seiner nationalen Wiedergeburt, Italien in Rom eine Konferenz zusammenzutreten sehen werde zur Vorbereitung von allgemeinen und festen Leitlinien für Arbeitserträge, Auswanderung und Verlust bzw. Erhaltung der Staatsangehörigkeit.

Die Ankündigung der politischen Reformen brachte eine Enttäuschung. Nach den Regierungsplänen soll der Senat seine Präsidenten und seine Vizepräsidenten selbst ernennen. Für die Wahlen zur Deputiertenkammer soll eine Änderung der Wahlkreiseinteilung in den großen Städten angestrebt werden, die den Versuch gestalten würde, ob das Proportionalsystem den sozialen und politischen Verhältnissen Italiens entspreche; später solle dann die Frage untersucht werden, ob es möglich ist, die Teilnahme des Volkes am Staatsleben dadurch auf eine breitere Basis zu stellen, daß allen groß-jährigen Bürgern, die lesen oder schreiben können, das Wahlrecht bewilligt wird.

Das Programm fand in der Kammer eine leidlich gute Aufnahme. Der Beifall kam von allen Seiten des Hauses, nur von der äußersten Linken sehr spärlich. Das Programm ist reich an Versprechungen, aber alles ist in eine ferne Zukunft gerückt. Einige antimilitarische Anspielungen fanden lebhafteste Zustimmung, die lächerliche Senatsreform erregte Gelächter. Die versprochene Wahlreform scheint ein Aushängeschild zu sein, um die äußerste Linke zu gewinnen. Im ganzen: viel klein-bürgerliches Reformertum, aber wenig Aussicht auf wirklichen Fortschritt.

England.

Das Budget im Oberhause.

London, 25. April. Oberhaus. Als die Beratung des Finanzgesetzes heute nachmittags begann, hat das Haus einen merkwürdigen Kontrast gegenüber dem Aussehen im vergangenen Jahre, als dieselbe Bill zur Beratung stand. Die Galerien, welche damals von den Gemahlinnen der Peers dicht besetzt waren, waren heute fast leer, auch die Peers waren nicht in großer Zahl anwesend. Lord Crewe ersuchte das Haus, die Bill, welche schon einmal die Genehmigung des Unterhauses in allen Stadien erhalten habe, an-

zunehmen und trat der Behauptung kategorisch entgegen, daß die Bill von dem Unterhaus infolge eines Handels angenommen worden sei. Es habe durchaus keinen Handel irgendeiner Art hinsichtlich dieses oder eines zukünftigen Budgets gegeben in bezug auf irgendeinen Schritt, der unternommen worden sei oder unternommen werden sollte hinsichtlich des Streites zwischen beiden Häusern.

Lord Lansdowne erklärte, daß die Peers der Bill im letzten Jahre nur deshalb ihre Zustimmung verweigert hätten, weil sie an die Wähler hätten appellieren wollen. Da die Wähler sich für die Bill erklärt hätten, wären die Peers jetzt gebunden und mühten sich mit der Annahme der Bill abfinden. Sie wären aber berechtigt, auf das außerordentliche Bögen der Regierung bei dem Einbringen der Finanzbill im Parlament hinzuweisen.

Nach weiterer Debatte wurde das Finanzgesetz in allen drei Lesungen angenommen.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 25. April. Nach amtlichen türkischen Nachrichten zerschneiden die Rebellen die Telegraphendrähte und verhindern den Eisenbahnverkehr zwischen Uesküb und Nitroviça. Gestern sind von Uesküb drei Bataillone, eine Batterie und eine Maschinengewehrabteilung und von Verisowitsch dreizehn Bataillone, fünf Batterien, drei Maschinengewehre und Kavallerie nach Kasthanik entsendet worden, wo sich die Hauptmacht der Rebellen befindet. Gestern fand kein Zusammenstoß statt. Nach dem Sabah wurde den Rebellen eine zwölfstündige Frist zur Unterwerfung gewährt.

Erfolge der Rebellen.

Saloniki, 25. April. Es wird amtlich bestätigt, daß Diawo von Rebellen besetzt, ein halbes Bataillon ent-waffnet und die Behörden verjagt worden sind. Die Bevölkerung von Ipeh hat beschworen, daß sie sich den Aufständischen anschließen wird. Die Insurgenten veranstalteten darauf in der Umgebung ein heftiges Feuerschießen, das Anlaß zu dem Gerücht von einem Geschehe gab. Die Anrouten sind entschlossen, auch Nitroviça anzugreifen. Aus Smyrna wird ein Transportdampfer mit Refereuten erwartet. Ein weiteres Bataillon geht heute nach Uesküb ab.

Venezuela.

Präsidentenwahl.

Caracas, 25. April. Juan Vicente Gomez ist zum Präsidenten gewählt worden. Für alle politischen Gefangenen ist eine Amnestie erlassen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist

Verbreitung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft von Karl Kautsky. 50. Band der Internationalen Bibliothek, VIII und 288 Seiten. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2 M.

In dem vorliegenden Buche bietet Kautsky allen, die sich mit der wieder modern gewordenen Frage der Ueberbevölkerung beschäftigen, einen Führer durch das Labyrinth des Malthusianismus. Der Verfasser ist bemüht, eine Lücke in unserer Literatur auszufüllen; er versucht die Einheit zwischen gesellschaftlichem und natürlichem Geschehen, dabei aber auch die Eigenheit des ersteren zu erweisen, im Gegensatz sowohl zu jenen Vertretern der Geisteswissenschaften, die das gesellschaftliche Geschehen als Produkt eines freien Willens aus dem Rahmen der Naturgesetzmäßigkeit herausheben wollen, als auch im Gegensatz zu jenen Vertretern der Naturwissenschaften, die die Eigenart des gesellschaftlichen Organismus verkennen und glauben, die Kenntnis der Gesetze, die den pflanzlichen und tierischen Organismus beherrschen, genüge, die Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu lösen.

Das Buch ist in sieben Kapiteln eingeteilt. Sie behandeln: Die Furcht vor Ueberbevölkerung und Entvölkerung. — Natur und Gesellschaft. — Der Nahrungsraum. — Das Gleichgewicht in der Natur. — Revolution und Stillstand in der Natur. — Die arithmetische Progression und der abnehmende Bodenretrag. — Die Ausdehnung des Nahrungsraums. — Die Störung des Gleichgewichtes in der Natur. — Seuchen und Waldverwüstung. — Wissenschaft und Arbeit. — Kunst und Natur. — Die geometrische Progression des Naturmenschen. — Die geometrische Progression der Zivilisation. Landwirtschaft und Kapitalismus. — Landwirtschaft und Sozialismus. — Volksvermehrung und Sozialismus. — Massenhygiene.

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Jgn. Brand u. Co., Wien, erschien:

Schutz der Mutter und dem Kinde. Von Adelheid Popp („Richtstrahlen“ Nr. 21). 30 S. Preis 10 Pf. Der Inhalt gliedert sich in folgende Abschnitte: Mutterschutz, die Schutzfrist der Wöchnerinnen, Mutterberatungsstellen, Oesterreich das Land der größten Kindersterblichkeit, Todesursachen, Säuglingschutz, die Schädlichkeit der Karenzfrist, Wer sind die Kindesmörderinnen aus Kol? Entbindungshäuser, Säuglingsheime, Stillräume, Nachtenttag, Gewerbeinspektorinnen, Angehörigenversicherung, Witwen- und Waisenernährung, politische Rechtlosigkeit.

Die „aufreizende“ Postkarte.

In der Buchhandlung der Frankfurter „Volksstimme“ erschien am Dienstag ein ganzes Heft von Kriminalbeamten, um eine Forderung vorzunehmen. Gesucht wurden Karten, die nach einem Wille der Rainummer von 1895 gemacht waren und nach Ansicht der Polizei „zum Klassenhaß aufreizen“ sollen. Sie sind bekanntlich in der Buchhandlung „Vorwärts“ zu Berlin beschlagnahmt worden. Trotz der eifrigsten Bemühungen fand die Polizei in Frankfurt nichts.

Polizeiliches, Berichtliches usw.

Aufgehobenes ungeselliches Verfahren.

Der Oberbürgermeister von Köln hat im Auftrage der Kgl. Regierung die Schulleiter angewiesen, von weiteren Versuchen Abstand zu nehmen, Schulkinder durch Verbote von sozialdemokratischen Veranstaltungen, namentlich von den Lesungen des Kinderheftes im Arbeiterjugendverein „Dra“ (der natürlich ein ganz unpolitischer Verein ist, aber von den Gegnern nach alter Uebung seines Arbeitercharakters wegen einfach als sozialdemokratisch bezeichnet wird. D. Red.) zurückzuführen. — Man hat also die Ungeheuerlichkeit der bisherigen Verbote, die übrigens von den Eltern unbeachtet gelassen wurden, eingesehen.

Die Berichte der Ueberwachenden. Am Mittwoch stand Genosse Seling in Berlin unter der Anklage, in einem Vortrag die christlichen Kirchen durch das Wort „Verdummungsanstalten“ beschimpft zu haben. (§ 168 des Str.-G.-B.) Der Angeklagte bestritt die Anklage und wies darauf hin, daß die Ausführungen in seinem Referat, auf die sich die Anklage stützt, ganz aus dem Zusammenhange gerissen sind.

Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung mit der Begründung, es habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß eine Beschimpfung der christlichen Kirchen vorliegt.

Gewerkschaftliches.

fünfundzwanzig Jahre Buchbinderorganisation.

Wenn am 1. Mai dieses Jahres der Buchbinderverband sein 25-jähriges Jubiläum feiert, so kann er mit Recht von sich sagen, der jüngste und lebenskräftigste Sproß eines alten Stammes zu sein. Denn schon im zünftigen Buchbinderhandwerk war die Gesellenorganisation eine straffe und zählebige, und hat sich in einzelnen Fällen vom 16. Jahrhundert bis zum Jahre 1848 erhalten. In Berlin z. B. wich sie erst im genannten Jahre der „Gesellschaft vereinigter Buchbinder“, die als korporatives Mitglied der „Arbeiterverbrüderung“ angehörte, und die die sieben, am 18. März 1848 auf den Barrakaden gefallenen Buchbinder durch ein besonderes Gedenkblatt ehrte. Dann war einige Zeit Ruhe, weil 1850 sämtliche Arbeitervereine in Preußen aufgelöst wurden und neue sich lange Zeit nicht bilden durften.

Kaum regte es sich aber wieder unter dem Einfluß der sozialistischen Agitation in der deutschen Arbeiterwelt, da stellten auch wieder die Buchbinder Männer, die an die Gründung von Gewerkschaften herantraten. Als Frucht des 1868 unter der Regide von v. Schweiger und Frißche in Berlin abgehaltenen „Allgemeinen Arbeiterkongresses“ entstand unter dem Präsidium von Hermann Peter, den auch Eduard Bernstein in seiner Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung ehrenvoll erwähnt, die „Arbeitergesellschaft der Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Riemer, Handschuhmacher usw.“, der aber nur ein kümmerliches und kurzes Leben beschieden war. Ein bald darauf, im Jahre 1896 auf dem „Ersten Deutschen Buchbinder-Kongress“ gegründeter „Internationaler Verein für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige“ sah ja bessere Aussichten zu haben, ging aber unter den Einwirkungen des überquellenden Patriotismus, den der deutsch-französische Krieg auch bei der Arbeiter entfesselte, zugrunde. Auf soliderer Grundlage ruhte dagegen der 1873 zu Nürnberg gegründete „Verband der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige“, den Delegierte der schon bestehenden Lokalvereine ins Leben riefen. Würde ihm nicht das Sozialistengesetz 1878 den Lebensfaden durchschnitten haben, so bestände er wohl heute noch, da er sich unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse ganz gut entwickelte, es zu 1000 Mitgliedern, einem schon seit 1873 bestehenden Organ und einem besoldeten Vorsitzenden, der gleichzeitig Redakteur war, gebracht hatte.

Aber auch die bleierne Dede des Schandgesetzes vermochte nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den Bedrückten. Schon im Februar 1880 wurde in Frankfurt a. M. die erste Reiseunterstützungskasse für Buchbinder und verwandte Berufe errichtet. Allerdings gemeinsam mit den Reiseführern! Eine Erscheinung, die übrigens in mehreren Städten während der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu verzeichnen war und die sich teils aus der begründeten Furcht vor polizeilichen Auflösungen, teils aus der damaligen handwerksmäßigen Struktur des Gewerbes in solchen Städten erklärt. Immer größer wurde die Zahl der Unterstützungsvereine, die 1882 einen Kartellvertrag zur gegenseitigen Unterstützung ihrer reisenden Mitglieder abschlossen, den sogenannten Kartellverband, dessen Spitze ein in Stuttgart domicilirender Ausschuß war. Dieser Ausschuß berief im Frühjahr 1885 einen „Kongress der Buchbinder usw.“ nach Offenbach a. M. ein, dort wurde der Verband unter dem Namen „Unterstützungsverband der Vereine der Buchbinder usw.“ gegründet.

Der neue Verband, der am 1. Mai 1885 seine Tätigkeit mit 1509 Mitgliedern begann, hatte mancherlei Kämpfe, nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den Behörden, auszufechten, die ihn wegen seiner Unterstützungseinrichtungen gern zu einer Versicherungsgesellschaft stempeln wollten. Sein Klassenbestand belief sich bei 26 ihm angehörenden Vereinen am Schlusse des Jahres 1885 auf 1840 Mark. Auf seinem Verbandstage in Altenberg 1891 wurde die Aufnahme der Arbeiterinnen, die bisher nicht beitragsberechtigt waren, beschlossen. Seine jetzige Form als Verband von Einzelmitgliedern gab ihm der 1893 in Frankfurt a. M. tagende Verbandstag. Vertreten waren auf dem Frankfurter Verbandstag 43 Vereine mit 2538 männlichen und 210 weiblichen Mitgliedern; das Vermögen des Verbandes belief sich auf 14 887 M. Wie man sieht, waren die Erfolge seit 1885 bescheiden zu nennen. Das änderte sich aber gewaltig, als 1896/97 in den drei Hauptstädten des Berufs: Berlin, Leipzig, Stuttgart und auch in vielen anderen Orten umfassende Lohnbewegungen stattfanden. Von da ab war die Entwicklung des Verbandes eine unaufhörlich aufsteigende, mit Ausnahme der Krisenjahre 1901/02, wo die Mitgliederzahl wieder zurückging. 1903 setzte der Aufstieg jedoch schon wieder ein und hat seitdem niemals aufgehört. Daran änderte auch die große Aussperrung nichts, die der Verband deutscher Buchbinderbesitzer im Jahre 1906 unter Tarifbruch vornahm, angeblich wegen der „unerlaubten“ Maifeier der Buchbinder in Berlin, in Wirklichkeit aber, um dem Buchbinderverband ein „Tarifvertragsmuster“ aufzuzwingen, das dem den Bauarbeitern jetzt vorgelegten nicht viel an „Schönheit“ nachgab. In 13 wöchigen Kämpfen, während der toten Saison des Jahres, schlug der Verband diesen Versuch glänzend zurück; die Unternehmer mußten sich zum Schluß der Aussperrung noch zu Lohnerhöhungen bequemen. Allerdings wurde durch diesen Kampf die Hauptkassette des Verbandes nicht nur bis auf den letzten Pfennig geleert, sondern noch mit ca. 40 000 M. Schulden belastet. Dagegen stieg die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt gegen 1905 von 16 787 auf 20 337 in 1906. So müssen den Gewerkschaften alle bösen Anschläge gegen sie zum Besten dienen.

In ungebrochener Kraft tritt der Verband in sein neues Vierteljahrhundert ein. Das Jahr 1909, das noch zum Teil unter dem Zeichen der Krise stand, brachte ihm ein Mehr von rund 1600 Mitgliedern, und die Zunahme von 1000 weiteren Mitgliedern im 1. Quartal 1910 deutet auf ein noch größeres Wachstum im Jubiläumsjahre hin. Rund 25 000 (darunter über 1000 weibliche) Mitglieder gegenüber 2748 bei der Reorganisation des Verbandes im Jahre 1893 zeigen den organisatorischen Fortschritt. Fast unerschöpflich ist das Reservoir, das dem Verbands noch unter den ungelerten Berufsangehörigen, besonders in der Kartonnagen- und Lugschpapierbranche zur Gewinnung weiterer Tausende offen steht, während die gelernten Arbeiter meist gut, ja in vielen Orten sogar vorzüglich — bis zu 95 Proz. — organisiert sind. Aber auch die ungelerten Berufsangehörigen erkennen immer mehr den Einfluß des Buchbinderverbandes auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage an. Ist es ihm doch gelungen, bis zum Schluß des Jahres 1909 82 geltende Tarifverträge für 1674 Betriebe mit 20 982 Beschäftigten abzuschließen zu können; hat er doch für Lohnbewegungen allein Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

seit 1893 fast eine Million Verasagbt von den über 2 Millionen, die insgesamt seit jener Zeit für Unterstühtungen — Arbeitslosen-, Gemahregelten-, Kranken-, Umzugs-, Rechtschutz-, Notfall- und Gemahregeltenunterstützung außer der Streikunterstützung — ausgezahlt wurden.

Mögen sich alle Wünsche und Hoffnungen erfüllen, die dem Buchbinderverbande beim Eintritt in das neue Vierteljahrhundert mit auf den Weg gegeben werden!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Baum, Wilmersdorf, befinden sich die Kollegen im Streik. Deshalb ist der Betrieb für sämtliche Metallarbeiter gesperrt.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Baugewerbe.

Den Scharfmachern im Baugewerbe scheint es angeht, das Fiasco, das sie bis jetzt mit ihrer Aussperrung erlitten haben, allmählich schmil zu werden. Sie gehen schon mit Strafandrohungen gegen die Mitglieder des Arbeitgeberbundes vor, die sich etwa beikommen lassen, mit der Arbeiterschaft einen Friedensvertrag abzuschließen. Wie sehr man sich Mühe gibt, eine eventuelle Einigung zu hintertreiben, das zeigt nachstehendes Schriftstück, welches die Drahtzieher für das rheinisch-westfälische Lothgebiet, die in Essen ihren Sitz haben, an die Mitglieder des Verbandes der Arbeitgeber senden. Es lautet:

„Wie wir erfahren, versuchen die Gauleiter der Arbeiterorganisationen in neuester Zeit, an die Vorständen unserer Verbände heranzutreten, um Verhandlungen anzubahnen und dadurch Zersplitterung in die Reihen der Arbeitgeber zu bringen. Wir machen ausdrücklich auf dies Gebahren (1) aufmerksam und ersuchen dringend, sich in keinerlei Verhandlungen mit irgendwelchen Arbeitervertretern einzulassen. Im übrigen weisen wir noch einmal besonders auf die Bestimmungen der Satzung hin und auf die Beschlüsse des Bundes, nach denen es keinem Ortsverband gestattet ist, ohne Zustimmung des Arbeitgeberbundes für sich Abmachungen zu treffen. Alle solche Abmachungen würden ungültig sein und die betreffenden Mitglieder würden in Strafe genommen werden.“

Arbeitgeberbund für die Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.
Der Geschäftsleiter:
H. Schmiedehaus.

Baumaterial aus dem Auslande.

Die Durchführung der vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beabsichtigten Materialsperrung wird im Westen dadurch vereitelt, indem belgische und holländische Firmen sich massenhaft zur Materialbeschaffung anbieten. Es sind schon umfangreiche Bestellungen erfolgt. Die Preise der Materialien sind recht günstige. Bei der Tatsache, daß viele Bauunternehmer nur widerwillig sich der Aussperrung angeschlossen haben, dürfte dieser Vorgang nicht ohne Einfluß auf die Bewegung bleiben.

Vergleichlicher Vermittlungsversuch.

Der Herr Oberbürgermeister von Bosen hat, wohl in der Hoffnung, dem Frieden eine Brücke zu schlagen, erneut den Versuch unternommen und die Vertreter der Unternehmer zu einer Sitzung zum Sonnabend, den 23. d. M., geladen.

In dieser Sitzung teilten die Arbeitgebervertreter mit, daß sie in Verhandlungen nicht eintreten könnten, dazu seien sie nicht bevollmächtigt, sie seien nur gekommen, ihren Standpunkt darzulegen. Sie seien auch nicht in der Lage, irgendwelche Vermittlungsvorschläge auch nur entgegenzunehmen zu können; außerdem hätten sie beschlossen, daß keiner von den erschienenen Herren das Recht hat, in die Debatte eingzugreifen, als Vortragender sei einer ihrer Scharfmacher, Herr Kartmann, bestimmt worden.

Nachdem hielt Herr Kartmann einen 1½stündigen Vortrag, in dem er die bekanntesten Anträge des Arbeitgeberbundes erläuterte: Zentraler Abschluß der Verträge, Durchschnitts- und Staffellohn, Arbeitszeit, Arbeitsleistung (unter besonderer Berücksichtigung der „faulen Maurer“), Arbeitsnachweis, Affordarbeit usw.

Auf Vorhalt der in Berlin und Hamburg erreichten Einigungen erklärte Herr Kartmann: Der Bund würde darüber noch Beschluß zu fassen haben, ob diese Verbände fernerhin noch zum Bund gehören könnten.

Etwas von der Neutralität der Kirche.

Man sendet und folgenden Zeitungsausschnitt:
„Jena, 11. April. Die Arbeiterschaft im Zeichen der Finanzreform.“ Ueber dieses Thema sprach in einer für Sonntagabend vom Ortsverband der Gewerkschaften nach dem Kulmbacher Bierhause einberufenen Versammlung der Maschinenbauer Gemeinderatsmitglied August Korn aus Eisenach. Der Redner gab in seinem sehr beifällig aufgenommenen einstündigen Vortrage den mit ihren Familienangehörigen erschienenen Gewerkschaftsmitgliedern ein anschauliches Bild der Ursachen und Wirkungen der unheilvollen Sechseschmäherei des schwarzen-blauen Bloßes und wies auf das einzige Mittel hin, das Abhilfe verspricht: politische Betätigung jedes einzelnen, ganz gleich, ob Mann oder Frau. In der Diskussion wurde dieser Gedanke weiter ausgeführt und von allen Seiten der geeinte Liberalismus, die fortschrittliche Volkspartei, als die politische Organisation bezeichnet, von der auch die Gewerkschaft eine wirksame Vertretung ihrer Forderungen in den Parlamenten erwarten dürften, vorausgesetzt, daß sie auch selbst regen Anteil an der politischen Arbeit nehmen.“

Diese Notiz stammt aus dem fortschrittlichen „Jenaer Volksblatt“. Wir erfahren durch sie eigentlich nichts Neues. Der Liberalismus ist immer das Ideal der Hirsch-Dunderscher gewesen. Daß sich aber Hirsch-Dundersche in Gewerkschafts-Versammlungen direkt mit politischen Fragen beschäftigen und sie dort im Sinne des Liberalismus behandeln, verdient festgehalten zu werden für den Fall, daß die Gewerkschaften es wieder einmal bequem finden sollten, sich zwecks Mitgliederfanges als „die einzig Neutralen“ hinzustellen.

Die Schuhmacher in Bremerhaven, Geestemünde und Behe haben die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um den Abschluß eines Tarifes, dessen Bedingungen von den Unternehmern nicht anerkannt werden.

Die gefährliche Statistik.

Ein nettes Stücklein wird uns aus dem schwarzen Westen, aus dem Regierungsbezirk Trier, vom Terror eines Zentrumsklappans berichtet. Bekanntlich sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken zum Zwecke gesetzgeberischer Maßnahmen und Vorschläge genau erfährt werden. Diese Erhebungen sollen sich nun auch auf die Verhältnisse in der Weilerbacher Hütte, einem großen Unternehmen an der Grenze Luxemburgs, erstrecken. Also eine Arbeit, die im Interesse der Walzwerks- und Hüttenarbeiter durchaus notwendig ist, wenn die oft unhaltbaren Verhältnisse einer Besserung auf geschlicher Grundlage zugeführt werden sollen. Daß nun aber solche Erhebungen den preussischen Staat bis in seine Grundfesten erschüttern und das religiöse Gefühl der besagten Arbeiter bis auf das äußerste gefährden können, das zeigt allem Anscheine nach die Wertschätzung, die die Polizeibehörde von Schiernerbrück

und der Herr Kaplan Schäfer von Völkendorf diesen staats- und religionsgefährlichen Erhebungen beimessen; denn der Herr Kaplan und die Behörde zu Schiernerbrück fragten beide beim Stadtbürgermeister Teubner zu Oberstein an, ob der Veranlasser dieser Erhebungen ein Sozialdemokrat sei. Der Stadtbürgermeister Teubner von Oberstein befriedigte nun die Witzbegierde der Auftrager in bejahendem Sinne. Das Resultat dieses Briefwechsels, insbesondere zwischen dem schwarzen Völkendorf in der Eifel und dem „liberalen“ Oberstein war nun, daß der Herr Schäfer von Völkendorf am Sonntag, den 17. April, morgens bei der Frühmesse die Kirchenbesucher vor der staatsgefährlichen, statischen Erhebung warnte, indem er sagte: daß teile eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden solle; die Gemeindeglieder sollten erstens nicht in diese Versammlung gehen, und ferner sollten sie dafür sorgen, daß solche Leute nicht mehr in zehn Jahren nach Völkendorf kämen. Er habe sich in Oberstein beim dortigen Bürgermeister erkundigt und dieser habe ihm geschrieben, daß der Veranlasser der Versammlung ein Sozialdemokrat sei. Außerdem habe er (Herr Schäfer) auch beim Bischof in Trier angefragt und dieser teile seine Ansicht in bezug auf die Warnung vor dem Besuch dieser sozialdemokratischen Versammlung!

Mit welchem Recht der Herr Schäfer zu Völkendorf diese Arbeiten und die Befragung der Hüttenarbeiter zu einer „sozialdemokratischen Versammlung“ um-Kempelt, das ist uns gänzlich unklar. Ebenso unklar aber bleibt es uns, aus welchem Grunde der Stadtbürgermeister Teubner von Oberstein die durch-aus nur private Witzbegierde des Pfarrers von Völkendorf befriedigte. Die Auskunft an die Amtsbehörde von Schiernerbrück berührt uns hierbei weniger, denn die preussische Staatsraison hat ja schon längst die Nachforschung nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Staatsbürger als eines der wesentlichsten staatsbürgerlichen Erfordernisse betrachtet. Es ist zwar aus der alten und überlebten Schule der Reitermischchen Staatskunst übernommen; aber trotzdem wird dieses Mittel doch noch heute angewendet. Jedenfalls aber zeigt dieses Stücklein aus Völkendorf, mit welchem Terrorismus man solche einfachen statistischen Erhebungen zu verhindern trachtet und wie die dortigen Arbeiter abgehalten werden sollen von Dingen, die ihnen doch nur Nutzen, ihren wirtschaftlichen und politischen Segnern aber nicht einmal Schaden bringen können.

Ausland.

Passive Resistenz auf der Donau.

Die Angestellten und Bediensteten der Donau-Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft auf der Strecke Regensburg und Glatz haben die passive Resistenz angekündigt, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Maurerstreik in Italien.

Rom, 25. April. (Eig. Ber.) Die Ausstände der Maurer und Bauarbeiter in Mailand und Rom dauern unverändert fort. Der Mailänder Streik währt nunmehr seit 3 Wochen, der römische seit 9 Tagen. Unterhandlungen sind im Gange, aber für die römische Bewegung ist es äußerst ungünstig, daß gleichzeitig die Riegelarbeiter streiken. Durch diesen Streik fehlt das Material, so daß die Arbeiten ohnehin ruhen müßten.

Verfammlungen.

Verband der Fabrikarbeiter. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Den Bericht erstattete der Bevollmächtigte Bruns, wobei er auf den Streik bei der Firma Dr. Grünbaum (Fabrik für Schallplatten) hinwies, der ins neue Quartal übernommen wurde und dessen Ursache die Weigerung der dort beschäftigten Kollegen, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, war. Eine schwarze Liste war die Folge dieses Streiks, auf Grund deren die Streikenden am Orte keine Arbeit mehr erhalten sollen. Der Streik im Hartsteinwerke von R. Gutmann-Niederlehme brachte eine Lohnzulage und Abstellung von Mißständen. Die Verhandlungen wurden jedoch sehr erschwert durch die drohende Aussperrung im Baugewerbe. Mit einem Erfolg endete auch ein Streik bei der Firma Gebrüder Frießle in Weiz. Betreffs Stellungnahme zum Verbandstage erklärte Bruns, daß noch keine Grundlage vorhanden sei, von der aus man an eine Erhöhung der Beiträge gehen könne und er warnte die Versammlung, in dieser Frage den Delegierten ein gebundenes Mandat mit auf den Weg zu geben. Man solle sich nicht verkrühen festlegen.

In der nachfolgenden Diskussion wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, in der Frage der Saisonarbeiter eine glückliche Lösung zu schaffen. Dies könne zwar noch nicht auf diesem Kongress geschehen, jedoch müsse das einschlägige Material gesammelt werden. Auch wurde betont, daß die Beitragsfrage nicht nach lokalen Gesichtspunkten, sondern vom Allgemeininteresse aus beurteilt werden müsse. Eine Resolution, nach der es dem Ermessen und der Einsicht der Delegierten überlassen bleiben soll, wie sie in diesem Punkte entscheiden wollen, wurde angenommen. Die Versammlung erklärte sich auch mit der Ausschreibung der Stelle eines vierten Hauskassierers einverstanden. Eine Kommission zur Prüfung der Werbungen wurde gewählt.

Die Abrechnung vom 1. Quartal 1910 zeigt folgende Aufstellung: Einnahmen und Ausgaben je 31 730,85 M. An Erwerbslosenunterstützung wurde gezahlt 347,50 M., auf der Reise 4340,10 M., am Orte 7851,75 M., an Kranken- und Streikunterstützung 4983,05 M., an die Hauptkasse gesandt 5977,55 M.

Die Lokalkasse hatte Einnahmen: 33 959,32 M., bei einem Klassenbestande vom vorigen Quartal von 19 767 M., Ausgaben 33 959,32 M., darunter Unterstühtungen für Streik 5418,70 M., für Arbeitslose 1006,70 M., Guthaben am Gewerkschaftshaus 5000 M.

Mitgliederbewegung: Eingetretene 1003, ausgestreuten bzw. gestrichen 855, zugereicht 67, abgereicht 43 Mitglieder, bleiben am Schlusse des Quartals: männliche 6474, weibliche 372, macht insgesamt 6846 Mitglieder. Auf die Vorschlagsliste zur Delegiertenwahl sind folgende Mitglieder gesetzt: Bruns, Kämle, Sebekow, Schönfeld, Wächter, Sierede, Obst, Seniges, Frau Lungwih, Jochem, Müller, Pohl.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bäderstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 28. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Verbandes der Bäder beschloß heute mit 136 gegen 12 Stimmen den Streik. Eine darauf stattgefundene öffentliche Versammlung erklärte einstimmig die sofortige Arbeitsniederlegung. Die Bäderinnung zeigt keinerlei Entgegenkommen.

Die englischen Parlamente vertagt.

London, 28. April. (W. T. W.) Ober- und Unterhaus sind heute abend bis zum 26. Mai vertagt worden.

Gegen desertierende Seelente.

Marseille, 28. April. (W. T. W.) Das Seegericht hat vierzehn Seelente, die gestern verhaftet worden waren, weil sie von ihrem Schiff, das in See gehen wollte, desertiert waren, zu zehn Tagen Gefängnis ohne Strafausschub verurteilt.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Diergu 3 Belagun u. Unterhaltung 996.

Die „Herren“ gegen die Rechte des Volkes.

7. Sitzung, Donnerstag, den 28. April 1910, mittags 1/4 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Rolke. Was Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Die Herrenhauskommission hat in zwei Punkten die Vorlage, wie sie sich nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gestaltet hatte, erheblich abgeändert. (Dritteltung und Privilegierung.)

Die Dritteltung nach Stimmbezirken soll danach nur dort beibehalten werden, wo der Stimmbezirk aus mehreren Gemeinden gebildet wird. In Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern soll für den Umfang der ganzen Gemeinde gebildet werden. In Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern sollen Dritteltungsbezirke gebildet werden, die nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohner umfassen dürfen.

Ein Antrag Dr. Frhr. v. Schorlemer will die Dritteltung in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern für den Umfang des ganzen Gemeindebezirk vorgenommen wissen, in größeren Gemeinden mit 10 000 bis 30 000 Einwohnern sollen zwei Dritteltungsbezirke und für jedes angelegene weitere Quantum von 20 000 Einwohnern je ein weiterer Dritteltungsbezirk gebildet werden.

Die Herrenhauskommission hat weiter ganz allgemein die Zuzählung der Territorienwahl beschloffen. Die Wagnierung soll bereits bei 6000 Wahl und bei Gemeinden unter 20 000 Einwohnern bei 3000 Wahl beginnen.

In der Frage der Kulturträgerprivilegierung (Zuzählung in die nächsthöhere Wählerklasse) ist die Kommission insofern über die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinausgegangen, als sie den Kreis der Privilegierten erheblich erweitert hat.

Für das Plenum hat Graf v. Bartenburg seinen von der Kommission mit knapper Mehrheit abgelehnten Antrag wiederholt, wonach für Abänderung des preussischen Wahlrechts in Zukunft die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages erforderlich sein soll.

Die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit

in beiden Häusern des Landtages erforderlich sein soll. Berichterstatter für das Plenum ist Graf v. Bartenburg. Er hat in der Kommission, wie er sagt, zur Minderheit gehört und gegen das ganze Gesetz gestimmt. Trotzdem ist ihm die Berichtserstattung für das Plenum übertragen worden. Diese Berichtserstattung besteht in einem geschichtlichen Exkurs über die Wahlrechtsfrage von der Thronrede 1803 ab bis zur Schlussabstimmung in der Herrenhauskommission.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

Die Regierung sagt Ihnen Dank für die Bereitwilligkeit, mit der Ihre Kommission daran gearbeitet hat, der Vorlage eine Gestalt zu geben, welche auf die Erreichung eines positiven Ergebnisses hinzielt. Ich bin mir dessen wohl bewußt, daß für viele von Ihnen diese Arbeit mit Kämpfen um Ueberzeugungen verknüpft gewesen ist. Ebenso ist es im Abgeordnetenhause gewesen, denn auch dort ist den Mehrheitsparteien die Fassung der an das Herrenhaus herübergeleiteten Beschlüsse nur möglich geworden, weil sie, wie ich dankbar anerkenne, von dem Bestreben getragen gewesen sind, die Vorlage nicht von vornherein an dem Widerspalt der Meinungen scheitern zu lassen. Aber in derselben Lage hat sich schließlich auch die Regierung selber befunden. Ich habe darüber bei der ersten Beratung in diesem Hause gesprochen und will heute nicht darauf zurückkommen. Um so mehr übertrifft es mich, wenn außerhalb dieses Hauses der Ansicht Ausdruck gegeben wird, als werde die Haltung der Regierung beeinflusst von der größeren oder geringeren Beliebtheit für eine Partei, als ob ich, um das Kind beim Namen zu nennen, das Zentrum ausschalten wolle, um die Mittelparteien für die Vorlage zu gewinnen. Das liegt mir fern. Ich brauche gegen diese Anschauung nicht mit Worten zu kämpfen, ich habe es mit der Tat getan, ich habe den blühenden Gegenbeweis geliefert, indem ich die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses als einen gangbaren Boden

bezeichnet habe. Bewiß habe ich nachher in Ihrer Kommission einzelnen Anträgen, wie dem bezüglich der Verfassungsänderung, widersprochen, andere Anträge, wie den bezüglich der Dritteltungsbezirke, schon damals als ungenügend erklärt, aber so liegt die Sache doch nicht, daß die Befundung einer eigenen Ueberzeugung und das Festhalten an ihr als eine parteipolitische Abneigung auszuweisen wäre, oder daß die Maxime, welche die Politik als die Kunst des Erreichbaren bezeichnet, für die Staatsregierung die Konsequenz in sich schließt, in der Politik des Nachgebens keine Veränderung mehr zu treffen. Ich halte von der Politik des Ausschaltens einer Partei nichts, und ich glaube, in meiner gesamten amtlichen Tätigkeit, nicht nur bei dieser Gelegenheit, den Beweis geliefert zu haben, daß ich mit allen Parteien sachlich zusammen zu arbeiten pflege und gern sachlich zusammen arbeite. Aber man verlange von mir nicht eine Politik, in der ich mich selbst, in der ich die Staatsregierung ausschalte. (Beifall.) Ein großer Teil von Ihnen hat ja in der Kommission es für notwendig bezeichnet.

Verfassungsänderungen an erschwerte Bestimmungen zu knüpfen, damit die Regierung nicht eines Tages Anträgen auf demokratische Abänderung des Wahlrechts gegenüber sich nachgiebig zeige.

Nun, meine Herren, in eine solche Nachgiebigkeit verfällt nur eine Regierung, welche die Wahrung der eigenen Autorität nicht mehr achtet. (Beifall.) Und so lange ich die Ehre haben werde, an dieser Stelle zu stehen, werde ich in dieser Beziehung nicht mit einem schlechten Beispiel vorangehen. (Beifall.) Wenn ich in der Kommission die Grenzlinien bezeichnet habe, bis zu denen die Staatsregierung den abgeänderten Beschlüssen folgen kann, so ist das geschehen, weil Verfassungsänderungen von der Bedeutung und dem Ernste der vorliegenden nicht getragen werden können von Parteikonstellationen allein, sondern weil sie vertreten werden müssen von der freien Ueberzeugung auch der Staatsregierung. Weil die Staatsregierung so denkt, und weil sie daran festzuhalten entschlossen ist, weil es für sie staatliche Pflicht ist, der durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses veränderten Grundlage des Gesetzes ein dauerhaftes Gefüge zu geben, darum habe ich, um noch einmal den einen Punkt hervorzuheben, der in den letzten Tagen zu einem Kernpunkt geworden ist — darum habe ich bezüglich der Bildung der Dritteltungsbezirke diejenigen Grenzlinien in der Kommission bezeichnet, deren Innehaltung für die Staatsregierung mit dem Schicksal des Gesetzes untrennbar verbunden ist. Die königliche Staatsregierung hat dann mit Ihrer Kommission zusammen daran gearbeitet, eine jenen Forderungen entsprechende Fassung zu finden. Sie erblickt eine solche Fassung in dem heute eingebrachten Antrage Schorlemers. Ich hoffe, die Herren werden es anerkennen, daß die Formulierung dieses Antrages ohne jegliche Uebertreibung lediglich daran festhält, für das Notwendige einen sachlich zweckmäßigen Ausdruck zu finden. Und wenn Sie geneigt sein sollten, meine Herren, das anzuerkennen, dann halte ich mich für berechtigt, an Sie die Bitte

die bringende Bitte

zu richten, diesem Antrage beizutreten und damit den Kommissionsbeschlüssen und der Vorlage selbst in einem wesentlichen Punkte eine

auch für die Staatsregierung annehmbare Fassung zu geben.

Dann komme ich zum Schlusse von einem einzigen Punkte auf das Ganze zurück. Für das Ganze wird die Stellung wesentlich entscheidend sein, welche Sie zu dem gleichfalls heute eingebrachten Antrage Hillebrand bezüglich der

geheimen Wahl

einnehmen. Ich will nicht alles im einzelnen wiederholen, was ich in dieser Beziehung bei der ersten Besprechung in diesem hohen Hause gesagt habe. Die Annahme der von dem Abgeordnetenhause beschlossenen geheimen, indirekten Wahl bildet für das Abgeordnetenhause und dann auch für die Staatsregierung die Grundlage, auf der es ermöglicht werden kann, die eingeleitete Aktion nicht fruchtlos verlaufen zu lassen, nicht zu einem negativen Ergebnis zu kommen. Ich kann nur wiederholen und darf das auf das Ernstfeste betonen, daß die königliche Staatsregierung in einem solchen negativen Ergebnis eine schwere Schädigung der Interessen des Landes erblicken würde. Auch in dieser Frage ist für mich die einzige Richtschnur meines Handelns das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für eine Verfassungsänderung, die auf der einen Seite als ein Nichts mißachtet, auf der anderen als ein Zwiel mit ersten Besorgnissen begleitet wird. Nur nächtliche realpolitische Sachlichkeit, verbunden mit persönlicher Ueberzeugung, kann dieser Verantwortung gerecht werden und von beiden kann ich nichts preisgeben. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar: Trotz vieler Bedenken werde ich für die vom Abgeordnetenhause beschlossene geheime Wahl stimmen. Wir wollen, daß etwas zustande kommt, um dem anderen Hause die Möglichkeit zu geben, die Vorlage

mit einer größeren Mehrheit anzunehmen.

Was die Dritteltung anlangt, so wäre mir die Gemeindeviertelung am liebsten, unter der Preußen die längste Zeit gewählt hat. Aber auch hier wollen wir nachgeben und an den Kommissionsbeschlüssen möglichst wenig rütteln. Bei den Kulturträgern verheißt ich nicht, warum wir gerade den Reichstagsabgeordneten besondere Vergünstigungen gewähren sollten. Ich schreibe mit der Hoffnung, daß etwas zustande kommen möchte, das unserem preussischen Vaterlande zum Segen gereicht. (Beifall.)

Fürst Lichnowski: Meinen politischen Freunden wird es schwer, der Vorlage zuzustimmen, schon weil wir in der indirekten Wahl eine unangenehme und höchst unpraktische Praxis erblicken. Wir stellen uns aber auf den Boden der Vorlage, um nicht die Verantwortung für ihr Scheitern zu übernehmen. Gegen das geheime Wahlrecht haben wir gleichfalls schwere Bedenken, verkennen aber nicht, daß die geheime Wahl jetzt einen springenden Punkt der Vorlage bildet. Dieses geheime Wahlrecht bildet die

Hauptkonzeption an die demokratischen Parteien

und wir wissen, daß solche Konzeptionen an die demokratischen Parteien die gegenwärtige Zeit zur gebieterischen Notwendigkeit macht. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß wir in der Einführung des

Reichstagswahlrechts für Preußen ein Unglück

sehen würden und auch ein Unglück sehen können, weil sämtliche Bundesstaaten, die ähnliche Verhältnisse haben, dies nicht als einen Segen empfinden. (Bravo!) Wenn uns von der demokratischen Presse entgegengehalten wird, daß wir den Gang der Entwicklung nicht verstehen, so halten wir dem entgegen, daß gerade die Entwicklung in der Natur keinen Sprung kennt, sondern nur ein langsames Vordrängen. Warum soll das Herrenhaus einen Sprung machen, wenn die Natur ihn nicht macht? (Heiterkeit und Beifall.) Also wir stellen uns auf den Boden der Vorlage. Wir halten fest an der Dreiklassenwahl, obwohl wir die Bedenken nicht verkennen, die gegen die Fixierung politischer Rechte nach einem rein materiellen Maßstab sprechen. Wir wissen auch

daß diese Dreiklassenwahl sich in einem Gegensatz befindet zu dem sozialpolitischen Empfinden unserer Zeit.

Aber es fehlt uns eben ein anderer Maßstab. Ohne die Annahme des Antrages Schorlemer ist für mich das Gesetz unannehmbar. Dabei leiten mich nicht gewisse Rücksichten auf die Parteien des anderen Hauses, sondern ich würde es mit dem Zweck und Geist dieses Gesetzes, auch der Bildung neben dem Besten einen erhöhten Einfluß zu geben, für unvereinbar halten, wenn man durch die Dritteltung in den Stimmbezirken es dem reinen Zufall überläßt, in welcher Klasse jemand wählt.

Der Antrag Schorlemer ist auch das einzig wirksame Mittel, um dem Ansturm unserer nationalen und sozialen Gegner die Spitze zu bieten.

Gegen den Ansturm der Polen und Sozialdemokraten bildet die Vergrößerung der Dritteltungsbezirke die einzig wirkliche Handhabe. Nun wir jetzt unsere Pflicht und lassen wir das andere Haus die ibrige tun. Wenn das ganze Leben aus Abhängigkeiten bestehen soll, dann möchte ich, daß diese Abhängigkeit wenigstens keine einseitige ist. (Beifall.)

v. Burgsdorff: Die Form, in der die Vorlage aus der Kommission hervorgegangen ist, gibt uns zu schweren Bedenken Veranlassung. Die Entscheidung, die heute fällt, ist nicht nur einschneidend, sondern entscheidend für die Zukunft und für das ganze politische Leben Preußens. (Sehr richtig!) Dieses Haus stellt gewissermaßen den Ankerpunkt (höchsten Gerichtshof) in Preußen dar. Wir sorgen nicht für uns, dessen sind wir uns bewußt, wir sorgen nicht für die Mittwelt und nicht für die Gegenwart,

sondern für unsere Söhne und Enkel,

welche Gott will's unserem Könige noch einmal treu dienen sollen. (Beifall.) Es soll nicht einmal geschehen, daß unsere Enkel von uns sagen: am 28. April 1910 hat das Herrenhaus die Art gelegt an die preussische Eigenart, an sein Wahlrecht und an seine Verfassung. Das preussische Wahlrecht entspringt nicht einer momentanen Laune, sondern beruht auf jahrelangen Studien, die unserer Eigenart und unserer historischen Entwicklung vollkommen gerecht wurden, und war deshalb vernünftig. Heute muß der Gesetzgeber in den meisten Fällen mit gebundenen Händen arbeiten und daher kommt es, daß wir meist nach Jahresfrist schon wieder ändern müssen. (Sehr richtig!) Als die Wahlordnung 1849 erlassen wurde, dachte kein Mensch in Preußen daran, daß es anders sein könnte, obwohl wir auch damals schon einige Industrie hatten. Unter dem gegenwärtigen Wahlrecht haben die Demokratie und der Liberalismus von damals große Erfolge gehabt. Bis in die Konstitutionszeit hinein haben sie alles besser gewußt, und dem Fürsten Bismarck das Leben sauer gemacht bis zum letzten Autokratien. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber Fürst Bismarck hat nicht daran gedacht, das Wahlrecht zu ändern, es war für ihn ein noli me tangere (Nährmichnichten). (Sehr richtig!) Wenn Fürst Bismarck später den Sprung zum Reichstagswahlrecht getan hat, so hat das ganz andere Ursachen.

Er wollte damals etwas in die Pfanne werfen

und hat ja auch eingesehen, daß er sich geirrt hat. Es ist gesagt worden, daß andere Staaten moderner geworden seien. Was ich von „modern“ denke, will ich nicht näher ausführen. Wir sollen Augenblicke an die Demokratie machen, weil andere Staaten es auch gemacht haben. Ich meine:

was andere Staaten tun, kann und vollständig gleichgültig sein.

(Lebhafter Beifall.) Preußen war noch immer Mannes genug, seine Wege selbst zu finden. (Sehr richtig!) Darum verbitten wir uns gehorsamt die guten Lehren von irgendwelchen Kleinstaaten, die guten Lehren von der Strafe und der Presse.

(Sehr gut!) Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich die Wahlrechtsvorlage ansehe als einen Ausfluß der Caprivischen Praxis der Preisgabe von Rechten ohne Gegenleistung.

Die Öffentlichkeit der Wahl ist ein Grundpfeiler unseres Verfassungslebens.

Ehe wir daran rütteln, wollen wir es uns sehr überlegen. (Sehr gut!) Da kenne ich keine Rücksicht, weder auf das Nachbarhaus da drüben, weder auf Fraktionen oder Fraktionchen da drüben, für mich ist allein entscheidend die salus publica (Wohl der Allgemeinheit.) Ich beneide den Ministerpräsidenten nicht um dieses Nachsicht aus der Erbchaft des Fürsten Bismarck. (Heiterkeit und wiederholter Beifall.) Es verdankt seine Entstehung zweifellos einer schwachen Stunde, in der Fürst Bismarck noch in dem Irrium lebte, die Liberalen könnten im Reich irgend etwas Positives leisten. (Sehr richtig!) Und Widerspruch.) Daß sie das nicht können, haben sie zur Evidenz bei der Reichsfinanzreform bewiesen. Als sie schweigend das Lokal verließen, blieb auf ihren Tischen weiter nichts liegen als eine Verurteilung und das Versprechen des Fürsten Bismarck: Jetzt bekommen wir ein anderes Wahlgesetz, und damit kommen wir wieder auf die Beine. (Heiterkeit.) Die Wenderung des Wahlrechts sollte bestehen in einer organischen Fortentwicklung.

Die Leute auf der Straße denken sich die Fortbildung so, daß das Reichstagswahlrecht eingeführt wird auch für die Sänglinge in der Wiege.

(Heiterkeit.) Sie machen Lanzüge und verhöhnen die Postel. Wenn wir dem Vorschub leisten würden, verdienten wir wegen Hochverrats unter Auflage gestellt zu werden.

(Lebhafte Zustimmung.) Das Abgeordnetenhause hat aus der Regierungsvorlage die Kulturträger hinausgeworfen, die Abiturienten aus Versehen drin gelassen, aus der direkten eine indirekte und aus der öffentlichen eine geheime Wahl gemacht und sieht auch das als eine organische Fortentwicklung an. (Heiterkeit.)

Daß das Herrenhaus gegenüber dieser Sachlage in einer schwierigen Situation ist, liegt auf der Hand, aber nach meinem eintägigen Menschenverstand muß das Herrenhaus proprio motu (aus eigenem Antriebe) vorgehen. Ich vermag mir eine organische Weiterentwicklung des Wahlrechts nur zu denken auf wohlbewährter Grundlage, und

diese ist gegeben in der öffentlichen Wahl, wie wir sie seit 60 Jahren haben.

(Beifall.) Ich stehe damit durchaus nicht im Widerspruch zu der Regierung, denn auch sie hatte ja in ihrer Vorlage diese Grundlage beibehalten. (Beifall.) Darum bitte ich Sie, für die öffentliche Wahl einzutreten.

ganz gleichgültig, was daraus entsteht.

(Lebhafter Beifall.) Jetzt mag einmal das Abgeordnetenhause sehen, wie es zurecht kommt, wir haben keine Veranlassung, uns die Köpfe des Abgeordnetenhauses zu zerbrechen. (Sehr gut!) Daß auch Schwierigkeiten aus der öffentlichen Wahl erwachsen, daß Unschicklichkeiten hochflottiert werden können und sich darum scheuen, zur Wahl zu gehen, ist ja sehr bedauerlich, aber auf der anderen Seite halte ich es doch für sehr notwendig,

daß der kleine Beamte den König nicht betrügt, daß ein Mann, der dem Könige seinen Eid geleistet hat, nicht nachher einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt.

(Lebhafter Beifall.) Wenn Sie das erreichen, ist es schon ein Erfolg. Fürst Bismarck hat einmal ein Wort gesprochen, das vom Fürsten Bismarck bei der Einweihung dieses Hauses ausgenommen wurde: das Herrenhaus solle der Ballast sein für das Staatschiff, es solle bei Windstößen sein Gleichgewicht wieder herzustellen wissen. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo das Herrenhaus wirklich den Ballast im Staatschiffe einmal darstellen muß. Wir dürfen es unter keinen Umständen zulassen, daß das Staatschiff aus der alten bewährten Richtung herausgebracht wird. (Lebhafter Beifall.) Fürst Bismarck hat ferner zu anderer Zeit gesagt, das Herrenhaus müsse den Hemmschuh bilden, wenn der Staatswagen sich einmal auf abschüssiger Bahn bewegt. Ich will nicht untersuchen, ob das jetzt der Fall ist, aber den Vorwurf will ich mir nicht machen lassen, daß, falls es der Fall war, es an dem Hemmschuh gefehlt habe, der es verhindert, daß der Wagen in einen Abgrund kam. (Beifall.) Nun sagen manche Herren: wir wollen nachgeben, wenn auch mit schwerem Herzen. Ebenso spreche ich von mir: es ist mir schwer um's Herz, wenn die Regierung eine Vorlage einbringt, welche ich nach bestem Wissen und Gewissen ablehnen muß. (Beifall.) Wir alle sind vom König berufen, und wenn der König uns fragt, will er unsere Meinung wissen und nicht eine Meinung, die man uns auferlegt. (Lebhafter Beifall.) Das Obium und die Schuld des Hauses wäre nach meiner Ansicht sehr groß, wenn das Haus schweige anstatt zu sprechen und damit die Mitschuld trüge an einem Schritt, der dergestalt führt in Preußen. Das wollen wir vermeiden, so lange noch ein preussisches Herz in unserer Brust schlägt. (Lebhaftes Händeklatschen und Sturmische Beifallsrufe.)

Frhr. v. Landsberg-Steinfurt: Ich stimme in vielen Punkten mit dem Vordränger überein. Die Notwendigkeit für die Reform kann man unter Umständen wohl verkennen. Nachdem aber die Regierung für die Vorlage eingetreten ist und sie in der Thronrede angeknüpft war, kann man sich von vornherein nicht ablehnend verhalten. Ich bin mit der Regierung auch der Meinung, daß das Scheitern des Gesetzes doch einen recht unangenehmen Eindruck im ganzen Lande machen und wesentlich zum Ruhen der Sozialdemokratie ausfallen würde.

Andererseits gebe ich mich nicht der Hoffnung hin, daß durch ein Zuständebekommen Beruhigung im Lande eintreten wird. Durch die öffentliche Wahl würde das Gesetz im anderen Hause jaquieren. Aus diesem Grunde müssen wir auch für die geheime Wahl sein. Von einer Ausschaltung des Zentrums will ich auch nichts wissen. Das sage ich, obwohl ich seit Jahren gar keine Beziehungen mehr zur Zentrumsfraktion habe und auch keine Versammlung von Zentrumsleuten mitgemacht habe.

Inzwischen ist der Antrag Hillebrand auf Einführung der öffentlichen Wahl eingegangen, ferner eine Resolution Wallraf auf Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung der Zahl der Abgeordneten nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsdichtweise, ein Antrag Dr. Reule auf Einführung der direkten und geheimen Wahl, und ein Antrag Becker (früherer

Oberbürgermeister von Köln, nach dem die zweite Abteilung nicht weniger Wähler zählen darf als die erste und die dritte nicht weniger als die zweite.

Oberbürgermeister Rischner - Berlin: Herr v. Burgsdorff nimmt ja eine sehr interessante ritterliche Stellung ein. Aber ich muß ihn daran erinnern, daß man auch schon gegen Windmühlen gekämpft hat und daß es Situationen gibt, in denen auch der fürstliche Gemütskur den Lauf des Wagens nicht mehr aufhält. Ich glaube, seine Weltanschauung reicht nicht bloß bis 1848 zurück, sondern noch weit über das Jahr 1848 hinaus. (Heiterkeit.) Uebertreibungen, wie die Liberalen forderten schon für die Säuglinge in der Wiege das Wahlrecht, kann man doch nur als Witzchen bezeichnen. Er meinte auch, Fürst Bismarck habe sich in der Annahme geirrt, daß die Liberalen dem Reiche etwas leisten könnten. Die historischen Kenntnisse des Herrn v. Burgsdorff scheinen nicht so weit zurückzuweisen (Heiterkeit), daß er weiß, daß die Liberalen an der Gründung des Reiches einen sehr lebhaften Anteil genommen haben (Sehr richtig!), daß namentlich die Liberalen an der verfassungsmäßigen Gestaltung und an der legislativen Gestaltung in ganz hervorragender Weise mitgearbeitet haben. (Sehr richtig!) und Jurist! - Heiterkeit.) Wenn die Gründung des Reiches und die verfassungsmäßige Ausgestaltung den Herren, die der Partei des Herrn v. Burgsdorff angehören, allein überlassen worden wäre, dann stände es mit dem Deutschen Reiche schlecht. (Lebhafte Zustimmung. Lebhafter Widerspruch.) Die liberale Partei hat doch in ihrer Geschichte Tatsachen zu verzeichnen, die nicht ausgelöscht werden können und denen gegenüber ein großes Nichtwissen vorhanden sein muß, wenn sie überleben werden. (Sehr richtig!) Schon bei der ersten Lesung habe ich namens eines Teiles meiner Freunde erklärt, daß es unmöglich sein würde, einem Gesetz zuzustimmen, bei welchem die indirekte Wahl eingeführt ist und die geheime Wahl nicht voll erfüllt ist. Der Geheimenrat hat in der Kommission nach beiden Richtungen hin keine Änderung erfahren. Es ist uns also unmöglich, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Der Verantwortung einer solchen Entscheidung sind wir uns wohl bewußt. Die Gründe dafür habe ich bei der ersten Lesung dargelegt. Der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ist geradezu ein

Musterbeispiel von Inkonsistenz und inneren Widersprüchen.

(Sehr richtig!) Die Verzögerung ist, wenn man nun einmal nach der Steuerleistung verfährt, eine nicht zu rechtfertigende Inkonsistenz. Hinzu kommt noch, daß nur die Staatseinkommensteuer dabei in Betracht gezogen wird, aber nicht die in den meisten Fällen erheblich höhere Kommunalsteuer. Auch den Bestimmungen betreffs der Drittelung liegt nicht irgend ein wirklicher gesetzgeberischer Gedanke zu Grunde. Es wurde gegen das geheime Wahlrecht mit aller Entschiedenheit Stellung genommen. Jetzt haben wir einen Gesetzentwurf mit indirekter Wahl und mit geheimem Wahlrecht. Das geheime Wahlrecht wird aber nun wiederum nicht durchgeführt, an derjenigen Stelle, wo es am allerwirksamsten zum Ausdruck kommt, verlagert der Gesetzgeber, da hört das geheime Wahlrecht auf. Das Gesetz wird jetzt getragen von zwei Parteien, von einer Partei, die fortwährend versichert, die Reform ist gar nicht notwendig, das bestehende Gesetz ist so gut, daß es erhalten werden müßte, und von einer anderen Partei, die in ihrem Programm das allgemeine Reichstagswahlrecht verlangt, die also den Entwurf bloß als Provisorium betrachtet. Kann eine solche Vorlage dauernd sein und Verhütung bringen? (Sehr gut!)

Ich bin mir wohl bewußt, daß ein negatives Ergebnis der Beratungen nicht erwünscht ist. Aber ebenso unerwünscht ist auch ein Ergebnis, das sich nur mit dem Schein des Positiven umgibt. (Sehr richtig!) Wenn Sie das Gesetz in der vorliegenden Form annehmen, so ist das ein negatives Ergebnis in der schärfsten Form. Mit diesem Gesetz werden Sie keinen Frieden schaffen. Im Gegenteil. Es wird der Ausgangspunkt neuer Kämpfe sein.

Mit diesem Gesetze in der Hand wird die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen ein außerordentlich leichtes Spiel haben.

Eine Zeitlang schien es, als ob die Wahlreform nur eine Forderung der Sozialdemokraten sei, weil sie den meisten Wählern machten, als ob die liberalen Parteien, die breiten Schichten der Bürgerschaft nicht ein so lebhaftes Interesse daran hätten. Das ist eine Täuschung. Diese Schichten haben sich zurückgehalten, weil sie an der sozialdemokratischen Art der Demonstration selbstverständlich keine Freude hatten, weil sie nicht auch als Demonstranten auftreten wollten. Aber das Bedürfnis, der Wut, das Verlangen, daß das gegenwärtige Wahlrecht geändert und zeitgemäß ausgestaltet wird, besteht auch in den allerweitesten Schichten des Bürgertums. Sie können sicher sein, daß sich das auch lebhaft geltend machen wird. Ich lehne mit meinen Freunden das Gesetz ab, weil wir nicht dabei mitwirken wollen.

daß dem Volke fast Brot und Steine gegeben werden.

Wir müssen auf bessere Zeiten warten. Sie werden kommen, unaufhaltsam. Sie selbst arbeiten ja daran, daß sie kommen. Mit jedem Kulturfortschritt wächst der Kreis der intelligenten Menschen, die sich am politischen Leben beteiligen wollen, und die eine vollständige Stimme in die Wagschale werfen wollen, nicht einen lächerlichen Bruchteil. Diese Bewegung ist unaufhaltsam. Auch der große Gemütskur des Herrn v. Burgsdorff wird diesen Weg nicht aushalten. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.)

Herr v. Burgsdorff: Ich habe nicht gesagt, daß die Liberalen das allgemeine Wahlrecht auch für den Säugling in der Wiege verlangen, sondern daß die Leute auf der Straße das fordern. Inwiefern Herr Rischner einen Unterschied zwischen den Liberalen und den Demonstranten auf der Straße macht, überlasse ich ihm, ich habe auch gesagt, die Liberalen hätten völlig verstoßen bis zur Impotenz. Auch das halte ich aufrecht. (Lachen.) Ich erkenne aber ausdrücklich an, daß die Liberalen in früheren Jahren große Verdienste hatten. Aber die großen Liberalen würden auf ihren großen breiten Rücken fallen, wenn sie die Arbeit der Liberalen der heutigen Zeit sehen würden. Ich danke Herrn Rischner für die mir erteilte Genur, ich werde sie wohl heute Abend im "Berliner Tageblatt" bestätigen finden. (Heiterkeit.) Das Urteil über meine Kenntnisse überlasse ich dem Hause.

Oberbürgermeister Rischner: Ich muß es abweisen, daß ich in irgend einer Beziehung zum "Berliner Tageblatt" stehe.

Oberbürgermeister Wallraf-Lüttich: An der Frage der Wahlkreis-einteilung dürfen wir nicht vorbeigehen, obgleich sie vielfach als ein noli me tangere angesehen wird. Das Herrenhaus aber, dessen Mitglieder von der Ungunst der Parteien nicht betroffen werden, ist am besten geeignet, diese Frage zu behandeln.

Die heutige Wahlkreiseinteilung wird den wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht gerecht.

Es wird als eine schwere Unbill empfunden. Würden wir an dem Wahlstab festhalten, daß auf 50 000 Einwohner ein Abgeordneter kommt, so würden wir 300 Abgeordnete mehr erhalten, das wollen wir nicht. Die Ungleichheiten in den Wahlkreisen sind aber allmählich gar zu groß geworden; wir haben Wahlkreise, die in ihrer Einwohnerzahl von 33 000 bis zu 323 000 schwanken. Der Entwurf, man dürfe nicht ändern, weil die Wahlkreiseinteilung etwas historisches Gegebenes sei, ist nicht stichhaltig. Bei der Beratung des Gesetzes von 1860 erkannte die Abgeordnetenhauskommission bereits an, daß die Wahlkreiseinteilung dem fortschreitenden Leben der Bevölkerung zu folgen habe. Und ebenso erklärte sich auch die Herrenhauskommission einstimmig dafür, daß die damalige Einteilung nicht für die Dauer den Vorstuf der Einteilung bilden dürfe. Die Verhältnisse haben sich ja in den letzten 50 Jahren außerordentlich geändert. Preußen hat den Charakter als reiner Agrarstaat verloren; wir haben Provinzen, die sich heute lähn zu den bedeutendsten Industriebezirken der Welt zählen dürfen. Bei

der letzten Tagung des Deutschen Reichstages hat der Ministerpräsident selbst darauf hingewiesen, wie diese Einteilung zum Wohle des Staates mitgewirkt habe. Die Aufrechterhaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung ist also ein Unrecht gegenüber dem Staatswohl förderlichen Kräften, ein Unrecht auch gegenüber den Kommunalverbänden, auf deren bedeutsame Tätigkeit der Ministerpräsident ebenfalls mit Recht hingewiesen hat. Ich verlange nicht, daß die Zahl der Abgeordneten beständig nach der Zahl der Bevölkerung wechsele, ich bin durchaus der Meinung, daß das historische Gewordene zu seinem Recht komme, aber gerade so wie die Landwirtschaft mit Stolz darauf hinweist, was sie für die Landesverteidigung getan habe, so darf man auch nicht vergessen, wie die Industrie zur Ernährung und Bewaffnung des Volkes beigetragen hat. Die organische Fortentwicklung des Wahlrechts erhebt die neue Einteilung der Wahlkreise mit gebieterischer Stimme zu einer Forderung der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Graf Opperdorn: Der Ministerpräsident hat seine Ausführungen mit den Worten geschlossen, daß er sich der Verantwortung für diese Verfassungsänderung voll bewußt sei. Ein jeder und auch meine Wenigkeit nehmen für sich dieses Bewußtsein in Anspruch. Bei diesen Diskussionen halten wir uns in einem verhältnismäßig engen Rahmen. Es handelt sich nicht um eine Oberhausfrage, nicht um die Einführung neuer Gedanken, nicht um die Lösung von Schwierigkeiten auf anderem Gebiete, um nur den Namen Wahlpflicht zu nennen, sondern wir halten uns an die drei Themat:

Drittelung, Kulturträger und die vom Grafen York vorgeschlagene Zweidrittelmajorität.

Ich glaube, daß niemand widerspricht, wenn ich nach meiner Beobachtung der Stimmung in diesem Hause ausführe, daß wir uns hier

nacheinander vor drei Uebel gestellt sehen. Das erste Uebel war die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Sie befriedigte dort niemanden und fand hier das Gegenteil von Gegenliebe. (Heiterkeit.) Das zweite Uebel ist das Ergebnis der Beratungen unserer Kommission, und das dritte Uebel ist die Perspektive auf den Antrag Schorlemer, den der Ministerpräsident in feierlicher und unabweisender Weise hier soeben abgelehnt hat. Das minus malum (geringere Uebel) hier zu finden, ist eine unerfreuliche Aufgabe. Vielleicht ist das Scheitern dieser großen Aktion für viele Mitglieder dieses Hauses das gesuchte minus malum. Die Einführung einer Zweidrittelmehrheit, lediglich begrenzt auf die Bestimmungen dieses Wahlgesezes, halte ich aus einer Reihe von Gründen für ganz ungewöhnlich. Die Vorlage ist mit so viel Details bepackt worden, daß ich vielen Ausführungen des Herrn Rischner zustimmen kann. Es erscheint bedenklich, diese komplizierten, mit einander nicht parallel laufenden, sondern teilweise sich sogar entgegengesetzten Bestimmungen unter den verstärkten Schuß der Verfassungsänderung zu bringen. Mit Genugtuung begrüße ich die Erklärung des Ministerpräsidenten: er wolle keine Partei ausschalten. Eine politische Entspannung wäre sehr erfreulich. Solche Gedanken, besonders wenn sie zur rechten Zeit in die Praxis umgesetzt werden, können dazu führen, im Laufe der Zeit eine Entspannung herbeizuführen. Dann aber hat der Ministerpräsident, und das war der Höhepunkt, den Antrag Schorlemer adoptiert. Diese Wendung der Staatsregierung ist nicht weiter als die Aufforderung, die jetzt im Abgeordnetenhaus bestehende Parteikonstellations aufzuheben. Der Gedanke der Korrektur der vorhandenen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wurde in diesem Hause zuerst vom Fürsten Lichnowski und dann von Dr. Hamm ausgesprochen. Fürst Lichnowski sagte, die Regierung dürfe dieses Gesetz nicht aus den Händen des schwarz-blauen Modus entgegennehmen, und noch viel temperamentvoller hat Dr. Hamm diesen Gedanken weiter gesprochen. Vor vielen Jahren habe ich einen Studenten gekannt. Er hatte einen Pudel, der so dreifüßig war, daß er, wenn man ihn in der Hand hielt, als der Antifemismus seine apfelpflichten Blüten trieb, ein Stübchen rechts und sagte, nimm es nicht, es ist vom Juden, den Bissen verführte. (Heiterkeit.) Nimm nichts vom Zentrum, so sang es aus diesen beiden Reden heraus. Daß diese

Politik der Pudeldressur

(Heiterkeit) zur sachlichen Erledigung besonders in der temperamentvollen Art, mit der sie vorgetragen wurde, nicht gerade eingeladen hat, bedarf keiner weiteren Erörterung. Was damals eingeleitet wurde, ist heute durch den Antrag Schorlemer Ereignis geworden. Ich akzeptiere ohne jeden Hintergedanken die Versicherung des Ministerpräsidenten, daß er optima fide (im besten Glauben) handelt und diesen Dingen ganz objektiv gegenüber steht. Die Entwicklung ist aber schließlich die Richtung gegangen, die Fürst Lichnowski und Dr. Hamm angedeutet und gewünscht haben. Das halte ich für bedauerlich. Nachdem hier im Interesse der Deutschland und des leichten Verständnisses wegen Parteinaamen genannt worden sind, will ich in bezug auf die nationalliberale Partei das gleiche tun. (Heiterkeit.) Der Abg. Schiffer hat gesagt, die Aufrechterhaltung der Drittelung in den Urwahlbezirken und die Maximierung erreichte die Industrie des Westens. Er verwechselte wohl Industrie und nationalliberale Partei. Es liegt hier ein ganz gesunder Egoismus, aber doch ein Egoismus vor, wie ihn jede Partei hat. Für die Beibehaltung der Drittelung in den Urwahlbezirken waren 318 Mitglieder des Abgeordnetenhauses, dagegen waren 127. Nach der Stellungnahme des Ministerpräsidenten sollen in einer wichtigen politischen Frage 318 Abgeordnete ihre Wünsche zurückstellen hinter die Wünsche von 127 Abgeordneten.

Präsident Frhr. v. Mantuffel: Ich möchte den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß hier nicht abgelesen werden darf, es sei denn, daß der Redner der deutschen Sprache nicht mächtig ist. (Heiterkeit.)

Graf Opperdorn: Ich habe nur wenige Zahlen verlesen.

Präsident Frhr. v. Mantuffel: Nach meiner Uebersetzung hat der Redner abgelesen.

Graf Opperdorn: Ich werde mich bemühen noch weniger abzulesen.

Präsident Frhr. v. Mantuffel: Darum möchte ich eben bitten. Graf Opperdorn: Angesichts des Antrags Schorlemer vermag ich an das Zustandekommen der gesetzgeberischen Aktion nicht mehr zu glauben.

Professor Hillebrandt - Breslau: Die Regierungsvorlage wäre vielleicht eine geeignete Grundlage gewesen als die Fassung des Abgeordnetenhauses.

Gegen das Reichstagswahlrecht mit seinen Schäden müssen wir ein Gegengewicht haben. Es fördert die einseitige Herrschaft der Massen, die Unwahrhaftigkeit und Verhehlung.

Die öffentliche Wahl ist das charakterisierende Merkmal des preussischen Wahlrechts, das wir aufrechterhalten wollen. Bedauerlich ist, daß die Regierung die Wahlrechtsvorlage nicht zuerst an das Herrenhaus gebracht hat. Ich habe die Empfindung, daß wir über die Klänge des Abgeordnetenhauses springen sollen. Es ist lange her, daß das Wort gefallen ist: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt. Wie es jetzt mit der Gottesfurcht sieht, will ich hier nicht weiter untersuchen. Aber der zweite Teil dieses Wortes ist schon längst nicht mehr wahr, denn wir fürchten nicht oben, und wir fürchten noch mehr nach unten. Für die Betteskammer, in der die Wahlgellet geschrieben werden, kann man dieses Wort als Motto nicht wählen.

Das Verantwortlichkeitsgefühl wird durch die geheime Wahl abgekumpft.

Der geheime Wahl müssen wir von vornherein widerstehen, denn haben wir sie für den Landtag, so besteht die Gefahr, daß wir sie auch für die Kommunen bekommen. Und wie für ein Entgegenkommen der Regierung gedankt wird, haben wir an den Hül-Rufen gesehen, mit denen die Sozialdemokraten den Herrn v. Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus empfingen. Nur wenn die öffentliche Wahl bleibt, kann die Sor-

lage für uns annehmbar werden. Der Gedanke der Kulturträger ist erwägenswert. (Beifall.)

Oberbürgermeister Körte-Königsberg: Von einem anderen Standpunkte aus als der Vorredner komme ich zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den bisherigen Beschläüssen. Für uns hier im Hause wie überhaupt für solche Männer, die unabhängig im Leben dastehen, ist es kein Kunststück sein Wahlrecht öffentlich auszuüben. Wenn nur wir im Staate zu stimmen hätten, wäre ich der erste, der für die öffentliche Wahl einträte, denn es liegt etwas Schönes und des freien Mannes Würdiges darin. Es wäre aber doch eine bedenkliche Verkennung der Verhältnisse, wie sie sich im wirtschaftlichen und politischen Leben herausgebildet haben, wenn man sagen wollte, daß die große Menge so unabhängig ist, daß sie ihrer Meinung diesen öffentlichen Ausdruck geben kann. Selbst Herr v. Burgsdorff hat es ja als bedauerlich bezeichnet, daß viele bei der öffentlichen Wahl überhaupt nicht in der Lage sind, ihr Stimmrecht auszuüben. Es handelt sich dabei um den größten Teil der politischen Wähler. Wir wissen, daß die Sozialdemokratie vor allen anderen Parteien den nicht beneidenswerten Vorzug besitzt, daß ihr jedes Mittel bei den Wahlen recht ist. Wenn wir das zugeben, wenn wir sehen, wie der soziale demokratische Zwang auf die Wähler ständig zunimmt, so muß man auch anerkennen, daß diesem Zwange nur durch die geheime Wahl gesteuert werden kann. Jetzt werden durch die öffentliche Wahl viele direkt in das Lager der Sozialdemokratie hineingetrieben, denn oft genug wird von der Sozialdemokratie die Porole ausgegeben, daß niemand mehr bei jemandem arbeiten lassen oder kaufen darf, der nicht sozialdemokratisch stimmt. Die Regierung ist ja mit innerlichem Widerwillen an diese Reform herangegangen. Das ist offenes Geheimnis. Sie fühlte sich lediglich verpflichtet durch die Ankündigung der Thronrede von 1908, daß eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts erfolgen soll. Es ist doch über die Entstehung dieser Worte der Thronrede zum mindesten so viel bekannt geworden, daß es sich nicht in erster Linie um ein Wort des Königs handelt, sondern um eine von dem damaligen leitenden Staatsmanne als politisch notwendig erkannte Konzeption. Auf demselben Standpunkt stand auch Graf Wartenstein, dessen Ausführungen ich in so mancher Beziehung ohne weiteres zustimmen konnte. Von anderer Seite ist jedoch trotz aller Ehrfurcht vor der allerhöchsten Person betont worden, daß die Thronrede doch auch anders aufgefaßt werden könnte, nämlich als eine besonders feierliche Form der Einbringung neuer gesetzgeberischer Vorlagen. Wir haben es ja auch erlebt, daß sehr große, von weiten Volksteilen für überaus wichtig gehaltene Gesetzesvorlagen, trotzdem sie in der Thronrede in ebenso feierlichen wie festen und entschiedenen Worten eingebracht worden waren, nicht zur Durchführung gekommen sind. Ich erinnere nur an

die Kanalvorlage,

für die von der allerhöchsten Stelle ein sehr feierliches und festes Wort vorlag. Ich führe dies deshalb an, weil ich der Meinung bin, daß die königliche Staatsregierung im wesentlichen die Einbringung der gegenwärtigen Vorlage auf die Zulage in der Thronrede zurückführt. Das Tragische, das die Wahlrechtsvorlage im Laufe der Verhandlung vor dem Abgeordnetenhaus und Herrenhaus an sich hatte, ist das gewesen,

daß die Regierung mit dieser Vorlage innerlich eigentlich gar nicht recht einverstanden war.

Die Erklärungen vom Ministerisch sind nicht überall vollständig in sich schlüssig gewesen und in weiten Kreisen im Volke sieht man darin eine gewisse innere Unsicherheit, ein Sichfühlenslassen, nicht ein energisches und zielbewusstes Führen. (Sehr richtig!) Würde von vornherein die Regierung mit einer zielbewußten bestimmten Meinung aufgetreten oder hätte sie unter ihrer gegenwärtigen Leitung von vornherein den Gedanken der Wahlrechtsreform nicht mit in ihr Programm aufgenommen, es wäre ein klarerer und für die Patrioten im Lande erfreulicherer Zustand eingetreten. (Zustimmung.) Der gegenwärtige Zustand ist sicher nicht erfreulich und hat zur Hebung des Ansehens der Regierung nicht beigetragen. Es hat den Anschein gehabt, als ob die Regierung, was ja allerdings der Ministerpräsident heute feierlich abgelehnt hat, ihre Stellungnahme jeweils abhängig gemacht hat von der jeweiligen Parteikonstellations. (Sehr richtig!) Wenn so häufig auf die große Zeit des Fürsten Bismarck zurückgegriffen wird, so möchte ich mir erlauben auszusprechen, daß ein Zustand wie der jetzige mit den Bismarckschen Exaltationen deswegen nicht vereinbar ist, weil wir es seit Jahren in Preußen bemerken, daß

ein fester, energischer und wenn es sein muß auch rückwärtslofer Kurs gesteuert wird.

(Lebhafte Bravo!) Heute werden Maßnahmen, die von noch so weiten Volksteilen gefordert werden, nicht ausgeführt, weil ihnen heute die Liberalen, morgen das Zentrum und dann noch einmal die Konservativen widersprechen. Dann kann man sich nicht wundern, wenn schließlich

eine solche Mißgeburt

zustande kommt, wie sie hier vor uns liegt. Mit dieser Vorlage kann kein Mensch zufrieden sein, weder der, der voll ja, noch der, der voll nein sagt. Aber nur der Staat gedeiht, in dem auf die Dauer klare und wahre Verhältnisse herrschen. (Sehr richtig!) Halb rechts und halb links, halb Mitte und halb unten ist auf die Dauer ein unerträgliches Grund-

unseligen politischen Konstellation,

unter der wir jetzt leiden, zu dem stetigen zielbewußten Anwachsen der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Deshalb möchten gerade wir Liberale, daß bei dieser Vorlage wenigstens ein klares Ergebnis herauskommt. Ich kann den Grundtag gar nicht verstehen, daß irgend etwas zustande kommen müsse, damit endlich Ruhe eintrete.

Damit zählten Sie künstlich die Sozialdemokratie groß,

die Zahl der Leute, die zwar nicht an den Unsinn der sozialdemokratischen Prinzipien glauben, aber trotzdem hinzugehen, weil sie sich sagen: die Sozialdemokraten haben wenigstens einen klaren in sich konsequenten, wenn auch von unserem Standpunkte dem Staatsganzen abträglichen Willen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus muß man meiner Ansicht nach zur Ablehnung der Vorlage und auch zur Ablehnung aller Änderungsanträge kommen. Ich werde zwar für die keine Verbesserung des Antrages Schorlemer stimmen, aber gegen das ganze Gesetz, weil es nicht die direkte und geheime Wahl bringt. Eine Vorlage, die die direkte und geheime Wahl bringt mit der Beibehaltung der Dreiklassenwahl, würde meine Zustimmung haben sogar mit den Mängeln der Kulturträger. Eine gründliche Reform muß kommen. Ein großer Teil der Unzufriedenheit, der sich gegenwärtig im Lande bei der Wahlrechtsfrage Luft macht, hat ihren berechtigten Grund in der Reichsfinanzreform. (Widerpruch.) Man braucht auch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen für kein Verbrechen zu halten. Die Reichstagswahlen von 1907 brachten bei einer Wahlbeteiligung von 84 Proz. eine erhebliche Verminderung der Zahl der sozialdemokratischen Vertreter. Glauben Sie denn, daß dem Abgeordnetenhaus, wenn in Preußen das Reichstagswahlrecht eingeführt wäre, nur aus Sozialdemokraten bestehen würde? Wie wir über das Vorgehen anderer Länder und anderer Bundesstaaten denken, muß jeder mit sich abmachen. Herr v. Burgsdorff meinte: Wir sind in Preußen und verbitten und die Weisheit aus Süddeutschland. Das ist ein Standpunkt, dem ich vollständig beitrete. Ich stimme aber auch einem anderen Standpunkte zu. Ich fühle mich als Preuze auch verpflichtet, im Leben zu stehen. Auf die Dauer wird es Preußen nicht möglich sein, sich den Entwicklungstendenzen entgegenzustellen, die sich im übrigen deutschen Vaterlande gezeigt haben. Ueberall haben wir das geheime Wahlrecht, und ich würde es für die beste Änderung des bestehenden Wahlrechts ansehen, wenn das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auch in Preußen gewährt würde, vielleicht mit einer gewissen Wahlpflicht. Wunderbar ist ja bei uns, daß diejenigen, die die Macht am meisten in Händen

haben, die forschen Preußen, am allergrößten sind. Durch diese Wahlrecht würde die Zahl der nicht sozialdemokratischen Stimmen erheblich wachsen. Wir würden durch die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein Hauptangriffsobjekt aus der sozialdemokratischen Agitation entfernen. Die Verwirklichung des preussischen Wahlrechts ist heute auch das einzig wirksamste Parodiefeld der Sozialdemokraten. Das würde beseitigt und damit die ganze sozialdemokratische Agitation erheblich beschränkt werden. Ich bin nun nicht so ein Schwärmer, daß ich annehme, damit nun die ganze Sozialdemokratie zu läßt. Aber die sozialdemokratische Unzufriedenheit, die weit übergriffen in bürgerliche Kreise, würde doch erheblich eingeschränkt. Wir müssen überhaupt darauf Bedacht nehmen, der Unzufriedenheit zu steuern. Die Unzufriedenheit bezüglich des Wahlrechts wird aber durch diese Vorlage nicht beseitigt. Ein so mangelhaftes Gesetz kann ruhig fallen. (Beifall.)

Herr v. Wedel-Piesdorf: Der Vorredner hat die Einzel- und Zweier-Bezirke als Mängel des jetzigen Gesetzes bezeichnet. Man kann sie vielfach freilich als Mängel betrachten. Zum großen Teil werden sie aber nach der jetzigen Vorlage verschwinden, namentlich wenn der Antrag Schorlemmer, für den ich eintreten werde, angenommen werden sollte. Die Einzel-Bezirke aber vollständig beseitigt werden, kann ich nicht wünschen, denn es gibt vielfach Bezirke in unserem Vaterland, wie z. B. im Osten, wo der Großgrundbesitzer entsprechend der Lage der Verhältnisse allein in der ersten Klasse zu wählen hat. Man muß sich darauf setzen, daß die Wahlkörper den wirklichen Verhältnissen im Leben entsprechen. Den Mangel an Wahlbeteiligung gebe ich zu. Das liegt aber nicht an mangelndem Interesse, sondern an der invidiösen Wahl an sich. Wenn in einem Dorfe die Bauern einzeln sind, wer zum Wahlmann gewählt werden soll, dann haben sie es nicht für nötig, das hundert hingehen, sondern es ist ihnen für jede Abteilung zwei oder drei hin, und sie kommen zu demselben Resultat, als wenn hundert hingehen. (Beifall.) Daß das ein großes Unglück ist, kann ich nicht zugeben. Aber ein Unglück ist die Verhütung, die bei der allgemeinen Wahlen Wahl stattfindet, und das Uebermaß von Lügen, das da von Leuten vorgelesen wird (Sehr richtig!), womit die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen erregt wird, womit die Begehrtheit nach Dingen, die sie nie erreichen können, angeheizt wird. Dieses Unglück wollen wir nicht haben, deswegen sind wir gegen die direkte Wahl.

Das Land Preußen ist auch mit der Tätigkeit seiner Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten durchaus zufrieden gewesen.

(Lebhafte Zustimmung.) Der Vorredner ist auch die Reichsfinanzkommission bekommen. Ich bemerke schon bei der ersten Sitzung, daß die konservative Partei sich ein unerbittliches Verdienst dadurch erworben hatte, daß sie die Finanzreform zustande gebracht hätte ohne Konzessionen auf staatsrechtlichem Gebiete. Ich wiederhole das. (Beifall.) Dem Vorredner halte ich auch entgegen, daß hervorragende Redner der linksliberalen Partei gefogt haben, wenn die Verfassungsreform angenommen ist, so ist damit die Sache noch lange nicht zu Ende, dann verlangen wir doch die Einführung der parlamentarischen Regierungsform in Deutschland. (Sehr richtig!)

Es gibt kein Wahlrecht, welches ungerechter ist als das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

(Sehr wahr!) Außer Deutschland gibt es auch keinen Staat, der ein so vorgeschrittenes, liberales, demokratisches Wahlrecht hätte. Kein Staat hat bis jetzt gewagt, dieses Experiment zu machen. Das Experiment in süddeutschen Staaten bedauerlich. Ich bin überzeugt, sie werden es selbst noch bedauern. (Sehr richtig!) Heber die Wahrscheinlichkeit läßt sich reden. Für das Reichstagswahlrecht wäre sie vielleicht ganz gut. Zum zur eigentlichen Frage. Meine politischen Freunde sind darin einig, daß sie dem öffentlichen Wohlrecht vor dem geheimen entschieden den Vorrang geben. Ein Teil meiner Freunde ist so von der Schädlichkeit des geheimen Wahlrechts überzeugt, daß er unter keinen Umständen diesem zustimmen würde und daß er, wenn das geheime Wahlrecht beschlossen werden sollte, die ganze Vorlage ablehnen würde. Ein anderer Teil hält sich für verpflichtet, dem Antrag Hillebrand zuzustimmen. Dieser Teil ist aber der Ansicht, daß, wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, wir die Vorlage sorgfältig durchbetonen und eventuell annehmen würden.

weil die vollständige Ablehnung ein Unglück wäre.

(Beifall.) Ein dritter Teil meiner Freunde lehnt den Antrag Hillebrand ab. Zu dem gehöre auch ich. Wenn nämlich jetzt das Gesetz vollständig scheitert, so wird es im nächsten Jahre mit vermehrten Kräften wieder an uns herantreten, es wird schlechter sein als das gegenwärtige. Den Antrag Wallraflehen wir ab, weil dadurch die landwirtschaftlichen Interessen nicht genügend gewahrt würden.

Ein Wahlkreis mit Tausenden von Fabrikarbeitern, einer sukzessierenden Bevölkerung, ist nicht gleichwertig mit einem ländlichen Wahlbezirk mit einer kleinen, fest angelegenen, an ihrer Scholle hängenden Bevölkerung.

(Beifall.) In angemessener Weise werden wir ja eine Veränderung der Wahlbezirke vornehmen müssen. Aber jetzt können wir die Hand dazu nicht bieten. (Lebhafte Beifall.)

Überdiesermeister Körte stellt dem Vorredner gegenüber fest, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Griechenland, Schweiz, in der Türkei, in Finnland und Belgien besteht.

Herr v. Wedel-Piesdorf: Das ist mir alles sehr wohl bekannt. Aber alle diese Staaten haben Einschränkungen nach unten, also nicht das Wahlrecht so wie bei uns.

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Haam: Ich nehme das Wort, um auf eine Stelle des Kommissionsberichts einzugehen. Ich meine, der Kommissionsbericht ist nicht dazu da, die hier im Plenum gehaltenen Reden einer Kritik zu unterwerfen. In dem Bericht aber heißt es: „In dieser Hinsicht ist es bedauerlich, daß im Plenum so scharfe Worte gegen das Zentrum gefallen sind.“ Das kann ich nur auf mich beziehen, und ich halte den Kommissionsbericht nicht für kompetent, das anzuspüren. Ich habe in dem Kommissionsbericht weiter, derartige Worte seien geeignet, die Verständigung auf breiter Basis zu erschweren. Ich habe den Wunsch, daß die Verständigung auf allerbreitester Basis, auch unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommt. Der Ministerpräsident hat heute noch erklärt, er wüßte keine Partei auszuschließen, und dieser Wunsch wird wohl von uns allen geteilt. Meine Angriffe richteten sich gegen die Art des Zusammengehens der Konservativen mit dem Zentrum im Abgeordnetenhaus. Das Zentrum ist in der Lage, heute nach Auf und morgen nach rechts zu marschieren. Es hat die Waffen ebenso in der Hand wie die Sozialdemokratie. Wenn das Zentrum in der Frage der Drittelung nicht nachgibt, dann ist immer noch die Hoffnung vorhanden, daß die Konservativen mit den Mittelparteien zusammengehen können. Denn an der Drittelung sind ja gar nicht die Konservativen interessiert, sondern nur das Zentrum. Ich halte es für eine Ehrensache des Abgeordnetenhauses, eine solche vermittelnde Stellung einzunehmen, daß auch die Mittelparteien dem Entzweit zustimmen können.

Berichterstatter Graf Behr-Behrenhoff: Ich muß tatsächlich bedauern, daß der Vorredner nicht genau zitiert hat. Es steht in dem Bericht nicht: „es ist bedauerlich“, sondern „es sei bedauerlich“. Der Kommissionsbericht gibt also nur das wieder, was in der Kommission ausgeführt wurde.

Graf von v. Hartenbourg: Mein Antrag verfolgt das dreifache Ziel, daß in so großen prinzipiellen Fragen in Zukunft keine Kompromisse mehr geschlossen werden können, daß die Aufrechterhaltung großer staatsrechtlicher Partien vermieden wird, und daß mir selber und einer erheblichen Zahl meiner Freunde die Zustimmung zu dem gegebenen Wahlrecht erleichtert wird. Ich weiß, daß ein großer Teil der Herren, die jetzt gegen die Vorlage stimmen werden, bereit zu sein werden, sie anzunehmen, wenn die Kommission schon diese Vorlage der Vorlage eingefügt hätte. Preußen hat seine besonderen Aufgaben und seiner Genes nach ist vorzugsweise Macht sein

Charakter. Diesen Charakter wollen wir nicht schmälern durch eine Ueberstärkung der Gesellschaft. Ein irgendwie demokratisches Parlament hätte in Preußen bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen und bei der Politik verlagert. Wenn man sagt, ein demokratisches Parlament leiste auf sozialem Gebiete mehr, so gebe ich gewiß zu, daß wir vom Reichstag mit einem ausreichenden Maße von Sozialpolitik versehen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man sagt, ein Scheitern der Wahlrechtsvorlage hätte schlechte Reichstagswahlen zur Folge, so verweise ich darauf, daß die schlechten Reichstagswahlen 1907 in Baden waren, unmittelbar nach einer demokratischen Reform des dortigen Landtagswahlrechts. (Lebhafte Zustimmung.) Damit schließt die Generaldebatte.

Es folgt die Spezialberatung. Die §§ 1 bis 8 werden debattellos angenommen. § 4 steht die geheime und indirekte Wahl vor. Ein Antrag Reinke fordert die direkte und geheime Wahl, ein Antrag Hillebrandt die öffentliche Wahl auch der Wahlmänner.

Prof. Dr. Reinke-Niel begründet seinen Antrag, der den Wünschen der weitesten Kreise des preussischen Volkes entspreche.

In der Abstimmung wird der Antrag Reinke abgelehnt, ebenso der Antrag Hillebrandt gegen eine erhebliche Minderheit. § 4 wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses, die die Herrenhauskommission unverändert gelassen hat, angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages hielt gestern die erste Sitzung ab, um den Beratungsplan festzulegen. Es fragte sich zunächst, ob die Kommission mit der Beratung des ersten Buches der Vorlage beginnen soll. Dies forderten die Konservativen. In dem ersten Buche sind unter anderem die grundlegenden Bestimmungen für die neu vorgeschlagenen Versicherungsämter enthalten. Diese Bestimmungen seien, erklärten die Konservativen, so wichtig, daß hierüber in erster Linie Arbeit geschaffen werden müsse. Das Zentrum schlug vor, mit der Beratung der Krankenversicherung zu beginnen. Wenn erst hierüber eine Verständigung erzielt sei, würde auch die Einrichtung der Versicherungsämter weniger Schwierigkeiten machen. Dem schlossen sich auch die Sozialdemokraten an, die dafür eintreten, daß die Organisation der Versicherungsbehörden erst zuletzt beraten werden sollte. Schließlich beschloß die Kommission gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten, daß mit der Beratung des ersten Buches begonnen wird.

Die Sitzungen der Kommission sollen vom 27. Mai ab vorläufig an allen Wochentagen von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr stattfinden. Wenn irgend möglich, soll vor der Sommerpause die erste Sitzung erledigt werden. Zu Berichterstatter werden ernannt: Dr. Dröschner für die gemeinsamen Bestimmungen, Horn (Reich) für die Krankenversicherung, Dr. Murgan für die Unfallversicherung und die Pensionen, Trimbauer für die Alters- und Invalidenversicherung sowie die Hinterbliebenenversicherung.

Dann beschloß die Kommission, von den Regierungen weiteres Material zu verlangen. Dazu lagen Anträge des Zentrums, der Konservativen und der Sozialdemokraten vor. Letztere forderten unter anderem, daß der Kommission Einblick in das Protokoll über die Verhandlungen im Reichsamt des Innern mit den Vertretern der Versicherungsträger, Ärzten usw. gewährt werde. Der Staatssekretär des Innern, der sich offenbar von seiner schweren Krankheit in der Zeit der ersten Sitzung der Vorlage im Plenum recht gut erholte hat, erklärte, daß er diesem Antrage nicht Folge geben könne, da die Mitteilungen in den Verhandlungen zum Teil vertraulich gewesen seien. Im übrigen versprach der Minister, das gewünschte Material zu beschaffen. Die Konservativen hatten einen genaueren Plan darüber gefordert, welche Beamten und welche Kosten zur Durchführung der Versicherungsämter notwendig seien. In der Aussprache hierüber stellte es sich heraus, daß den Regierungen jede einigermaßen sichere Grundlage für die Berechnung der Kosten fehlt. Die Vertreter der Regierungen versprochen, den Plan für zwei Regierungsbezirke in Preußen — einen vorwiegend industriellen und einen vorwiegend landwirtschaftlichen — sowie möglichst für einzelne andere Bundesstaaten zu beschaffen. Sie versicherten aber, daß auch das auf diese Weise beigebrachte Material keine zuverlässige Grundlage für die Berechnung der Kosten bieten könne.

Budgetkommission.

Die Budgetkommission erledigte in ihrer Donnerstagsitzung das Kolonialbeamtengesetz. Ein Zentrumsantrag verlangte, daß Entzweitungen in die Personalakten der Kolonialbeamten, welche diesen nachteilig sein können, den betreffenden Beamten zur Kenntnisnahme vorgelegt seien. Eine etwaige Gegenerklärung des Kolonialbeamten soll den Personalakten beigelegt werden. In der Debatte kommt zur Sprache, daß die Reichsregierung eine im vorigen Jahre vom Reichstag angenommene Resolution mit gleicher Tendenz insofern umgehe, als sie neben den Personalakten noch eine besondere Qualifikationsliste führe.

Für die Tatsache, daß der Beamte das allergrößte Interesse daran hat, Kenntnis von dem ihm nachteiligen Aemtervermerk zu erhalten, brachte der Abgeordnete Dr. A. M. Jehnhoff eine Anzahl schlagender Beispiele bei. Die Kontrolle durch den Beamten sei, so führte er aus, auch im Interesse des Vorgesetzten geboten, denn dann würde er sich halten, Unwahrheiten hineinzuschreiben. So sei eine Entzweitung gemacht worden, daß ein Beamter bei einem Essen dem Keller ein hohes Trinkgeld gegeben habe, um immer vom besten Wein zu bekommen. Es gebe Vorgesetzte, die den Beamten den Rat geben, sich um eine bestimmte Stelle zu bewerben, während sie ihm zu gleicher Zeit eine Entzweitung in seine Personalakten machen, die das Erhalten der Stelle unmöglich macht.

Staatssekretär Dernburg wandte sich gegen den Antrag, weil seine Annahme zur Folge haben würde, daß die Entzweitungen nichtsfugend werden würden.

Der Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Nach § 11 der Vorlage sollen die Kolonialbeamten unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes jeberzeit in den Ruhestand versetzt werden können. Auf Antrag Erzbergers wird die Gewährung des Wartegeldes auf drei Jahre beschränkt. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind die obersten Beamten.

Auf eine Anfrage, warum für die arbeitsunfähig gewordenen weihen Arbeiter keine Bestimmung getroffen sei, erwidert ein Regierungsvertreter, daß eine solche Bestimmung in das Gesetz nicht hineingehöre. Die Arbeiter in den Kolonien unterliegen bisher keinerlei Versicherungsspflicht; die Verwaltung über einen gewissen Grad dahin aus, daß die Arbeiter, die hier Invalidenversicherungsmarken geliebt haben, dort freiwillig weiter leben. Wenn jemand einen Unfall erleide oder krank werde, so erhalte er aus den im Etat der Schutzgebiete zu dem Zwecke eingestellten Summen eine Unterstützung, die nach dem für das Mutterland geltenden Versicherungs-gesetze bemessen werde.

Nach § 21 soll den Beamten, die zwölf — in den gesunden Kolonien fünfzehn Jahre Dienst getan haben — auch ohne den Nachweis der Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit ein Anspruch auf lebenslängliche Pension zuerkannt werden. Erzberger wendet sich gegen diese Bevorzugung der Kolonialbeamten.

Staatssekretär Dernburg, unterstützt von einigen Regierungsvertretern, sucht nachzuweisen, daß unsere Kolonien sehr

ungefand sind und weder Ost- noch Westafrika marktariefrei seien. Der Paragraph wird angenommen.

Bei der Tropenzulage, die den Pensionen je nach deren Höhe im Betrage von 300 bis 600 M. zugerechnet werden, bemängelt Erzberger deren Höhe und weist darauf hin, daß die Kriegszulagen — und die Tropenzulagen seien auch nichts anderes — jetzt noch von Offizieren bei ihren Pensionierungen verlangt werden, weil sie vor 40 Jahren sich in Frankreich einmal erkälte hätten. Es handele sich vielfach um Leute, die mehr als zwanzigttausend Mark jährlich Pension beziehen; so befinde sich sogar ein früherer Minister eines deutschen Bundesstaates darunter. Die Tropenzulage wurde bewilligt.

Annahme findet noch ein Antrag Erzberger, wonach den Kolonialbeamten die Möglichkeit gegeben wird, gegen die Urteile der Disziplinarkammer Berufung einzulegen.

Südwestafrika in der Budgetkommission.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In dem Bericht des „Vorwärts“ über die Mittwochsitzung, der ich nicht beiwohnen konnte, da ich in der Geschäftsordnungskommission zu tun hatte, findet sich folgender einleitende Satz: Die zweiwöchige Auseinandersetzung über die Politik in unserer südwestafrikanischen Kolonie endete in der Sitzung am Mittwoch mit der widerspruchsfreien Annahme einer allgemeinen Ver-söhnungsresolution, die die eingeleitete Subkommission am Abend vorher formuliert hatte. (Folgt der Wortlaut der Resolution.)

Diese Beschlüsse von einer „allgemeinen Ver-söhnungs-resolution“ beruht auf einem offensibaren Mißverständnis. Nun können zwar die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission nicht in den Verdacht geraten, sie wären hinsichtlich der südwestafrikanischen Politik zu einer allgemeinen „Ver-söhnung“ mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien und gar mit Herrn Dernburg gekommen, doch kann es trotzdem nicht schaden, die Tatsachen richtig zu stellen.

Die Kommissionsberatung über die südwestafrikanische Vorlage war samt allen Abstimmungen über Anträge und Resolutionen am Dienstag zu Ende gebracht worden. Da aber eine ganze Anzahl von Resolutionen verschiedener Parteien zur Annahme gelangt war, die sich in einzelnen Punkten deckten, wurde eine Redaktionskommission von fünf Vertretern verschiedener Parteien eingesetzt, der nur die Aufgabe zugewiesen war, die Resolutionen so ineinander zu arbeiten, daß unter Vermeidung von Wiederholungen eine stimmungsgemäße Gliederung der gesamten angenommenen Vorschläge ermöglicht werde. Die Subkommission, in der ich die Sozialdemokratie vertreten habe, war also gar nicht berechtigt, irgendwelche eigene Vorschläge zu machen oder an dem zu redigierenden Material Sinnesänderungen vorzunehmen. Sie hat denn auch nur im Rahmen ihrer Aufgabe gearbeitet.

Ebenso wenig hatte die Budgetkommission selbst am anderen Morgen die Resolution anzunehmen oder abzulehnen; sie hatte nur zu prüfen, ob das bereits vorher von ihr Angenommene stimmungsgemäß zusammengelegt war. Sie hat also offenbar die Wichtigkeit der Zusammenstellung „widerspruchsfrei“ anerkannt, nicht aber eine Ver-söhnungsresolution widerspruchsfrei angenommen.

Wie wenig das ein Ver-söhnungsfest war, wird durch die Tatsache hinreichend beleuchtet, daß der wichtigste Teil der Gesamtresolution, der die Regierung auffordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den in dem Schutzgebiete Südwestafrika vor Ausbruch des dortigen Aufstandes demotillierte leistungsfähige Personen und Gesellschaften zur Entlastung des Reichshauses herangezogen werden, gegen die Stimmen der Rationalliberalen und der Reichspartei und gegen den Einspruch des Herrn Dernburg am Dienstag angenommen worden war.

Ich enthalte mich weiterer Widerlegungen der vielfach irrthümlichen Darstellungen über den Gang der Kommissionsverhandlungen in der bürgerlichen Presse, da ja die Angelegenheit am Freitag im Plenum des Reichstages zur Erörterung kommt und sich dabei Gelegenheit bieten wird, auch die Stellung der Sozialdemokratie klarzustellen.

Geleitdorf, 28. April 1910.

G. Seebour.

Staatsekretär-Kommission.

Die Beratung des Antrags Brodhausen wird in der Donnerstagsitzung weitergeführt. Von seiten der Sozialdemokraten wird die immer wieder aufgestellte Ansicht, daß alle die in der Diskussion nachgewiesenen Verfehlungen und Unzulänglichkeiten des Antrages durch die Ausführungsbestimmungen und durch Bundesratsverordnung beseitigt werden können, scharf bekämpft. Erstens müsse man dazu ein größeres Vertrauen zum Bundesrat haben, als dies der Fall bei uns sei, zweitens seien auch die praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiete nicht sehr verlockend; daher müssen wir auf gesetzlicher Regelung bestehen. Abg. Schiffer (3.) gibt die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik an dem vorliegenden Antrage zu, er hofft jedoch, daß auf der Grundlage dieses Antrages bis zur zweiten Sitzung etwas Brauchbares zustandekomme. Bei der Abstimmung wird der von den Sozialdemokraten beantragte Lohnzuschlag von 5 Prozent gegen Sozialdemokraten und Zentrum abgelehnt. Hierauf wird der § 14 in der von Brodhausen beantragten Fassung mit einem Zusatzantrag Müller-Fulda, der den Abschluß von Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern begünstigen soll, angenommen. In den §§ 25 und 26 wird die vorläufige Beteiligungsziffer festgestellt, die §§ 27 und 28 regeln die Aufrechterhaltung der Beteiligungsziffern und die Ansetzung derselben. Die Paragraphen werden debattellos angenommen. § 29 behandelt die Uebertragung der Beteiligungsziffer. Hier steht wieder eine große Debatte ein, weil diese Uebertragung in sehr wesentlichen Interessen eingreift. Die Sozialdemokraten beantragen hierzu, daß eine 25 Prozent der Beteiligungsziffer überschreitende Uebertragung nur erfolgen darf nach Genehmigung der Behörden, die versagt werden muß, wenn die beteiligten Gemeinden derselben widersprechen. Weiter sollen die arbeitslos werdenden Arbeiter von dem Werke übernommen werden, das die Quote übernimmt. Das Zentrum beantragt eine Abgabe von 2 M. für den Doppelzentner des übertragenden reinen Stall an die Gemeinde. Damit soll diese die arbeitslos werdenden bis zu Zweidrittel des verdienten Lohnes auf zwei Jahre unterstützen. Der verbleibende Rest soll zur Schadloshaltung der Gemeinde dienen. Die Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß ein Weg gesucht werde, um den Befürchtungen, die betrefß der Stilllegung von Werken gehegt werden, vorzubeugen.

Um 5 Uhr erfolgt Vertagung auf Freitag vormittag 9 1/2 Uhr.

In der Justizkommission des Reichstages

entspann sich beim § 47 eine lebhafte Debatte über das Zeugnisverweigerungsrecht der Geistlichen. Nach der Regierungsvorlage lautet der § 47:

„Ein Geistlicher darf nicht über solche Tatsachen vernommen werden, über die er nach Annahme des Gerichts oder nach seiner ausdrücklichen Versicherung nichts anderes angeben kann, ohne die ihm als Seelsorger obliegende Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen.“

Dazu lagen verschiedene Änderungsanträge vom Zentrum, den Freisinnigen und den Konservativen vor. Unter Ablehnung aller Anträge wurde der § 47 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Der § 48 sichert auch den Rechtsanwältinnen, Verteidigern und Ärzten ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Es lagen auch dazu mehrere Anträge vor, die dieses Recht auf die von den Anwälten und Ärzten in ihrem Beruf beschäftigten Personen ausdehnen wollten. Dieser Zusatz wurde beschlossen, dagegen wurde gegen die Stimmen

Der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, ein Frageverbot des Gerichts gegenüber Rechtsanwälten, Verteidigern und Ärzten festzulegen.

Kommission für die Zulassungsgesetze.

Auch in der Donnerstagssitzung machte sich das Verstreben bemerkbar, den ländlichen Grundbesitz zu schonen und die Steuerlasten auf die Städte abzuwälzen. Wieder lagen Anträge des Grafen Westarp vor, die sich in dieser Richtung bewegten. Von dem Vertreter der Regierung wurde erklärt, daß sich die Regierung, falls die Anträge Westarp angenommen würden, ihre Stellung zu dem Gesetze vorbehalten müsse. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß die ganze Vorlage den ländlichen Grundbesitz begünstige und den Städten die Mittel nehme, die sie für kommunale Zwecke dringend gebrauchen. In Westfalen sei der Grundbesitz bis zu 800 Prozent gestiegen, die kommunalen Steuerzuschläge betragen dort bis zu 280 und 350 Prozent. Nach langer Debatte wird die Abstimmung über den § 20, zu dem die Anträge Westarp gestellt waren, auf Freitag vertagt.

Zum § 22, der auch die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin ausdrückt, liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, diesen Absatz zu streichen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt. Die §§ 23 bis 48 werden mit unwesentlichen Änderungen nach der Fassung der Vorlage angenommen.

Nach siebenstündiger Beratung wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Dien für die Ferienkommissionen.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Diätenfrage für die Mitglieder jener Kommissionen regelt, die während der Vertagung des Reichstags weiter tagen müssen. Es sind das die Justizkommission und die Kommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung. Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten je 1500 M. für jeden Tag, an dem sie der Sitzung fernbleiben, werden 20 M. abgezogen.

Die Wechelschichten und die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden waren im Jahre 1909 u. a. mit besonderen Erhebungen beschäftigt über die Frage: „In welchem Umfang besteht die 24stündige Wechelschicht? Wechelschichten sind besonders lange Schichten, die allmählich in den ununterbrochen arbeitenden Betrieben den Übergang von der Tagsschicht zur Nachtschicht und umgekehrt ermöglichen. Dauert die einzelne Arbeitsschicht 12 Stunden, dann dauert die Wechelschicht 24 Stunden und nur in einzelnen Fällen wird sie auf 18 oder weniger Stunden herabgesetzt. In ihrem Jahresbericht für 1908 haben die Aufsichtsbeamten die Ergebnisse ihrer zum Teil sehr ausführlichen Erhebungen mitgeteilt. Sie haben dabei konstatiert, daß wohl ein Teil der ununterbrochen Tag und Nacht arbeitenden Betriebe in den letzten Jahren zur 18stündigen Wechelschicht übergegangen ist, doch die meisten dieser Betriebe die 24stündige Wechelschicht beibehalten haben.

Wir nennen von diesen hier als die wichtigsten nur die Bergwerke- und Hüttenbetriebe, in denen besonders die Hüttenwörter, die Ofenschürer, die Wärter an Wasserhaltungs- und Fördermaschinen, an den Pumpen und Ventilatoren Wechelschichten zu machen haben. Dann die verschiedenen Zweige der Groß-Eisenindustrie, die Hütten-, Stahl-, Walz-, und Röhrenwerke, in denen Feigler, Maschinenführer, Schärer, Sichter, Röhler, Schmelzer, Rührer, Seilbahnarbeiter, Lokomotivführer, Weichensteller und Rangierer Wechelschichten zu machen haben, die Brenner und Stocher in den Ringofeniegelsen, Kalk- und Zementöfen, die Arbeiter in den Glashütten an den Generatoren und Kälblöfen, die Köster und Stocher in den Zink-, Blei- und Kupferhütten, die Kessel- und Maschinenwärter und Retortenarbeiter in den Gasanstalten, die Schmelzwerkstätten, Kessel- und Maschinenwärter in den Elektrizitätswerken und eine große Reihe Arbeiter bei den verschiedenen, nicht zu unterbrechenden Arbeiten in chemischen, Zucker-, Papier-, Zellulose- und Weißfarben-Fabriken. Eine allgemeine Statistik über die 24stündige Wechelschicht gibt der Bericht nicht, nur für einzelne Bezirke wurden bestimmte Zahlen ermittelt. So befanden sich in dem Bezirk Reichenbach in Schlesiens unter den 8834 Arbeitern von 88 Betrieben 844, die regelmäßig 24stündige Wechelschichten machten = 9,5 Prozent. In den 35 Gasanstalten des Bezirk Düsseldorf hatten von 670 Arbeitern 234 = 34,9 Prozent regelmäßig 24stündige Wechelschicht. Da zum großen Teil der Fabrikate in diesen verschiedenen Industrien eine große Fertigkeit und Zuverlässigkeit in den betreffenden Arbeiten notwendig ist, auch eine Unterbrechung derselben nicht zulässig ist, wollen viele Unternehmer von der 24stündigen Wechelschicht nicht abgehen. Sie sagen, es könne ihnen nur ein Arbeiter für den guten Verlauf einer Arbeit verantwortlich sein, wenn er diese Arbeit von Anfang bis zu Ende unter sich hat. Daß aber bei vielen Betrieben länger als 24 Stunden dauernden Arbeiten — und solche gibt es doch — man doch den ersten Arbeiter durch einen zweiten ablösen lassen muß, das erwähnen sie freilich nicht. Aber sie haben wohl noch andere Gründe gegen eine Verkürzung der Wechelschichten. Sie müssen ja bei Einführung der 18stündigen Wechelschicht statt der 24stündigen meist einen Ersatzmann einstellen, der natürlich noch Kosten verursacht. Daher wollen manche Unternehmer nur einen Ersatzmann stellen, wenn sich die anderen Arbeiter einen entsprechenden Lohnabzug gefallen lassen. Die Arbeiter sind aber meist überhaupt Gegner einer Verkürzung der 24stündigen Wechelschicht, und so sonderbar das auf den ersten Blick erscheint, so ist es doch erklärlich. Neuerlich anstrengend ist allerdings eine alle 14 Tage wiederkehrende 24stündige Wechelschicht, namentlich wenn es sich nicht nur um Aufpassen und Regulieren eines Arbeitsprozesses handelt, sondern um schwere Arbeit, z. B. an Gasretorten oder an einem Ringofen, die macht selbst den kräftigsten Organismus vor der Zeit müde. Aber die Arbeiter wissen: nach der 24stündigen Wechelschicht haben sie am nächsten Sonntage 24 Stunden ganz frei, während sie nach einer 18stündigen Wechelschicht am nächsten Sonntage nur 18 Stunden frei haben. In diese 18 Stunden fallen zwei Ruhezeiten, eine nach Beendigung der vorangegangenen Arbeitsschicht von 12 Stunden, und die andere vor Beginn einer neuen Arbeitsschicht von 12 Stunden. Rechnet man sehr mäßig für diese zwei Ruhezeiten zusammen nur 12 Stunden, so bleiben ihnen von den ganzen 18 Stunden nur 6 Stunden, um sich im Kreise ihrer Familie von den vierzehntägigen Strapazen zu erholen. Dazu sind dem Arbeiter sechs Stunden doch zu wenig, wenn er abends 6 Uhr wieder in der Fabrik antreten muß. Da überwindet er doch lieber an einem Sonntage die Müdigkeit und schläft 24 Stunden lang, um am folgenden Sonntage wenigstens einmal dazu zu kommen, sich zwölf Stunden seiner Familie widmen und sich in der Natur erquicken zu können. Hierzu kommt, daß er dann auch eine Schicht mehr gemacht hat und die Wechelschichten meist um 50 Prozent höher bezahlt werden, auch für gut ausgefallene Produkte, seien es Ofenschmelzer oder Zellulosefaser, gewöhnlich noch Prämien angesetzt werden, während bei fehlerhaften Produkten, die leicht durch unzuverlässige Ersatzmänner vorkommen können, Abzüge gemacht werden. Daher wird es nicht überraschen, daß ein tüchtiger Arbeiter den von ihm angefangenen Arbeitsprozeß gern auch selbst zu Ende führen will, statt ihn auf halbem Wege an einen, ihm in bezug des Könnens und der Zuverlässigkeit Unbekanntem zu übergeben, zumal wenn er auch diesen Ersatzmann noch selbst bezahlen soll, was auch manche Unternehmer verlangen.

Trotzdem darf man nicht übersehen, was Gewerberat Hirschmann in Wiesbaden am Schlusse seines Berichtes für 1908 sagt: „Nebenfalls stellt die 24stündige Wechelschicht an die Leistungs-

fähigkeit und Gesundheit der Arbeiter schwere Anforderungen, so daß ihre Abschaffung mit allen Mitteln gefördert zu werden verdient.“ Einige Regierungspräsidenten haben auch in einigen Betrieben die 24stündige, andere wieder die 18stündige Wechelschicht auf Grund des § 105c der Gewerbeordnung verboten; vielleicht haben sie geglaubt, damit das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen.

Aber weder die Arbeiter, die solche 24stündige Wechelschicht regelmäßig alle 14 Tage leisten müssen und dafür an den dazwischenliegenden Sonntagen eine 24stündige Arbeitspause erlangen, noch die, welche nur eine 18stündige Schicht regelmäßig alle 14 Tage leisten müssen, dafür aber an den dazwischenliegenden Sonntagen nur eine 18stündige Arbeitspause erlangen, die aber daneben ebenso wie die ersteren jeden Wochentag entweder zwölf Stunden Tag- oder zwölf Stunden Nachtarbeit leisten müssen, kommen jemals in den Genuß einer genügenden Sonntagsruhe und eines wirklichen Wohlbefindens für Körper und Geist. Dazu ist bei schwerer Arbeit diese Arbeitszeit viel zu lang. Eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden vor dem Röhrofen oder der Gasretorte, zu der oft noch eine halbe Stunde Schlacken der Regeneratoren vor dem Beginn des Charrierens kommt, Tag für Tag wiederholt, das macht nicht nur den Körper müde, sondern auch den Geist stumpfsinnig. Zwar haben einige Gewerbeaufsichtsbeamte sich die größte Mühe gegeben, detaillierte Stundenpläne zusammenzustellen, durch die die langen Wechelschichten ohne Betriebsbeschränkungen und ohne Einstellung von mehr Arbeitern vermieden werden können. Aber das kann man wohl arithmetisch auf dem Papier recht gut, nur dem Bedürfnis des Menschen, der nicht bloß Arbeitsmaschine ist, der außer der nötigen Ruhezeit auch einige Stunden für sich und seine Familie haben will, kann durch solche Rechenexempel nicht entsprochen werden. Auch Gewerberat Hirsch in Magdeburg sagt in seinem Bericht für 1908: „Gründliche Abhilfe zur Beseitigung der langen Wechelschichten wird in kontinuierlichen Betrieben nur durch allgemeine Einführung kürzerer Schichten, in erster Linie der achtstündigen, zu erreichen sein...“ Da jedoch die Arbeiter selbst in ihrer großen Mehrzahl bis heute sich darin befinden, in Rücksicht auf den Rechebedienst durch die Wechelschicht, so denken weder Arbeitgeber noch die meisten Aufsichtsbeamten daran, auf diese Weise ihre Lage zu erleichtern. Gerade diese Genügsamkeit der Arbeiter ist ein Hindernis für die Beseitigung der langen Arbeitszeiten. Solange die Arbeitgeber sagen können, die Arbeiter sind zufrieden mit der 24stündigen Wechelschicht, sie wollen gar keine so kurze, wie die 18stündige, sie drängen sogar auf Wiedereinführung der 24stündigen Wechelschicht, wo an deren Stelle bereits die 18stündige eingeführt wurde, solange die Arbeiter sich von den Unternehmern einreden lassen, daß die Kosten für die Einstellung einer dritten Arbeitsschicht viel zu groß seien, als daß sie sie beitreten könnten, daß sie dann lieber ihre Fabriken schließen würden, solange ist wenig Aussicht auf Kürzung der Wechelschicht und der Wochenschichten. Auch Herr Gewerberat Hirsch scheint sich durch solche Lebensarten der Unternehmer haben beeinflussen lassen, denn er schließt den obigen, sonst ganz zutreffenden Satz mit den Worten: „ein Weg, der aber häufig der Kosten wegen nicht gangbar ist.“ Dieses „Unmöglich“, das die Arbeitgeber jetzt den Aufsichtsbeamten erklären, haben sie schon sehr oft erklärt, wenn es sich um gemeinnützige Maßregeln handelt, die aber trotzdem eingeführt wurden, als sie gesetzlich vorgeschrieben waren. Man denke an die Bäderverordnung, an die obligatorische Fortbildungsschule usw.

Nur die Einschränkung einer dritten Arbeitsschicht zwischen die jetzt eingerichteten Tag- und Nachtschichten bringt eine gründliche Abhilfe nicht nur gegen die jetzt bestehenden langen Wechelschichten, sondern gegen die lange 12stündige Arbeitsschicht überhaupt. Dem angeführten Mangel nicht genügend geschulter Arbeiter wird, sobald nur Aussicht auf ihre Beschäftigung da ist, gewiß in kürzester Zeit abgeholfen werden.

Die Leiter der städtischen Gasanstalt in Königsberg waren es, die zuerst einsehen, daß dieser Weg der beste im Interesse der Arbeiter, wie der Betriebe ist. Sie teilten den ununterbrochenen Tag- und Nachtdienst in drei gleiche Schichten, bei denen die Arbeiter nur täglich acht Stunden und nur alle drei Wochen eine Wechelschicht von 18 Stunden zu leisten haben, wobei sie körperlich und geistig nicht ganz abgestumpft werden, sich noch als Menschen fühlen können und ihrer Familie wie ihrem Götchen in der Woche ein Stündchen widmen können, auch mit 36 Jahren noch nicht aufgearbeitet sind. Die guten Erfolge, die man in jeder Hinsicht mit diesem Verfahren in Königsberg hatte, hat die Leiter der städtischen Gasanstalten in Charlottenburg, Düsseldorf, Elberfeld, Warmen, Essen, Duisburg und Ohligsl. bestimmt, in ihren Betrieben ebenfalls die Achtstundenschicht einzuführen. Sie sehen, die Arbeiter gehen dann mit mehr Interesse an ihre Arbeit, diese fällt auch besser aus und die Unfälle und Erkrankungen sind seltener. Das haben auch einige Ziegeleibesitzer und Zementfabrikanten im Bezirk Münster und Emailierwerke im Bezirk Magdeburg eingesehen und ebenfalls die Achtstundenschicht in ihren Tag- und Nachtbetrieben eingeführt, und sie erzielen damit bessere Fabrikate als früher in der Elf- und Zwölfstundenschicht. In den größeren Elektrizitätswerken des Bezirks Erfurt und ebenso in dem Klopfbetriebe einer Zinkhütte im Bezirk Köln wurde der dreischichtige Betrieb mit achtstündigen Arbeits- und 18stündigen Wechelschichten am dritten Sonntag eingeführt. Es ließ sich ohne Verparlung des Arbeitspersonals durchführen, da die achtstündigen Schichten schwächer besetzt werden konnten, als die zwölfstündigen.

Nun die Scharfmacher des Zentralverbandes und inselgesessen auch die preussischen Ministerialräte sehen das nicht ein und lassen alles beim alten. Daher kommen sie auch im Jahresberichte für 1908 mit keiner Silbe auf die im Bericht für 1908 ausführlichen Darlegungen über die langen Wechelschichten zurück und denken nicht daran, durch Bundesratsbekanntmachung die Einführung des achtstündigen Arbeitslages in kontinuierlichen Betrieben obligatorisch zu machen. Diesen müssen sich erst die Arbeiter in ernstem, zähem Kampf ihrer festen, straffen Organisationen erämpfen, ebenso wie das Wahlrecht.

Aus Industrie und Handel.

Spekulantennasche oder Katastrophe?

Zwar hat noch keinerlei Dementi die Meldungen über furchtbare Verheerungen in den amerikanischen Baumwolldistrikten als weit übertrieben charakterisiert, trotzdem darf man annehmen, daß die Nachrichten stark gefärbt sind. An der New Yorker Börse sind nämlich die Preise wohl hinaufgegangen, aber doch nur in relativ sehr mäßigem Umfange. Jedenfalls glaubt man hier nicht daran, daß tatsächlich die Ernte in so erheblichem Umfange vernichtet worden sei, als die nach Europa gelangten Meldungen glauben machen sollen. Es ist zweifellos eine Katastrophe, daß die Weltversorgung mit Rohwolle völlig von den Vereinigten Staaten abhängig ist, da Ägypten und Ostindien als Produzenten fast gar nicht in Betracht kommen. Die Pfleger der Südstaaten haben ein größeres Interesse an keinem Umfange bei höherem Nutzen als bei größeren Verläufen mit kleinerem Gewinn. Daher tun sie nichts, um die Anbaufläche der Baumwolle zu vergrößern; diese hat sich vielmehr seit Jahren auf etwa der gleichen Höhe gehalten. Demgegenüber ist aber der Verbrauch in einer ständigen Zunahme begriffen. Als im letzten Jahre der Ertrag der Ernte unbefriedigend klein ausfiel, zeigten plötzlich die Baumwollbörsen eine außerordentliche Hausse. Die Notierung für Lokoware in New York ging von noch nicht 10 Cts. bis auf fast 16 Cts. in die Höhe und auf dem wichtigsten deutschen Markte, Bremen, zeigte sich infolgedessen eine Preissteigerung von etwa 46 Pf. auf 75 Pf. Dabei ging die Bewegung je-

doch nicht glatt vor sich, die Spekulantennasche waren vielmehr genötigt, zu recht bewegenen Mitteln zu greifen. In den letzten Monaten kam das Geschäft jedoch äußerlich fast ganz zum Stillstand, da außer der knappen Ernte jeder natürliche Grund für die Höhebewertung der Baumwolle fehlte, die weiterverarbeitende Baumwollindustrie dagegen sich in einer Krise befand, und allenthalben zu Einschränkungen der Produktion greifen mußte. Trotzdem wurden die kampfhaftesten Anstrengungen gemacht, um einen allgemeinen Zusammenbruch der Hausse Spekulation zu verhindern. Dabei trat schließlich eine der bedeutendsten Firmen mit etwa 10 Millionen Mark Passiven zusammen. Die jegliche Vernichtung wenn auch nur eines Teiles der diesjährigen Ernte kommt danach der Hausse Spekulation, die sich im Besitze umfangreicher Engagements befindet, äußerst gelegen. Gibt sie doch ihren Pländerbestrebungen einen Rückhalt. Daher sollten alle weiteren Nachrichten nur mit Vorsicht aufgenommen werden.

Versteckte Gewinne.

Für das letzte Jahr verteilen die Elberfelder Farbenfabriken außer 24 Proz. Dividende an ihre Aktionäre noch einen Bonus von 21,3 Proz. aus dem Extrareservefonds. Dieses Extrageschäft in ähnlicher Form überdies schon vor etlichen Jahren einmal als Aktionäre erfreute, erfordert die Aufmerksamkeit der Arbeiter. Es wird eine Politik getrieben, die darauf ausgeht, den eigentlichen Kapitalprofit niedriger erscheinen zu lassen, als er in Wirklichkeit ist. Damit soll der Deffektivität, im besonderen den Arbeitern, das Recht genommen werden, von den Riesengewinnen der Elberfelder Farbenfabriken zu sprechen. Die Gesellschaft arbeitet seit Jahren systematisch auf eine solche fiktive Ertragsminderung hin. Die ersten Inhaber der Aktien machen dabei ein glänzendes Geschäft. Sie wurden 1904 den Aktionären für 7 Millionen Mark neue Aktien zum Nennwerte überlassen. Obwohl damals der Kurs der Papiere auf 500 stand, das heißt jeder Aktionär verdiente an tausend Mark rund viertausend Mark. 1907 wurden auf diese Art wieder 15 Millionen Mark neuer Aktien abgegeben, damals zu 105 Proz., der Kurs stand auf 650. Die Aktionäre verdienen so pro Tausend Mark um 5450 Mark. Gleichzeitig wurden ihnen noch 20 Proz. des nominalen Aktienkapitals als Extrageschäft ausgehändigt! Für diejenigen Aktionäre, die als letzte diese Papiere kaufen, bedeutet dies natürlich, daß sie mit einer bescheidenen Rendite vorlieb nehmen müssen. Den Arbeitern kann das ja gleich sein, aber sie müssen sich vor dem Schwindel bedanken, daß man ihnen zumutet, die Rentabilität industrieller Anlagen nach dem jeweiligen Kursstande der Papiere zu berechnen. Die chemische Industrie im allgemeinen, und die großen Werke ganz im besonderen beunruhigen solch ungeheurer Gewinne ein, daß die Löhne, die in ihr gezahlt werden, dazu in krafftestem Widerspruch stehen. Die Arbeiter mögen darauf achten, daß durch die kapitalistische Blinderpolitik ihre Interessen nicht geschädigt werden.

Kartell im Spiritusgewerbe. Die Verständigung zwischen der Spirituszentrale und dem Verbands der Spiritus- und Spirituosensinteressenten scheint perfekt zu werden. Das „D. L.“ ist in der Lage, die von der Händlerorganisation entworfenen in Betracht kommenden Bestimmungen zu veröffentlichen. Danach übernimmt es der Verband, das gesamte Spiritusgewerbe zu organisieren. Das Zwangsmittel, die Außenleiter zum Anschluß zu bewegen, besteht in einer Preisdifferenzierung. Die angeschlossenen Händler sollen für den hektoliter Spiritus 7 M. weniger bezahlen als die ringlosen Abnehmer. Sodann soll das Kartell alle geschäftlichen Beziehungen zwischen Spiritusgewerbe und Händler regeln; jede Konkurrenz soll ausgeschlossen sein. Das Hauptstück der Bestimmungen ist die Festsetzung von Mindestverkaufspreisen. Wie bemerkt wird, hat die Spirituszentrale den Bestimmungen bereits prinzipiell zugestimmt.

Die Lage am Kohlenmarkt hat sich in den letzten Wochen eher verschlechtert, denn verbessert. Infolge der Stagnation in der Eisenindustrie bleiben die Abnahmewierigkeiten bestehen. Nur die Außenleiter des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats im Ruhrrevier erfreuen sich günstiger Entwicklung und guter Abnahmefähigkeiten. Die Preispolitik des Syndikats ist ihr förderlich. Die Außenleiter unterbieten die Syndikatpreise etwas und haben daher flotten Absatz. In Zeiten der Hochkonjunktur, wenn der Begehr weit über die bedürftlichen Bedürfnisse hinaus Ansprüche stellt und das Syndikat Anforderungen abweisen muß, dann können die Außenleiter, die zu keine Teilungsdifferenz gebunden sind, nicht nur alle Fördermöglichkeiten ausnützen, sondern auch höhere Preise erlangen, als das Syndikat festgelegt hat. So bildet das Syndikat für die nicht angeschlossenen Werke der allerbeste Förderer.

Das Kapital in der Lebensversicherung.

Nach Angaben der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Nationalökonom“ umfassen die europäischen Lebensversicherungen im Jahre 1890 erst eine Versicherungssumme von 4,76 Milliarden Kronen, Ende 1909 dagegen 58 Milliarden Kronen. Viel stärker ist das Versicherungswesen in den Vereinigten Staaten entwickelt; hier macht die Versicherungssumme circa 100 Milliarden Kronen aus. Unter den einzelnen europäischen Staaten betrug Ende 1908 der Versicherungsbestand in England 26,9 Milliarden Kronen, im Deutschen Reich 14 Milliarden, in Oesterreich-Ungarn 4,4 Milliarden, in Frankreich 3,7 Milliarden, in Holland 1,6 Milliarden, in Schweden 1,5 und in Rußland 1,2 Milliarden Kronen. Die angekauften Reservefonds betragen 1908 bereits die Riesensumme von 18,8 Milliarden Kronen gegen 4,6 Milliarden im Jahre 1890. Zur Auszahlung gelangten im Jahre 1908 bei den europäischen Lebensversicherungsanstalten 1450 Millionen Kronen nach Todesfällen und infolge Erlebens, ferner 176 Millionen Kronen an Jahresrenten. In der gleichen Periode wurden bei den Gesellschaften der Vereinigten Staaten 908 Millionen Kronen fällig und 33,4 Millionen an Jahresrenten bezahlt.

Warenhand Tieg. Nach Zeitungsmeldungen hat die Firma Hermann Tieg das Haus Leipziger Straße Ecke Jerusalemstraße zum Preise von 4 1/2 Millionen Mark erworben. Mit dem Ankauf Erweiterungsbau soll im Laufe des nächsten Jahres begonnen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Das allgemeine Frauenwahlrecht in Norwegen.

Das Konstitutionskomitee des norwegischen Stortings hat sich einstimmig für die Verallgemeinerung des Gemeindefrauenwahlrechts ausgesprochen. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß der Storting diesem Vorschlage ebenfalls zustimmt. Der durch keine irgendwelche triftigen Gründe zu rechtfertigende Zustand, daß die Männer das allgemeine Wahlrecht besitzen, das Frauenwahlrecht aber von der Steuerzahlung, der eigenen oder der des Ehemannes, abhängig ist, läßt sich selbstverständlich in einem demokratischen Lande wie Norwegen nicht aufrecht erhalten. Es waren bei den letzten Wahlen 231 000 Frauen, die infolge der Steuerlauseil nicht wahlberechtigt waren und nun das Wahlrecht erhalten sollen. Die Reform wird jedenfalls schnellig durchgeführt, ja daß sie bereits bei den Gemeindefrauenwahlen im Herbst zur Geltung kommt.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird demnächst auch das politische Wahlrecht der Frauen, das ja ebenfalls noch von der Steuerzahlung abhängig ist, allgemein gemacht werden, womit dann in Norwegen die volle staats- und gemeindefürgerliche Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts erreicht wäre, soweit es das Wahlrecht und das Recht gewählt zu werden in Betracht kommt.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Donnerstag, den 28. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz, Schwarzkopff. In der Fortsetzung der zweiten Lesung des Kultusetats

wird der Rest des Kapitels „Höhere Lehranstalten“ nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“. Abg. Graf v. d. Osten (L.) erörtert die Frage der Verpachtung des Restaurationsbetriebes im Landesausstellungspark. — In den Streit um die Echtheit der Florabüste will ich mich nicht einmischen. Ihre Unechtheit geht jedenfalls nicht daraus hervor, daß der Vorbesitzer sie für 3000 M. erworben hat, während wir 160 000 Mark gezahlt haben. Im übrigen laufen wir auch nicht den Namen, sondern das Werk. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Speck (S.): Die Florabüste hat auf mich als Laien den Eindruck eines Kunstwerks von hervorragender Schönheit gemacht. Dabei spielt die Preisfrage keine Rolle. Selbst wenn ein Irrtum des Herrn Vode vorliegen würde, bleibt die Büste ein so hervorragendes Kunstwerk, daß uns die Anschaffung nicht zu reuen braucht.

Abg. Eder-Winsen (natl.): Auch wir wollen uns die Freude an dem ausgezeichneten Kunstwerk nicht verderben lassen, selbst wenn ein Irrtum in bezug auf die Entstehung vorliegen sollte. (Bravo!) Die Funde menschlicher Leberreste bei Heidelberg, die von außerordentlich großem wissenschaftlichen Interesse sind, werden hoffentlich in unserem Museum für Völkerkunde aufgestellt werden. In bezug auf die Leberrestlichkeit der Aufstellung sollten wir uns das Londoner Museum zum Muster nehmen. Auch der Mann aus dem Volke muß sich sofort über die Bedeutung der ausgestellten Gegenstände informieren können. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kewoldt (L.): Dem Wunsche nach mehr Leberrestlichkeit in unseren Ausstellungen kann ich mich nur anschließen; nur dann können sie erzieherisch wirken. Die Frage der Florabüste sollte nur sehr beschränkt Gegenstand unserer Verhandlungen sein. Wir müssen es den beteiligten Stellen überlassen, den Kampf um die Florabüste sachgemäß zu entscheiden.

Abg. Dr. Bachnide (fortsch. Sp.): Auch ich bin der Meinung, daß das Parlament sich nicht zum Kunstichter machen kann, aber es hat die Pflicht der Kontrolle, ob die bewilligten Gelder auch sachgemäß verwendet werden. Jetzt steht, daß kaum ein ausführender Künstler sich mit Geheimrat Vode für die Echtheit der Florabüste erklärt hat und ebenso wenig die Chemiker. Die Diskussion ist leider von beiden Parteien mit allzu großer Lebhaftigkeit geführt worden. Der Nachweis von Martin Schaub, daß die Büste aus dem Jahre 1845 stammt, erscheint durchaus schlüssig. Der Preis von 160 000 M. erscheint aber nur angemessen, wenn es sich um ein Werk von Leonardo da Vinci handeln würde, wenn auch das Werk des Liebreitz nicht emblemt. Jedenfalls wird die Bedeutung des Herrn Geheimrat Vode für unsere Museen nicht beeinträchtigt, auch wenn er sich hier geirrt hat. (Sehr richtig!) Ein Mangel ist, daß in der Sachverständigenkommission, die über die Neuerwerbungen zu entscheiden hat, überhaupt kein Bildhauer vertreten ist. — Die Verlegung des Völkermuseums nach Dahlem wird nicht zu umgehen sein. Wünschenswert wäre ein staatlicher Zuschuß für die von Herrn Stumpf eingeleitete Phonographensammlung. Möge der Herr Finanzminister mehr als bisher eine offene Hand für die Kunst haben. Ich denke, der preussische Landtag weiß, was er der Kunst, dieser feinsten Blüte der Kultur, schuldig ist. (Bravo! links.)

Kultusminister Trost zu Solz: Ich kann mich der für Herrn Geheimrat Vode hier ausgesprochenen Anerkennung nur anschließen. Zur Verständlichmachung der Sammlungen unserer Museen werden Führungen durch Sachverständige veranstaltet. Leider werden diese Veranstaltungen nicht immer sehr besucht, z. B. auch nicht die für die Mitglieder dieses hohen Hauses veranstalteten Führungen. (Heiterkeit.) Ehe das Völkermuseum neu gebaut werden kann, müssen die Summen für die Museumbauten auf der Museumsinsel vorhanden sein.

Abg. Dr. Viednecht (Soz.):

Mit Recht hat Herr Bachnide gesagt, Kunst und Wissenschaft sind die Krone der menschlichen Kultur. Die Kunst ist der höchste Gemut, den sich die Menschheit selbst zu verschaffen vermag. Es ist die Frage, ob in der heutigen Zeit die Gesamtheit des

Volkes an dieser Krone der Menschheit gleichen Anteil hat. Es ist gesagt worden, die Kulturaufgaben leiden nicht. Wir meinen unter Kultur natürlich nicht die Kultur einer kleinen Oberschicht der Menschen, sondern die Kultur der gesamten Bevölkerung. Der geistige Zustand unserer herrschenden Klassen ist durchaus nicht geeignet zur Entwicklung unserer Kultur. Neben dem ausgeprägten Materialismus haben wir in diesen Schichten eine Neigung zum Ostalismus, neuesten sogar zur Astrologie, zur Gesundheitskur usw., durchaus delatente Erscheinungen, die nicht etwa beschränkt sind nur auf Deutschland. Ich erinnere daran, daß zur Zeit der Wällnererei auch die Rosenkreuzerei grassierte. Man hat gesagt, daß unsere Kunst amerikanisiert, industrialisiert sei. In der Tat ist die Kunst vielfach bei und direkt abhängig von dem Kapital, das sie im Interesse der Melame beschäftigt. Die Theater sind meist nichts anderes als Unternehmungen, möglichst viel Geld herauszuschlagen. Ich erinnere an die Gründung der Großen Oper, zu deren Leitung der bedeutende Künstler Angelo Reumann gewonnen ist. Es ist festgestellt, daß der eigentliche Grund ein Grundstücksverkauf war, der denn auch mit einem Gewinn von 600 000 M. erfolgt ist. Es ist bekannt, wie durch den Snobismus in der bildenden Kunst diese auf Abwege gerät. Wie unsere Kunst immer mehr byzantinisch wird, beweisen die Zustände in Berlin.

Die Siegesallee wird niemals verdaut werden.

Ich erinnere auch an den geradezu ungläublichen Bau unserer königlichen Bibliothek, eine einfache Scheune hätte sicherlich mehr Stil gehabt als diese ungläublichen Fassaden, die so kitschig sind wie der Berliner Dom.

Unsere geistliche Lage ist auch nicht geeignet, die freie Entwicklung der Kunst zu fördern. Ich erinnere an die obrigkeitliche Genehmigung für Denkmäler, an die Zensur, an das Verbot des Verkaufes von künstlerisch wertvollen, aber mißliebigen Zeitschriften, wie des „Simplicissimus“ auf den Bahnhöfen. Der Kampf gegen die Unästhetik in der Kunst kann durchaus nicht vorbehaltlos als christlich gemeint von uns hingenommen werden. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Schundliteratur geht man gegen politische mißliebige Schriften vor. Aus Hohenhausen wird berichtet, daß der Ortschulinspektor die Lehrer gestraft hat, ob ihnen die schädliche Wirkung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung bekannt sei. Von hoher Stelle werde der Kampf gegen die Schundliteratur betrieben und man habe auch auf diese Gesellschaft ein Auge geworfen, weil von ihr antireligiöse und vaterlandsfeindliche Bücher verbreitet würden. (Gürt! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun auf die Florabüste, die Unsterblichkeit nicht durch ihren Kunstwert, wohl aber durch den Skandal, der sich an ihren Anlauf geknüpft hat, erlangt wird. Der Preis ist noch niemals offiziell mitgeteilt; bald hieß es 100 000 M., bald 180 000 M. Die Anschaffungskommission soll vor dem Erwerb Kenntnis von der Büste nicht gehabt haben. Die Generalverwaltung der Museen soll sich mit einem gewissen Grotor in Verbindung gesetzt haben, der in den Kunsthandelskreisen den denkbar schlechtesten Ruf haben soll und nach Mitteilung einer ihm nahe stehenden Frau an der Florabüste 40 000 oder 80 000 M. verdient haben soll. Natürlich werde ich mir ein irgendwie sachverständiges Urteil über den künstlerischen Wert der Büste nicht anmaßen. Mein persönlicher Eindruck geht dahin, daß es sich um ein klassizistisches Werk neuerer Zeit handelt. Vor allem interessiert ja hier die Art, wie die Büste erworben und wie der Kampf um sie geführt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin gewiß darüber unterrichtet, daß Geheimrat Vode ein feinsinniger Gelehrter von internationalem Ruf ist, aber er hat aus seinem selbstherrlichen Bewußtsein heraus ein System eingeführt, das in weitesten Kreisen peinlich empfunden wird. Man kann geradezu von einer

Dynastie Vode

sprechen, die sich über Deutschland gelagert hat. In den „Süddeutschen Monatsheften“ sind von dem bekannten Münchener Professor Voll die Bedenken gegen dieses System auseinandergesetzt worden. In dem Kampf um die Florabüste hat Geheimrat Vode unter Ausnutzung seiner amtlichen Autorität sich die schärfsten Manieren des Offizientums angeeignet. Er hat zuerst die ganze Sache zu einer Angelegenheit des Patriotismus gemacht und hat versucht, noch dazu in unrichtiger Weise den Kaiser in die Affäre hineinzuziehen. In den „Süddeutschen Monatsheften“ wird auch dargelegt, wie Geheimrat Vode gerade die süddeutschen Sammlungen durch sein etwas abenteuerliches flibustierhaftes System der Erwerbung von Kunstgegenständen geschädigt habe. Er soll auch durch Anerbieten von Orden und Geschenken für die Museen zu erreichen gewußt haben. (Gürt! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bauernpartei gestellt und mit seiner ganzen gewaltigen Persönlichkeit den Kampf für nationale Selbständigkeit und politische Freiheit geführt. Jbsen stand diesen Bestrebungen objektiv und kühl gegenüber, und so trat schon 1868 eine Verstimmung ein, die 1868 zum Bruch führte. Der „Peer Gint“ wurde vielfach als ein Hohngedicht auf die von Björnson vertretenen nationalen Ziele aufgefaßt; es war Björnson ein Dorn im Auge, daß Jbsen den Orden annahm und sich immer mehr von dem ihm noch teuren Glauben der Väter entfernte. In dem phrasenhaften Parteihauptling Steensgaard im „Bund der Jugend“ fühlte sich Björnson persönlich getroffen, während Jbsen nur „sein verderblicher, durch und durch verlogener Parteikreis Modell gestanden“. Als einen „Reuchmord im Opferhain der Poesie“ bezeichnete Björnson das Werk. Zum offenen Bruch war es unterdessen 1872 gekommen. Damals forderte Björnson Dänemark auf, jeden Gedanken an die Wiedereroberung Schleswigs aufzugeben, sich der Einigung Deutschlands zu freuen und die bisher Frankreich günstigen „Signale“ zu verändern. Da veröffentlichte Jbsen, der diese Stellungnahme als einen Verrat an der Sache des Sclandinavismus empfand und sich erst später mit Deutschland aussöhnte, sein bitteres Gedicht: „Des Nordens Signale“ gegen den „Priester des Pangermanismus“, diesen „Wetterhahn, der an der Wetterfahne auf dem Dach die Signale verändert“. Dennoch vergaß Jbsen nie, was er „dieser großen Seele“ schuldete. Ende der sechziger Jahre erfolgte denn auch in ihren politischen und dichterischen Anschauungen wieder eine Annäherung; Jbsen folgte Björnson auf das Gebiet des sozialen Dramas, das dieser im „Redakteur“ und „Hallifement“ zuerst betreten; Björnson trat mannschaft für die „Gespensier“ ein und nannte Jbsen „die größte dramatische Kraft, über die in der Weltliteratur jetzt einer gebietet“. 1888 fandte Jbsen an Björnson zu seinem 50jährigen Schriftstellerjubiläum nach langer Zeit wieder den ersten Brief: „In der Literaturgeschichte stehen Deine Werke in erster Reihe und werden immer da stehen. Hätte ich jedoch zu bestimmen, was für eine Inschrift Dein Denkmal einst erhalten soll, so würde ich die Worte wählen: Sein Leben war seine beste Dichtung. Und — in seiner Lebensführung hat er sich selbst realisiert, das ist, meine ich, das Höchste, was ein Mensch erreichen kann.“ 1884 sahen sie sich nach zwanzigjähriger Trennung zum erstenmal wieder und nun wurde die alte Freundschaft für immer wieder befestigt.

Sonnenblumenamen. Das Heimweh nach blauen Stryngen, das in unseren noch halbverwinterten Herzen steckt, redet die Arme und weicht sich kaum zu bändigen. Wie ein verlorener Vogelruf in der Ferne klagt es im Blute. Ich kann mir nicht helfen, ich muß in den Garten, die stille Erde befeuchten und den besten Rosenzweig, wovon ich den Sonnenblumenamen stecke mit sorgsamem Fingerring, mit tausendfältiger Liebe zu den Pflänzlein, die ihre Köpfe einmal herausstrecken werden, verwundert und kindlich in der milden Sonne.

Ich komme dann zu den Verhältnissen der Angestellten der königlichen Museen. Laut einer Petition vom 10. Januar 1907 sollen die Verhältnisse dieser Angestellten schlechter sein, als die der Angestellten des Reichshauses. Diese bekommen bei geringerer Arbeitszeit 1200—2000 M. Gehalt, die Angestellten der Museen 1200—1700 M. bei erheblich längerer Arbeitszeit. Auch sonst sollen ihre Verhältnisse schlechter sein, nur alle 3 Wochen haben sie einen freien Sonntag und sind auf Nebenverdienst angewiesen. Die Angestellten des Kaiser-Friedrich-Museums klagen darüber, daß sie keinen ordentlichen Raum zum Umkleiden und Frühstück haben. Wiederholt habe ich schon gefordert, daß eine Krankenversicherung für diese Angestellten eingeführt werden möge. Monatelang Mißstände herrschen dann auch in der königlichen Bibliothek. Die Ventilation im Lesesaal läßt viel zu wünschen übrig, die Anordnung der Bücher ist ungewöhnlich, die Zeit, bis man ein Buch im Lesesaal bekommt, ist neuerdings viel zu lang. Bekannt sind auch die Mißstände bei unseren Theaterpreisen. Für die Arbeiter und den Mittelstand ist unsere königliche Oper fast gänzlich verschlossen. Soweit es sich um die Förderung der Kunst handelt, sind unsere königlichen Theater in beschämender Weise zurückgeblieben, sie sind Null für die Entwicklung der Kunst. Gewissermaßen kunsthistorische Reminiszenzen. (Zurufe rechts: Sie sind aber anständig!) Wohlstandig sind sie allerdings, und das ist ja für gewisse Kreise die Hauptsache, und wenn auch die größte Blöße damit verbunden ist, ist es ihnen immer noch lieber, als eine gewisse Freiheit der Anschauungen (Nachen im Zentrum), von der gewisse Personen bei ihrer eigenen inneren Unfreiheit unangenehm berührt werden. (Nachen im Zentrum.) All diese Potentier und Schamkrieger sind gewiß nicht diejenigen, die instande sind, die Kunst wirklich zu beurteilen. Auf dem Gebiete der Erotik muß die Kunst eine gewisse Bewegungsfreiheit haben, sonst würde ihr der wesentliche Lebensnerv unterbunden werden. (Gelächter im Zentrum.) Sie wollen, daß die Kunst stets mit schwarzen Kutten bescheidet ist. Dabei hat die Kunst ihre lebhaftesten Antriebe immer aus dem Gebiete der Erotik im feinsten Sinne des Wortes bis zur derbersten Erotik gewonnen. (Sehr wahr! links.) Kleinlichkeit in dieser Beziehung heißt, die Kunst zum Teufelzungenstandpunkt herunterzuziehen. Denken Sie an die überhäumende Kraft der Renaissance, das erotische Leben der damaligen Zeit, gerade auch Leonardo da Vinci und all dieser Leute. Wenn Sie unserer Kunst heute überall die Vadehoje anziehen wollen und mit mimosenhafter Sittsamkeit von ihr alles fernhalten wollen, was nicht in Gegenwart eines vierzehnjährigen wohlstandigen Mädchens gefagt werden kann, so werden Sie nicht weit kommen. Der beste Beweis dafür ist das königliche Schauspielhaus. Es ist ja kein Wunder, weil dort ein preussischer Offizier kommandiert. (Sehr gut! links.) Auch im Streit zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft hat es Herr v. Hülsen bekanntlich nicht verstanden, die Contenance zu bewahren. Dieser Streit zwischen Bühnenverein und Bühnengenossenschaft verdient das lebhafteste Interesse, weil sich in ihm die klare Scheidung zwischen Theaterdirektoren und Schauspielern und Schauspielerinnen vollzogen hat. Es war die höchste Zeit, daß Schauspieler und Schauspielerinnen sich auf ihre Interessen besonnen haben angesichts der Sklaverei schlimmster Art, in der sie leben. Hier muß ein Theatergesetz erlassen; freilich ist von den Kreisen, die heute dabei ausschlaggebend sind, nicht viel Gutes zu erwarten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Viel mehr muß geschehen auf dem Gebiete der Ethnologie. Das einzig Erreichte ist die Errichtung einer Professur für Anthropologie in Berlin. Dringend notwendig ist aber der Neubau des Museums für Völkerkunde, mit dem nicht gewartet werden darf bis zum Neubau der anderen Museen. Die ethnologische Forschung muß systematisiert werden, sonst besteht die Gefahr, daß unter dem Eindringen der europäischen Kultur die alten Gebräuche usw. verloren gehen. In unseren Museen dürfen die Kunstwerke nicht einfach wie in einem großen Stapelraum aufgespeichert werden, sondern es muß möglich sein, eine Art Gesamtkunstwerk zu schaffen, in dem man das Milieu, für welches das einzelne Kunstwerk ursprünglich geschaffen war, nachzubilden sucht. Anfänge dazu sind auf dem Gebiete des Kunstgewerbes gemacht, wo man geschlossene Gesamtbilder von ganzen Perioden geschaffen hat.

Auch in der Arbeiterschaft ist das Kunstinteresse ungemein groß. Aus eigener Kraft hat sie sich Volkshäuser, Freie Volkshäuser geschaffen. Ich erinnere auch an die Ausstellung von Jugendliteratur, von Wand-Kamud für das Proletariat und so weiter. Dieser lebhaften Bestrebungen nach Fortbildung von Kunst

Kleines feuilleton.

Björnson und Jbsen. Wie der leidenschaftlich aktive Schiller den mehr passiven Goethe in stärkerer Nähe anregte und anspornte, so hat auch Björnson, der begeisterte Latenmensch, der im Glauben an sich unerschütterlich feststehende, auf den zweifelnden, in sich schwankenden Jbsen entscheidend gewirkt, als dieser auf ihn. Schon allein durch seine sonnenhelle, flegelhafte Existenz, durch das starke Priester- und Sängertum seiner Persönlichkeit half der lebensfröhliche Skalde dem düsteren Grübler, in schwierigen und gefährlichen Krisen sich selbst zu finden. Brandes hat richtig bemerkt, daß der Gegensatz zu Björnson zweifellos das feinste beigetragen hat, Jbsens Eigentümlichkeit auf das Schärfste zu entwickeln. Björnson sanguinisch, sonnenheiter, redselig, leutselig, machte Jbsen doppelt lichtlicher und lärmlicher, doppelt wortfahrig und schwirrigam. Gleich in ihren Anfängen reich der jüngerer, aber schon viel früher berühmt gewordene Björnson Jbsen warmherzig die Hand zum Bunde. In Deltbergs „Studentenfabrik“, wo beide ihre letzte Schulbildung erhielten, waren sie sich flüchtig begegnet; bald fand sie der Kampf für Norwegens alte Sage brüderlich Seite an Seite. Björnson begrüßte Jbsens „Fest auf Solhaug“ als ein in Wahrheit norwegisches Werk und trat eifrig für die Aufführung der „Helden auf Helgeland“ ein. Als sich dann beide Dichter 1859 in Christiania begegneten, entwickelte sich zwischen ihnen bald eine herzliche Freundschaft. Jbsen begründete damals die „Norwegische Gesellschaft“, deren Vorsitz Björnson übernahm. Als 1864 das dänische Brudervolk im Kampf mit Deutschland unterlag, wurden sie beide von den gleichen Schmerzen durchwühlt, vom Kummer darüber, daß die anderen Sclandinavischen Völker ihren Stammesbrüdern trotz heiliger Gelübde nicht zu Hilfe kamen. In Jbsens melancholisch-pessimistischem Gemüt kriegten damals schärfere Zweifel an seinem Talent auf. Da wurde Björnson sein Retter. Durch seinen unerschütterlichen Glauben an sich selbst, durch die lichte Freundlichkeit seiner Natur gab er dem Kreuze sein Selbstvertrauen wieder. Aber nicht nur geistig, sondern auch materiell förderte er den noch wenig anerkannten Dichtergenossen. Er verschaffte ihm von Privatleuten Geldunterstützung, half ihm bei der Vererbung um ein Staatsstipendium, ermöglichte ihm im März 1864 die Reise ins Ausland und brachte ihn mit Frederik Vogel, dem größten Verleger des Nordens, in Verbindung, wodurch die finanzielle Lage Jbsens für sein späteres Wirken sichergestellt wurde. Ein Gefühl tiefer Dankbarkeit befeuerte den aus engen Verhältnissen Erlösten für Björnson. Aber in der Ferne wuchsen doch auch die Meinungsverschiedenheiten und Gegenätze, die die beiden so ungleichen Freunde trennten. Björnson hatte sich, während Jbsen im Ausland weilte, mit Vegetation an die Spitze der norwegischen

Eines Tages fährt wohl eine ungeschlammere Kraft in sie hinein, ihre Stengel füllen sich strogend an, die Blätter drehen ihr Gesicht vertiebt nach der Sonne, grünen sie morgens, grünen sie abends, wachsam wie treue Schildknappen, schlafen und träumen und werden groß und saftig. Eine Anspitze schiebt auf um die andere, Gelb, kräftig und satt leuchtet die Blumenscheibe, daran eine kleine hängt mit goldenen Stiefeln, und schafft, als gält's die Seligkeit; immer schwerer werden die Schube, wie ein Geizhals sammelt sie den Goldstaub in Stiefel und Hoschen und halbrunden taumelt sie mit ihrem Schape davon. Was für ein Reichum ist es zu leben, Honig zu schmecken, eine Königin zu nähren, ihren feinen Weigen zu lanchen, wenn sie ihr Volk zum Frühlingssflug ladet, in goldbraunem Wirbel zu schwärmen und als ein summender, leise schwanender Papen mit zehntausend Erdbären und Schwärmen an nächsten Baume zu hängen. Eine Biene, eine armelige Biene! Was für ein Himmelreich ist die Erde, daß sie uns erlaubt, in jedem Lenz wiedergeboren zu werden, und eine neue Kindheit der Natur durchzuleben. Wie voll ist ein einziger Sommer! Alle Wochen einmal werde ich drei mäßige Sonnenblumen schneiden, und meinen Schatz ins Zimmer stellen, daß es hell erleuchtet ist. Im Herbst aber will ich die großen Sonnenschirme der Blätter haken und meinen Gefeln denken, daß sie es sie malmen und rupfen, und ein-mal sey ich mich an den Risch, die tausend Kerne aus den Häckern herauszubrechen, braun, weiß und schwarz, daß die Finger wund davon werden. Die Hälfte wird aufgespart als Vogelmahl für den Winter; zwitschert ihr Quacksinken und Dompfaffen, das übrige fährt den Hähnern in den Schnabel. Das gibt Winterreier, und abends, wenn die bärren Stengel im Ofen knistern, sitz ich in der heimeligen Wärme, esse Oratäpfel und erzähl meiner Frau liebe Geschichten aus Afrika. Das alles aber steckt in dem Kern, den ich da in die Erde lege und das Herz wird mir warm dabei. Ludwig Finckh.

Törende Namen. Daß ein deutscher Dichter Klopstock heißt oder Schiller, will und nicht richtig erscheinen. Man würde dem Verfasser des Meffias oder der bezauberten Ase einen weniger prosaischen Namen wünschen. Anders Völkern geht es aber ebenso, nur, daß uns Deutschen solch prosaische Namen wegen des Wohl-lautes der betreffenden Sprache poetisch klingen. Calderon de la Barca heißt zu deutsch „Schiffsteher“. Torquato Tasso der „angeleitete Dachs“. Dante ist soviel wie Hirch oder Hirschfell. Voccaccio würde sich in deutscher Sprache kaum anders denn als „Großmaul“ wiedergeben lassen und Dramante als „Winfel“. Elbio Fellico, der Märtyrer vom Spielberg, hat einen Namen, der „ledern und rauhhaarig“ bedeutet, May Piccoloniti würde viel verlieren, wenn man die richtige Uebersetzung „Zwerglein“ oder „Anipps“ dafür gebrauchen würde, und Verdi hat den italienischen Ausdruck für „Streichsäge“ unsterblich gemacht.

und Wissenschaft innerhalb der Arbeiterklasse gegenüber verhält sich die Regierung nur hemmend. Hier paßt das Motto vom gehemmten Fortschritt und geförderter Rücksicht. Die Regierung nutzt die Nachstellung, die sie besitzt, im Auftrag der herrschenden Klassen aus. Sie sollte sich vielmehr an das österreichische Beispiel halten, wo der Staat der freien Volkshöhne eine jährliche Subvention von 2000 M. gibt, obwohl diese mit der Sozialdemokratie in engstem Kontakt steht, während man bei uns der freien Volkshöhne mit schweren Schikanen begegnet. Die Arbeitervereinigungen können nicht einmal auf Anfang auf diesem Gebiete begünstigt werden. Die Willkür wird einfach an den Verein zur Förderung der arbeitenden Klassen vergeben, der sie an irgend welche Arbeitgeber verteilt. Unseren gewerkschaftlichen politisch organisierten Arbeitern ist es nicht möglich gewesen, auch nur ein Dillert zu einer solchen Vorstellung zu bekommen. Also nicht in wohlwollender großzügiger Weise geht man hier vor, sondern man verbindet mit diesen Arbeitervereinigungen den Zweck,

die Arbeiter zu möglichst bequemen Objekten der Gesetzgebung zu machen.

Es ist eine Herabwürdigung der Kunst, wenn auch sie ausgenutzt werden soll, um einen Räder auszuliegen für die Arbeiter, sie von der Betätigung ihrer Interessen abzuhalten. Wenn man behauptet, unsere Forderungen seien in der Theorie sehr schön, aber die Praxis sei eine andere, so ist das nur eine Ausflucht der Verlegenheit. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Es zugeht von vollkommener Weltfremdheit oder brutalen Egoismus, wenn man behauptet, für solche Zwecke seien keine Mittel da. Wir fordern offene Fenster und Türen für die freie Luft der geistigen Fortentwicklung. Das ganze Volk muß in den Mittelstand der Herrlichkeiten der Kunst und Wissenschaft gelangen, die jetzt vielfach noch im Kleinbüß der herrschenden Klassen sich befinden. (Zehlfacher Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister v. Trost zu Solz: Der Herr Vorredner hat gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie die Kunst nicht um ihrer selbst willen pflege, sondern um Nebenwende zu verfolgen. Dabei hat er selbst keine Rede über Kunst und Wissenschaft dazu benutzt, in agitatorischer Weise alles Bestehende anzuzweifeln. Seine Vorwürfe sind völlig unbegründet. (Sehr gut! rechts.) Er hat über alles apodiktisch bestimmte Urteile abgegeben und dabei in gewohnter Weise die dramatischsten Ausdrücke gebraucht, die geradezu zum Lachen reizten. Er urteilt über alles ex cathedra und verlangt von uns, daß wir darauf Wert legen. (Abg. Liebsch: Das ist absolut unrichtig!) Auf mich haben seine Ausführungen den Eindruck gemacht. Auf die Gestaltung der Oper und des Schauspielhauses besitze ich keinen Einfluß. Was den Ankauf der Florabüste anbelangt, so hat irgendeine Mittelperson, insbesondere der von Herrn Liebsch bezeichnete Herr Grotor, bei dem Kauf in keiner Weise mitgewirkt und auch keine Gelder eingeworfen. Die Anschaffungskommission ist in vollkommen korrekter Weise bei dem Kauf beteiligt gewesen. Die Büste kam dann hierher und es war allgemeine Freude darüber. Dann erst erschien in London der Artikel, der die Echtheit bestritt, und nun begann der Zeitungskrieg, der von beiden Seiten leider nicht in milden Formen geführt wurde, weil bald die Dinge auf persönliches Gebiet hinübergespielt wurden. Auffallend ist bei der ganzen Sache, daß der Herr Lufas, der seinen Vater bei der Anfertigung der Büste gesehen haben soll, für unsereinen nie zu sprechen war. Es ist versucht worden, auch mit Anwendung einer gewissen List, diesem Herrn Lufas in die Augen zu sehen und ihn selbst zu fragen, wie das denn mit der Anfertigung der Büste durch seinen Vater gewesen sei, aber es war nicht möglich. Einer der berühmtesten Maler übrigens, Herr Kommer, der denselben Lufas gekannt hat, hat ausgesprochen, mit dem Auftrage, es hier mitzuteilen, daß er sehr überzeugt sei, daß Lufas ein solches Werk niemals habe schaffen können. (Hört! hört!) Die verschiedenen Angaben über den Preis erklären sich dadurch, daß die Büste selbst 160 000 M. gekostet hat, 180 000 M. aber an den Händler bezahlt sind, weil neben der Florabüste noch verschiedene andere Kunstwerke erworben worden sind.

Die Beamten der Königl. Museen sind keineswegs schlecht gestellt. Ueberhaupt bekommen sie besonders bezahlt. An die Beamten des Zeughauses werden weitergehende Anforderungen gestellt. Wie sie gegen Krankheit versichert werden sollen, ist mir nicht recht klar. Es wird Herrn Liebsch doch auch bekannt sein, daß alle unsere Beamten während der Krankheit ihr Gehalt fortbezogen.

Abg. v. Salow-Homburg (natl.) schließt sich den Wünschen auf bessere Information der Museumsbesucher an.

Abg. v. Gieseler (L.): Eine Kunst, wie sie der Abg. Liebsch will, die sich auf die Sinnlichkeit stützt, kann einen sittlich bildenden Einfluß auf unser Volk nicht ausüben. (Bravo! rechts.) An den Samstagen sollten die Museen möglichst lange offen sein.

Abg. Lufas (natl.) verlangt stärkere Förderung des Kunstgewerbes.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Weiterberatung des Etats wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 6¹/₂ Uhr.

Mordprozeß Jünemann.

Aus der Weisaufnahme sei folgendes hervorgehoben:
Zeugin Plesser, eine Kollegin der Rasowski, die gleichfalls eine Piziale des „Nordstern“ leitet, hat von dem Mädchen niemals Selbstmordgedanken gehört. Die Zeugin hat auch als erste die Leiche aufgefunden und festgestellt, daß in der Tageskassette zwar das Wechselgeld vorhanden war, aber die Tageskasse (83 M.) ganz fehlte. — Kriminalkommissar Wannowski hat zunächst nicht an einen Raubmord geglaubt, sondern angenommen, daß die Tat von einem Bekannten oder Bräutigam der Rasowski begangen sei. Als die Spur auf Jünemann hingelenkt wurde, habe man in der Wohnung der Stragies die blutbesetzten Kleider vorgefunden.

Häufiger Anblick hat auf einer Radtour im Grünwald den Angeklagten getroffen und erkannt. Er rief ihm zu: „Guten Morgen, Herr Jünemann“, und da dieser zusammenguckte, war er seiner Sache sicher, daß er sich nicht irrte. Jünemann bescheinigte seine Schritte, und als er sich verabschiedet sah, gab er die beiden Schüsse auf sich ab. — Längere Zeit beanspruchte die Vernehmung der Zeugin Wanda Stragies. Der Angeklagte hat nach deren Bekundung bis September seine Rechte regelmäßig bezahlt. Er hat auch von seiner Beteiligung an einem Rennstall gesprochen. Von der Rasowski, von der im August fast täglich Briefe und Besuche eintrafen, hatte er gesagt: er habe mit ihr ein kleines Verhältnis gehabt. Die Zeugin hat dem Angeklagten über 100 M. vorgezogen und ihn mehrfach gemahnt. Am Tage der Tat ist Jünemann vormittags schon fortgegangen. Das Blut an seinem Rock erklärte er mit dem Unfall einer Dame, die verkehrt von der Straßenbahn gesprochen sei, und die er nach der Unfallstation gebracht habe. Als er sich auszog, um zu Bett zu gehen, hat er noch leise vor sich hergezungen. Am nächsten Morgen ist er um 5¹/₂ Uhr weggegangen; um 10 Uhr kam die Kriminalpolizei und fand im Schrank die blutdurchtränkten Kleider des Angeklagten.

Die Zeugin vermittelte Oberstleutnantin Helene Salewski hat die Rasowski näher kennen gelernt. Diese habe geglaubt, daß Jünemann Jodel sei, weil er viel vom Kennplatz und vom Kränieren erzählt haben soll. Einmal soll er auch gesagt haben, er sei vom Pferde gefallen und habe sich Gesicht und Hände verletzt. Von Selbstmordgedanken hat die Zeugin von Alice nie etwas gehört; sie hat sie nur stets heiter und fröhlich gesehen und später nur etwas traurig gefunden, weil sie immer in einer gewissen Angst lebte, daß Jünemann beim Kennen stürzen und ums Leben kommen könnte. Die Zeugin gibt zu, daß sie Alice manchmal Karten gelegt habe. Das erstmal habe die Herzen-Beim zwischen dem Pique-König und Herzen-König gelegen, und da habe sie gesagt: „Sie haben ja mit zwei Männern zu tun.“ Auf weitere Fragen des Vorsitzenden gibt die Zeugin zu, daß sie Bekannten

offen die Karten gelegt habe, doch betreibe sie es nicht gewerbsmäßig. — Präsi.: Lassen Sie sich auch dafür etwas schenken? — Zeugin: Man bezahlt mir meine Zeit und den Kaffee und Kuchen, den die Leute bei mir verzehren.

Auf Befragen des Sachverständigen Dr. Strauch erklärt die Zeugin Stragies, daß der Angeklagte in der Nacht nach der Tat bei seiner Heimkehr sie mit den Worten begrüßt habe: „Guten Tag, Maus.“ — Gerichtsarzt Dr. Strauch erläutert den Geschworenen den Obduktionsbefund und begründet seine Ansicht, daß Jünemann die Tat nicht in der Weise begangen haben dürfte, wie er behauptet. — Weimerrat Dr. Straußmann schließt sich diesen Darlegungen an.

Als den Geschworenen

Photographien vom Tatorte

vorgelegt werden sollen, erhebt Rechtsanwalt Dr. Alberg Einspruch und beantragt außerdem Ortsbesichtigung. Der Verteidiger hält es für dringend notwendig, an Ort und Stelle sich davon zu überzeugen, daß die Angabe des Sachverständigen Dr. Strauch nicht richtig sei, wonach es angeblich nicht möglich sein soll, auf dem engen Korridor die Tat in solcher Stellung zu vollbringen, wie sie der Angeklagte nach seiner Behauptung eingenommen haben will. Es kommt bei dieser Gelegenheit zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Sachverständigen Dr. Strauch und dem Verteidiger über die Befundungen, die Dr. Strauch in der vorigen Verhandlung über diesen Punkt gemacht hat. Rechtsanwalt Alberg protestiert nochmals gegen das Zirkulieren der Photographien bei den Geschworenen. Die Bilder zeigen doch nur eine Leiche, die eine Stichwunde hat, und daraus ergebe sich für die Geschworenen gar nichts. Es könne nur dazu dienen, Stimmung zu machen, und hiergegen müsse entschieden Einspruch erhoben werden. Es sei nicht schwer zu erkennen, aus welchen Motiven der Staatsanwalt Stimmung machen wolle. — Staatsanwalt Müller protestiert ganz entschieden gegen diese Bemerkung. Die Photographie sei in den Akten als Beweismittel aufgeführt und es liege keinerlei Grund vor, sie den Geschworenen vorzuenthalten. — Das Gericht scheidet vorläufig von der Vorlegung der Photographien ab und behält sich eine Beschlußfassung über den Antrag auf Lokalbesichtigung vor.

Anlaß zum Selbstmord?

Frau Kesselber war längere Zeit Freundin der Alice Rasowski, bis ihr ihre Mutter den weiteren Umgang verbot, weil die Rasowski außer mit Jünemann noch mit anderen Herren ausgeht. Die Zeugin macht zwei Herren namhaft, mit denen die R. auch noch ausgegangen sei und Cafés besucht habe. Wenn Jünemann sich bei ihr nicht sehen ließ, dann sei die R. traurig gewesen, wenn er wiederkam, sei sie lustig gewesen. Sie wechselte überhaupt mit ihren Stimmungen und äußerte manchmal den Wunsch, aus dem Leben zu scheiden, weil ihr das Leben nichts wert sei. Die Zeugin hat die R. auch zweimal zu Frau Salewski begleitet, als diese ihr Karten legte und weiß, daß die R. dafür 50 Pf. bezahlte. Alice hat ihr auch erzählt, daß in ihrer Kindheit einmal eine Zigeunerin prophezeit habe, daß sie keines natürlichen Todes sterben werde; einige Monate vor ihrem Tode hat ihr die R. wieder von einer anderen Zigeunerin erzählt, die ihr prophezeit habe, daß sie den Winter nicht überleben werde. Die R. war aber der Meinung, daß dies bloß eine niederträchtige Bemerkung der Zigeunerin gewesen sei, weil sie dieser kein Almosen gegeben habe. Auch von häßlichen Träumen habe ihr die R. erzählt; die Zeugin bleibt auch trotz mehrfacher zweifelnder Vorhaltungen des Staatsanwalts und des Vorsitzenden dabei, daß die R. gelegentlich einmal geäußert habe: „Wenn jemand käme, der mir das Leben nimmt, würde ich damit einverstanden sein.“ Ueberhaupt habe die R. sich manchmal in Wankstufen über Männer, die sie heiraten wolle, ergangen. Die Zeugin hat, wie sie bekundet, der R. manchmal Vorwürfe darüber gemacht, daß sie mit jungen Leuten ins Passage-Café und zu Fischer ging; sie erhielt aber zur Antwort: „Warum soll ich mich nicht amüsieren, wenn Jünemann nicht da ist?“ Sie hat auch öfter darüber geklagt, daß ihr auf unbegreifliche Weise Beträge in der Geschäftskasse fehlten.

Oberleutnant Öhring von den Wingerstuben hat den Angeklagten und die R. an dem Abend bedient, als das Pärchen angeblich sich dort zum Selbstmorde tranken wollte. Die beiden fielen dem Zeugen dadurch auf, daß sie an der allgemeinen Heiterkeit, die in den Wingerstuben zu herrschen pflegt, nicht teilnahmen. Der Zeuge ist wegen Begleitung der Zeche mehrfach vergeblich bei der Wirtin des Angeklagten gewesen, zuletzt am Tage vor der Tötung der R. An diesem Tage hatte der Zeuge gehört, daß er den Angeklagten wegen Jochprellerei anzeigen würde, wenn er ihm nun nicht bezahlte.

Ueber die Möglichkeit, daß Jünemann die

Tat im Korridor

in der Weise ausgeführt haben könne, wie er behauptet, ergeben sich noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verteidiger, dem Sachverständigen Dr. Strauch und den in Frage kommenden Polizeibeamten. Der Angeklagte muß aus dem Anlagerraum heraustraten und soll an der Figur des Gerichtsbüblers mit einem Holzmeißel vormachen, wie er die Tat begangen. Jünemann erklärt, daß er jetzt in der Aufregung, in der er sich befindet, nicht mehr genau dazu instande sei. Rechtsanwalt Dr. Alberg bittet, diese Verjüngung nicht vor dem großen Publikum vornehmen zu lassen, was den Angeklagten verwirren müsse, sondern in einem besonderen Zimmer. Der Vorsitzende erklärt dies für unzulässig. Jünemann stellt nunmehr dar, wie er zu seinem Opfer gestanden habe, als er die Tat vollbrachte. — Sachverständiger Dr. Strauch bleibt bei seiner Ansicht, daß die Enge des Korridors es nicht wahrscheinlich mache, daß die Angabe des Angeklagten zutrefte.

Mehrere Zeuginnen bekunden, daß die R. im ganzen trübselig veranlagt war und die von ihr manchmal geäußerten Selbstmordgedanken nicht ernst zu nehmen waren.

Eigenartig stimmte eine

gruselige Geschichte,

welche eine Kollegin der Verstorbenen erzählte. Die Piziale-leiterinnen der Bäckerei nächstgenannten gemeinschaftlich in einem Schlafraum in der Landberger Straße. Eines Nachts, als die Rasowski noch nicht zu Hause und deren Bett noch unberührt war, will die Zeugin plötzlich gehört haben, wie sich die Tür leise öffnete und jemand in das Zimmer schlich. Sie habe ganz deutlich den Schatten gesehen und solche Furcht bekommen, daß sie sich das Deckbett über den Kopf gezogen habe. Sie habe dann gehört, wie der Fremde, der offenbar ein Eindringler gewesen, im Dunkeln an verschiedenen Stellen herumtappte und etwas zu suchen schien und dann an dem Bett der Rasowski, die dort gewöhnlich die Tageskasse bewahrt, herumsuchte. Nach einiger Zeit, die die Zeugin in banger Angst zubrachte, habe sich die Gestalt wieder durch den Schlafraum und den Laden entfernt. Als der Eindringler wieder weggegangen, habe sich gezeigt, daß das Bett der Rasowski ganz durcheinand war. Die Ledertür sei ordnungsmäßig verschlossen vorgefunden worden. Gestohlen war nichts; die Zeugin kann auch keinen Verdacht nach der Richtung äußern, daß etwa Jünemann der Eindringling gewesen sein könnte. — Rechtsanwalt Dr. Alberg meint, daß die Zeugin ein Geistesgeschick zu haben scheine. Sollte aus der ganzen Geschichte irgend etwas zuzunehmen des Angeklagten gefolgert werden, so müßten doch sehr eingehende Erhebungen angestellt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung werden die Erhebungen über den Charakter und den Lebenswandel der Rasowski fortgesetzt. Von mehreren Zeugen wird unter anderem bekundet, daß die R. den Angeklagten eine ganze Zeitlang immer als Jodel bezeichnet habe. Eine Zeugin bekundet, daß die R. einmal von ihr Geld borgen wollte, um sich einen Revolver zu kaufen, eine andere will wissen, daß sie manchmal eine gewisse Angst vor Jünemann bekundet habe; eine dritte hat von der R. eines Tages gehört, daß sie der Jünemann mit einem Opernglas ins Gesicht geschlagen habe, so daß sie ein blaues Auge davongekommen. Der Angeklagte bestreitet diesen Vorfall. Die Rasowski wird von fast allen diesen Zeugen für sehr verschieden in ihren Stimmungen

geschilbert; es kehrt immer die Bemerkung wieder, daß sie manchmal Selbstmordgedanken äußerte, bald traurig, sehr bald darauf aber wieder ausgelassen und lustig gewesen sei. Selbstmordgedanken soll sie namentlich in der letzten Zeit belundet haben, teils weil sie sich Mutter fühlte, teils weil ihr 85 M. aus der Kasse fehlten. Unter den Zeugen befindet sich auch die Portierfrau, um deren Willen das erste Urteil aufgehoben worden ist, weil das Protokoll nicht bezeichnete, daß diese Zeugin verurteilt worden sei. Die Aussage dieser Zeugin ist völlig belanglos. — Von größerem Interesse ist die Aussage des Polizeugehilfen Hollmann, der früher mit Jünemann bekannt war und diesen mit der Rasowski bekannt gemacht hatte. Der Zeuge ist aus Riga hierhergekommen, um Zeugnis abzulegen. Er hat 1¹/₂ Jahre lang mit der R. in freundschaftlichem, aber nicht geschlechtlichem Verkehr gestanden und ist mehrfach mit ihr ausgegangen. Auch er schildert die R. als sehr ungleichmäßig in ihren Stimmungen und beständig, daß sie manchmal Selbstmordgedanken äußerte. Rechtsanwalt Dr. Alberg: Sie haben ja den Jünemann recht genau gekannt: Hatten Sie ihn für fähig gehalten, einen Revolvermord zu begehen? — Zeuge: Nein. Der Angeklagte war in seiner Arbeit sehr pünktlich, im Geschäft sehr tüchtig und ich habe ihn nie als brutalen Menschen kennen gelernt, im Gegenteil, er hatte etwas Gutmütiges an sich. — Der Zeuge bekundet auf Befragen weiter, daß die R. auch viel

Hintertreppenromane und Liebesgeschichten

gelesen und er ihr verschiedentlich den Besuch der Kartenlegerinnen abgeraten, da diese einen schlechten Einfluß auf sie ausübten.

Zeuge Reiser Mann aus der Friedrich-Wilhelm-Straße: Jünemann ist in seiner letzten Stellung 1¹/₂ Jahre bei ihm beschäftigt gewesen. Der Zeuge war außerordentlich zufrieden mit ihm gewesen, denn er war der beste Gehilfe, den er je gehabt, fleißig, zuvorkommend gegen jedermann, und niemals jähzornig. Er und seine ganze Familie halten es für unmöglich, daß er einen Mord begangen haben könnte. — Hierauf kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen bezüglich der Kompetenz der Sachverständigen zwischen diesen und dem Verteidiger Dr. Alberg. Schließlich wird ein Antrag des Verteidigers über die beschränkte Vernehmung des Sachverständigen Dr. Strauch abgelehnt. — Während einer eingetretenen Pause formuliert der Verteidiger einen längeren Antrag auf Ablehnung des Dr. Strauch als Gutachter, soweit sein Gutachten nicht lediglich auf die Art der Verlesung und die Todesursache sich beschränkt. Dr. Strauch müsse als Befangen gelten; wenn er auch nicht Beamter der Polizei sei, so stehe er doch in einem beamtenähnlichen Verhältnis zur Polizei. Er habe außerdem seine Befangenheit durch eine Reihe von Fragen bekundet, die völlig aus dem Rahmen seiner Sachverständigen-tätigkeit herausfielen und darauf hinausgingen, die tatsächlichen Behauptungen des Angeklagten zu erschüttern. Die Kriminalpolizei stehe auf dem Standpunkt, daß Jünemann die Tat mit Wissen und Willen der Zeugin Stragies begangen habe, und Dr. Strauch habe schon vor dieser Verhandlung kundgegeben, daß er auf dem Standpunkt der Kriminalpolizei stehe.

Ueber diesen Antrag entwidelt sich ein lebhaftes Wortgefecht; schließlich wird der Antrag nach längerer Beratung vom Gericht abgelehnt. Nachdem noch eine Anzahl Zeugen vernommen waren, beantragt Rechtsanwalt Dr. Alberg nochmals Lokalbesichtigung.

Das Gericht beschloß, um 11 Uhr abends in dem Weberstraße 40b gelegenen Geschäft, in dem die Tat verübt worden ist, einen Lokaltermin abzuhalten.

Die Verhandlung wird hierauf abgedruckt und auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Soziales.

Vom Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Nach den Jahresberichten der Bergverwaltungen des Oberbergamtsbezirks Dortmund hat trotz der Zunahme der Belegschaft die Zahl der bei dem Berggewerbeamt anhängig gemachten Klagen im Vergleich zum vorhergehenden Jahre nicht unerheblich abgenommen. Bei den 10 Spruchkammern des Berggewerbeamtes in Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden insgesamt im Jahre 1909 1108 Klagen verhandelt, im Jahre 1908 dagegen 1428. Der Rückgang in der Zahl der Klagen ist nach Ansicht eines Reichsbeamten darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter häufiger wegen angeblich erlittener Unrechts persönlich in dem Dienstzimmer des Aufsichtsbeamten erschienen und nach erhaltener Aufklärung über die betreffenden Fälle auf Einlegung der Klagen verzichteten. Im Interesse der Bergarbeiter, denen durch gänzlich aussichtslose, auf einer Verkenntung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen beruhende Klagen häufig nicht unwesentliche Kosten erwachsen, könne man diese Erscheinung bloß mit Verachtung begrüßen.

Diese Erklärung des Rückganges der Klagen trifft gewiß nicht den Kern der Sache, es ist eine Verlegenheitsausflucht. Näher liegt gewiß, die immer strenger werdenden Wachs- und Organisationsverhältnisse der Zechenkönige, die neuerdings wieder in dem Zwangsnachweis ihren inebelnenden Ausdruck fanden, als Ursache heranzuziehen. Die Bergleute haben Grund, die Sache der Erwerbseigenen zu fürchten, wenn sie gegen erlittenes Unrecht am Berggewerbeamt Schutz suchen.

Ein fernerer Grund für den Rückgang der Klagen ist auch die Tatsache, daß sich das Berggewerbeamt keines Vertrauens bei den Bergleuten zu erfreuen hat, und die Urteile sowie die Art der Verhandlungsführung an den Spruchkammern des Berggewerbeamtes haben auch vielfach nicht die Wirkung, bei den Arbeitern eine günstige Beurteilung zu erzielen. Im Gegenteil.

Besonders „beliebt“ ist bei den Bergleuten der Verhandlungsführer der Spruchkammer III des Berggewerbeamtes in Dortmund. Zeigen wir aus dessen Verhandlungspraxis einige Fälle heraus.

Ein klagender Bergarbeiter wurde in der mündlichen Verhandlung von einem die Zeche vertretenden Inspektor mit „Beris“ und „Lüner“ tituliert, was nicht erträglich wurde.

Ein Zeuge eines Arbeiters wurde vor der Verurteilung vor den Folgen des Meineides gewarnt und ermahnt, keinen falschen Eid zu schwören. Der Zeuge meinte darauf abweichend: „Nein, nein!“ Der Gerichtsvorführende Bergrat Remy erklärte darauf: „Na, das kennen wir ja!“

In einem Falle hatte die Spruchkammer zugunsten des Arbeiters entschieden, und da das Klageobjekt über 100 M. betrug, legte der Bergmann Berufung an das Landgericht ein. Dieses urteilte zugunsten des Arbeiters. Später erklärte Bergrat Remy in einer Sitzung des Gewerbeamtes, das betreffende Landgerichts-urteil enthalte hahnensüchtigen Anstich!

In allerjüngster Zeit noch klagte ein Bergmann drei abgehaltene Strafbeträge ein, von denen zwei von der Zeche vertretung aus zu Unrecht einbehalten anerkannt wurden. Als der Zechevertreter nebenher erwähnte, daß derselbe Kläger auch schon früher einmal wegen abgehaltener Strafen geklagt habe, erklärte Bergrat Remy, der (Arbeiter) betrachte das also als Sport!“

Diese Redebelügen könnten bedeutend vermehrt werden, sie kennzeichnen den Geist, der am Berggewerbeamt herrscht, und der den Bergarbeitern jedes Vertrauen zu diesen Gerichten nimmt.

Nehmen aber die Klagen ab, so nimmt damit natürlich noch lange nicht die Erbitterung ab. Im Gegenteil, der Groll sammelt sich und steigt und verschärft damit die gespannte Lage im Ruhrgebiet.

Der Art der Verhandlung vor dem Gewerbeamt muß ein Ende gemacht werden. Eine solche Art der Verhandlung der Arbeiter ist ein Hohn auf eine gesunde Rechtsprechung.

Unberechtigter Einbehaltung der gestellten Kaution.

Die preussische Baugesellschaft weigerte sich, dem Wächter B. nach Lösung des Arbeitsverhältnisses die gestellte Kaution von 50 R. zurückzugeben. B. klagte deshalb gestern beim Gewerbegericht. Die Firma wendet ein, daß die Kaution wegen ungenügender Erfüllung der Pflichten des Arbeitsvertrages durch den Kläger verwirkt worden ist. Dem Kläger ist eine Separatbetonung eines Bauplatzes übertragen worden. Der Kläger hat nicht verhindert, daß von dort eine Fuhre Material fortgeholt worden ist. Die Baufirma mochte sie nun für den dadurch entstandenen Schaden haftbar. In der Gemeiselaufnahme zeigte es sich, daß die Beklagte in unberechtigter Weise von der Baufirma zum Ersatz eines Schadens, den diese überhaupt nicht erlitten hat, angehalten wird. Der Bauplatz war erst von einer anderen Baufirma an die jetzige Inhaberin abgegeben worden. Von jener war Material bestellt worden, das aber erst nach dem Wechsel auf den Bau angefahren wurde. Da aber weder die jetzt den Bau

ausführende Firma, noch deren Vorgängerin das Material bezogen hatten, ließ es der Lieferant wieder abholen. Dem steht aber die Baufirma Schwierigkeiten entgegen, so daß der Lieferant erst mit Hilfe der Gerichte wieder zu seinem Eigentum gelangte. Das Gewerbegericht verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der Kaution, da nach dem Sachverhalt die Baufirma gar keinen Schaden erlitten und demzufolge auch keinen Erstattungsanspruch hat.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Wartische:** Fleisch: Futur stark, Geschäft regt, Preise für Schweinefleisch nachgebend. Wild: Futur ohne Bedeutung, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Futur genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Futur mäßig, Geschäft regt, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur genügend, Geschäft wenig befriedigend, Preise fast unverändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 27. 4.	am 28. 4.	Wasserstand	am 27. 4.	am 28. 4.
	om	om		om	om
Remel, Mühl	202	202	Seale, Großh.	116	116
Bregel, Unterburg	90	90	Qabel, Spandau	78	78
Reichel, Thorn	181	181	Spree, Spremberg	78	78
Oder, Rathor	184	184	Bestow, Bestow	78	78
Kraus, Frankfurt	127	127	Seier, Rindon	68	68
Barthe, Schirum	25	25	Rhein, Rindon	506	506
Landberg	18	18	Raub, Rindon	302	302
Rege, Borsdam	14	14	Rain, Rindon	308	308
Eide, Leitmeritz	54	54	Redar, Weißbrom	180	180
Tresden	-58	-58	Rain, Weißheim	171	171
Bach	216	216	Rosel, Zier	83	83
Regensburg	178	178			

+) bedeutet Sturz, -) Fall, -) Unterbeart.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Straßauer Viertel.
(Bezirk Nr. 347, Teil I)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Emil Wendt** Memeler Str. 17 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Tochter **Martha Janitzky** geb. Thiemo nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Hohener Str. 2, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben und freisorgenden Vaters, Vaters und Schwagers **August Klose** sagen wir allen, insbesondere den Kollegen der Firma Wiedemann u. Garntkorn unseren herzlichsten Dank.
1907b
Familie Klose.

Dankfagung.
Für die erzielene Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Helden **Johannes Jahr** sagen wir unseren herzlichsten Dank, insbesondere dem Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede und verwandten Gewerbe.
Witwe Klara Jahr nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Eugen Sperg** am 26. d. M. an Blutergiftung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 29. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rath. Lichen Kirchhofes bei Spandau aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/19 Die Ortsverwaltung

Allen Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter **Auguste Schmidt** geb. Sasse nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Bekleid bitten
E. Schmidt und Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Friedberg-Gemeinde, Niederischonhausen-Kordend aus statt.

Annahmepreise!
für die Monate Mai, Juni u. Juli.
Gerstberger & Müller
Kohlengroßhandlung.
1. Lagerplatz Am Schlesienschen Güterbahnhof, Mühlentstr. 18.
Fernspr. Amt VII 10290.
2. Lagerplatz Pallasdenstr. 95.
Fernspr. Amt VII 4861.
Preise ab Wag von 10 Str. an:
p. Str. ca. 120 St.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein „Gesundbrunnen Harmonie“ für die vielen Kranzsenden und die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Elisabeth Schönwitz** unseren herzlichsten Dank.
Fritz Heise nebst Familie, Familie Schönwitz.
Dankfagung.
Für die Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Großmutter sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.
Julius Keilmann nebst Kindern.

Herbald Salen 72 St. 6,75 St.
Maria Grube Alwin 72 „ 6,75 „
Poley, Fließt und Pfannschaff 82 „ 7,75 „
Anhaltische Kohlenwerke 90 „ 8,50 „
Alte Halbtelns, Prima Qualität 90 „ 8,50 „
Balkan u. Ferdinand a. Str. 70 St. 80 „
Heyo u. A. K. W. Halbst. 80 „
Gaubwagen haben kostenlos zur Verfügung.
Bei größerer Abnahme verlangen Sie bitte Vorzugspreise.
Bei Anlieferung frei Haus per Str. ca. 10-20 St. mehr.

Artistenverein „Einigkeit“, Rixdorf.
Den Mitgliedern sowie allen Bekannten des Vereins die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins **Hermann Rieseweber** am Mittwoch, den 27. April, nach langem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Mai, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes am Rixdorfer Weg aus statt.
283/14
Der Vorstand.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Sämtliche Touren am 1. Mai fallen aus!
Touren
zum 5. Mai (Osternachmittag):
1. und 2. Abt.: Werder, 1 Uhr: Wannsee (Härtsend), 1. Abt. Start: Säulowstr. 68. 2. Abt. Start: Fontane-Trommelstr. 18.
3. Abt.: 6 Uhr: Borsow (Märkische Schweiz), 1 Uhr: Schöneiche (Waldschloß), Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 7 Uhr: Malz bei Grabowsee, 1 Uhr: Wilhelmshagen (Kollmann), Start: Rixdorfer Weg.
5. und 10. Abt.: 7 Uhr: Herrntour nach Königs-Wasserhausen, 10 Uhr: Damentour, 1 Uhr: Schöneiche (Road), 5. Abt.: Start: Stülum.
10. Abt.: Start: Webersstraße 6.
6. Abt.: 6 1/2 Uhr: Niederlehme (Sportplatz Siegenfeld), 1 Uhr: Adernid (Stadthaus), Start: Oberbergerstraße 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Müdersdorf, 1 Uhr: Neuland, Start: Adolfsstr. 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Gröbenid, 1 Uhr: Hohen-Reinendorf an der Nordbahn.
9. Abt.: 10 Uhr: Werder, Start: Schildingstr. 15.
10/17

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Kollnbecker Tor.
Billigste Bezugsquelle
Vertrieb 1. zur dauernden Kundlichkeit

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Die **Mai-Feier** der **Holzarbeiter** findet in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114, statt.
Die Versammlungen finden im Saal und im Garten statt und werden um 12 Uhr eröffnet.
Referenten: Liebknecht und Heinrich Schulz.
Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich am 10. Uhr vormittags in folgenden Lokalen:
Nobeltischer bei Wille, Dognmarktstr. 65.
Vobener im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Einsteher im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Zahnarbeiter bei Walter, Waldenstr. 62.
Kornarbeiter bei Walter, Waldenstr. 62.
Ritterarbeiter bei Wandach, Drelauer Str. 28.
Kleinarbeiter im Wärtischen Hof, Rindlerstr. 18.
Korbmacher bei Krause, Kustaner Str. 20.
Nichtmitglieder im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Die Tischler, Polierer und Dreher treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Werkstattungen abhalten, und gehen von dort nach der Neuen Welt.

Tischlerverein, E. H. 89.
Sonntag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15:
Versammlung.
Beschlussfassung über die Herrenpartie. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.
198/11 Der Vorstand.

Maifeier! Wahlverein Steglitz
Birkenwäldchen, Schützenstraße.
Konzert x Theater x BALL.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf. (202/18) Das Komitee.

Vorjährige hochelegante 50/17
Herrenanzüge u. Paletots
aus feinsten Stoffen
jezt 20 bis 50 Mark.
= Billige Hosenwoche =
Versandhaus Germania
Unter den Linden 21

Holzbildhauer!
Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“
Bersammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streik in Rabenau und seine Ausdehnung auf Berlin.
Sollgültiges Erscheinen der Kollegen ist notwendig.
20/4 Die Branchenkommission.
Unsere Bersammlung am 1. Mai findet dieses Jahr im Freien und zwar im Garten des Treptower Lustschloßes, Parkstraße 2, statt. Beginn mittags 12 Uhr. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet.
23/18

Todes-Anzeige.
Am Dienstagmorgen, den 26. d. M., verstarb an den Folgen einer Infektion der Schilddrüse, mein lieber **Adolf Ritter** (Stungstraße 16) im 61. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Thomaskirche in Rixdorf (Hermannstraße) aus statt.
Dies zeigt allen Bekannten und Bekanntenangehörigen des Verstorbenen an
Adolf Ritter, Reichsstr. 12, als Neffe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenaa):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
bleibt das beste Metallputzmittel.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr, im Lokale „Sanssouci“, Rixdorfer Str. 6:
Gr. Versammlung zur Feier des 1. Mai.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Refer.: E. Brückner u. E. Kloth.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen zum Einkleben der Malmarko.
Treffpunkt der Branchen: Album und Galanterie bei Wählich, Stallstr. 22; Buchbinder bei W. Verdt, Rixdorfer Str. 75; Karton bei V. Dietrich, Rixdorfer Str. 17; Goldschnitt bei G. Manzey, Rixdorfer Straße 18, um 10 Uhr.
23/18

Verband der Buch- und Steindruckerei-Mitarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Dienstagmorgen, den 27. April, nach langem, schwerem Leiden unserer Kollegen, Frau **Anna Wilke** im 42. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
27/9
Bermer Kard am Mittwoch nach langem schwerem Leiden unserer Kollegen, Frau **Anna Renner** im Alter von 34 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Pauls-Kirchhofes, Seefelder, aus statt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen
Die Zahlstelle Berlin.

Fahrtvermittlung.
Arbeiter - Radfahrer - Verein RIXDORF
Mitglied des Bundes „Solidarität“.
Die Versammlungen des Vereins finden jeden ersten Donnerstag im Monat bei **Fritz Hoppe**, Hermannstraße 49, jeden dritten Donnerstag bei **Adolf Tapper**, Steinmetzstraße 114, abends 7 1/2 Uhr, statt. Eintrittsgeld 75 Pf. monatlicher Beitrag 35 Pf. für weibliche und 40 Pf. für männliche Mitglieder, für Jugendliche 20 Pf. Mitglieder werden in jeder Bersammlung sowie beim Besonderen Paul Arndt, Steinmetzstraße 98, aufgenommen.
Achtung! Mitglieder!
Sonntag, den 1. Mai: Radtour. Start: nachmittags 4 Uhr im Rixdorgarten.
10/18
Der Vorstand.

Die teure Zeit
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.
Eine Quelle des Wohlstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Mod-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.- 16.- 18.-
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.-
Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Sonntags geöffnet von 7 1/2-10, 12-2 Uhr.
Stets großes Lager von :: Gelegenheitskäufen ::
Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Sonntag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
Berichtsberichte, Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission, Wahl des 2. Vorsitzenden, des Schriftführers, des Kuratoriums des Arbeitsnachweises, (Arbeitsnehmer), Entwürfe.
Mitgliedsbuch legitimiert.
145/6
J. A.: H. Schwittau.

Radfahrer! „Frisch auf“ Fahrräder
(gel. gelb.)
Geno: Die ein Fahrrad kaufen, beschließen Sie das Lager der Einkaufsstelle für die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität. Der Auf der Firma bürgt Ihnen für reelle Bedienung.
Großes Lager in Unesucht, Bekannten, Bekannten sowie allen erdenklichen Radfahrerarten zu Radfahren. Bedarfsartikel aller Art. Spezialität: Mägen, Sweater, Strümpfe. Klebige Hersteller der beliebten Gepäcktasche „Frisch auf“ (gel. gelb.).
Reparaturwerkstätten mit elektrischem Kraftbetrieb.
Fahrradhaus „Frisch auf“ Walter Wittig & Co.
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 35, Filiale: Kottbuser Str. 9.
Am 1. Mai sowie am 1. und 2. Pfingstfeiertage bleiben unsere Geschäfte geschlossen.
104/20*

Scheuerpulver

Salut

(Eingetragene Schutzmarke.)

Hygienisch bestes Reinigungsmittel; nicht zu verwechseln mit **Blitzblank**, welches keine :: Schutzmarke für Scheuerpulver darstellt ::

- Frühjahr 1910 -

HERREN-KLEIDUNG.

Fertig am Lager:

Paletots und Ulster

aus neuesten Stoffen in modernen Paalzformen und vorzüglicher Verarbeitung in eigenen Werkstätten hergestellt.

Peek & Cloppenburg

25, 26, 27
Gertraudenstraße
25, 26, 27.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Ziehung 11. u. 12. Mai
Berliner
Arbeits-
stätten-
Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.
50000
eines 2227 Gew. von 5 bis 5000 Mark
30000
e. ein Hauptgewinn Mark.
20000

Originallose a 2.— Mark.
Porto u. Liste 30 Pl. extra,
empfiehlt und versendet der
General-Debit
G. Dischlalis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen
Lotterie- und Zigarrengeschäften.

JOSETTI JUNO
Cigaretten sind diejenigen Cigaretten,
die in Geschmack und Aroma alle Merkmale
feinster Qualität aufweisen. Die besten Rohtabake,
in richtiger Weise zusammengestellt, haben verbunden
mit sorgfältigster, fabriktechnischer Bearbeitung in ihnen
ein Fabrikat geschaffen, dessen Ueberlegenheit jeder
Raucher anerkennt.
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35
Tel.: A. III, 5157

Ohne jede Anzahlung
Pianos erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
verkaufe ich
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 35/8*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Gegründet 1890. Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Arbeiter-
Bekleidung — Berufsbekleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 60.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Sonntag, den 1. Mai, findet die Maiseier im Birkenwäldchen bestehend aus Konzert, Theater und Ball statt. Anfang 4 Uhr. Auch beim Genossen Schellhose können sich die Genossen abends zum gemütlichen Beisammensein einfinden. Der Vorstand. Tempelhof. Heute Freitag abend: Flugblattverbreitung. Lichtenrade. Am Sonntag, den 1. Mai, findet ein Ausflug nach Dahlewig statt. Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr bei R. Deter. Der Vorstand

Berliner Nachrichten.

Frühling auf dem Kirchhof.

Auch über den Gräften spricht es und grünt. Auf all den weiten Totenadern der Weststadt, wo das Reichentum der Natur monatlang ausgebreitet lag über verwesenden Menschenleibern. Das schmutzige, von Schnee und Eis an den Grabhügeln festgefrorene Raub des in die Ewigkeit gesunkenen Jahres haben laue Frühlingswinde in alle Himmelsrichtungen verweht. Rahl und nüchtern noch ragen die meisten Grabstätten aus dem zum vollen Leben wiedererwachenden Erdreich hervor. Unhörbar scheint es wie von Geisterstimmen aus der Tiefe zu tönen: Schmächt uns... vergeht uns nicht! Und die denkende, fühlende, liebende Menschheit beherzigt das Räunen des Todes. Viel hundert geschäftige Hände sind jetzt dort draußen auf den mächtigen Leuchendfeldern Groß-Berlins tagtäglich bei der Liebesarbeit. Laufend und aber Tausend Hügel erhalten ihre frische Frühlingskleid. Von den Gedenksteinen sinken die hölzernen und blechernen Schutzhüllen, Milliarden von Grashalmspitzen strecken neugierig die ersten vorsichtigen Fühler aus, um sich bald zu einem grünen Rasenteppich zu vereinen. Hier und da im Grase künden schon vorwige Frühlingsblümelein, unbekümmert um Nachtfrost und Aprilschauer, den Sieg über die Winterherrschast. Die glatte Krautereisen zeigen die ersten kräftigen Blatttriebe, Lebensbäume und Esurenken haben in wenigen Wochen hellere, fattere Farben angelegt. Da vorn, wo die Bevorrechteten und doch im Tode so Hilflosen den letzten Schlaf schlafen, schüttet das Füllhorn des Frühlings schon zarten Segen aus: Hyazinthen und Krokus, Weicheln und Stiefmütterchen... Treibhausblüten! Bewundernd bleiben sie stehen, deren Weg nach dort hinten führt, wo in schier unübersehbarer Reihe genau so todesmatt die Armut ausruht vom harten, entlagungsreichen Leben. Nicht Leid ist es, das in ihren Herzen machtvoll aufsteigt, nur Freude, aufwallende Freude über den Frühling und seine lachenden Naturkinder. Und Freude über das Leben, das man weiterleben will, trotz aller Kämpfe und Stürme. Auch dort hinten auf den Armengräbern quillt und lacht der Frühling. Die nur ab und zu von gelben Sandwegen unterbrochene grüne, sprossende Grasnarbe ist die schönste Pflanze des großen Totenbets. Auf den kaum fuhohen Rasenhügeln kauern die Angehörigen die letzten Spuren des Winters und pflanzen im schmalen Streifen des Armengrabes ein kümmerliches Frühlingszeichen unvergänglich Liebe. Freilich, die meisten Grabstätten sind hier vergessen. Wie die Toten vergessen waren schon im Leben. Und oben auf den niedrigen Hügelchen sitzen lachende, mit den Grashalmen spielende Kinder... der Frühling des Lebens, dem das Leben mal besser blühen soll, als da unten in der Grube den misachteten, von Mitmenschen getretenen Toten.

Die Volkskassen im Notstand.

Die Volkskassen Berlins haben in der Zeit des Notstandes, der die unermittelte Bevölkerung nun schon seit mehreren Jahren so schwer bedrückt, auch über sich selber einen schlimmen Notstand hereinbringen lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß ihnen das widerfährt: in den jetzt 44 Jahren ihres Bestehens haben sie mehrfach mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. So oft die Arbeiterklasse unter Beschäftigungsmangel zu leiden hatte, Lebensmittelerhöhung ihre Entbehrungen auflegte, durch Wohnungsnot die Bedürfnisse noch erhöht wurde, bekamen bald auch die Volkskassen die Folgen zu spüren. Die Volkskassen wollen nicht ein auf milde Spenden angewiesenes Wohltätigkeitsunternehmen sein, sondern haben bisher den Grundhaft durchzuführen versucht, daß sie sich aus sich selber erhalten müssen. Dierach mühten sie, wenn die Wieten für ihre Speisefotole von den Hausbesitzern immer mehr gekürzt und die Preise der zur Speisenerzeugung erforderlichen Rohmaterialien von den Lebensmittelerzeugern immer höher geschraubt werden, auch die Preise der dargebotenen Gemüße dementsprechend hinaufzusetzen. Aber gerade in solchen Zeiten wird von den Besuchern der Volkskassen das als sehr hart empfunden, und nur zu leicht kommt es dann zu einer den ganzen Betrieb gefährdenden Minderung des Umsatzes, der ohnehin durch Arbeitslosigkeit und Notstand in der Regel sehr merklich beeinträchtigt wird. Lieber wird da zu dem anderen Mittel gegriffen, diejenigen Küchen zu schließen, die nicht einbringen, was sie kosten, und auf bessere Zeiten zu warten, in denen man sie vielleicht wiedereröffnen kann. Das heißt folgerichtig gehandelt, gewiß. Doch es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Volkskassen, die eigentlich dem Unbemittelten so etwas wie eine Gasse in der Not sein sollen, gerade dann versagen müssen, wenn die Not am größten ist.

Die letzten Jahre sind für die Volkskassen Berlins ganz besonders schlimm gewesen, so schlimm, daß geradezu ihr Weiterbestand in Frage gestellt worden ist. Immer mehr der Küchen mußten geschlossen werden, ohne daß sich die Möglichkeit bot, die eine oder die andere wieder zu eröffnen. Das Jahr 1908 brachte einen Verlust von 11 579 M., der aus den Ersparnissen der fetteren Jahre gedeckt werden mußte. Das Jahr 1909 hat bei 99 576,58 M. Ausgabe und nur 88 248,84 M. Einnahme mit einem Verlust von 11 327,74 M. abgeschlossen, so daß das Vermögen von noch 70 014,08 M. wieder um ein reichliches Fünftel geschmälert worden ist. Um weiteren Verlusten und der völligen Aufbrauchung des Vermögens vorzubeugen, haben die Volkskassen einstweilen ihren Betrieb nahezu gänzlich eingestellt. Während bis Ende des Jahres 1908 immer noch acht Volkskassen sich behauptet hatten, konnten in 1909 bis zum Jahreschluss nur noch vier offen gehalten werden, und auch von diesen haben inzwischen noch drei geschlossen werden müssen, so daß seit April 1910 nur noch eine einzige, die in der Stralauer Straße, in Betrieb ist. Bis ins Jahr 1906 hatte die städtische Zahl von 15 Küchen bestanden, und nun ist es in weniger als anderthalb Jahrzehnten zu solchem Zusammenbruch gekommen! In der diesjährigen Generalversammlung des Volkskassenvereins, die am Mittwoch stattfand, wurde vom Vorstand die Versicherung gegeben, der Weiterbestand der Volkskassen sei gesichert, man werde bald wieder mehrere neue Küchen eröffnen. Die Nachricht, daß das Ende der Volkskassen besiegelt sei, die in voriger Woche vom „Vollanzeiger“ gebracht worden war, wurde als unzutreffend zurückgewiesen. Es soll noch einmal,

wie schon vor einer Reihe von Jahren, versucht werden, die Volkskassen zu modernisieren, damit sie den Wettbewerb mit privaten Gastwirtschaften aushalten können. Warten wir ab, was da zustande kommen wird.

Frau Lina Margenhorn, die im Jahre 1866 die Volkskassen gründete, hat noch diesen bisher schlimmsten Niedergang ihres Unternehmens gesehen, ehe sie im Dezember 1908 starb. Vor Zeiten hatte sie geglaubt, daß sie mit ihren Volkskassen einen Beitrag zur „Lösung der sozialen Frage“, zur „Auslösung der sozialen Gegensätze“ usw. liefern könnte. Durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der neuesten Zeit war die alte Dame schließlich doch wohl noch von jenem schönen Wahn geheilt worden.

In der Sitzung der Deputation der städtischen Wasserwerke vom 28. April wurde beschlossen, die Einführung des Schiedsverfahrens für die Einziehung der Wasserrechnungen dem Magistrat zur Erörterung zu überweisen.

Ferner beschloß die Deputation die Errichtung eines Frei- oder Lustbades auf der Insel Baumwerder im Tegeler See bis nach Klärung der Besitzverhältnisse der drei Inseln im Tegeler See zu vertagen.

Schließlich nahm die Deputation Kenntnis davon, daß die Arbeitslöhne der Wasserwerksarbeiter durch Beschluß des Magistrats vom 1. Mai d. Js. ab eine Aufbesserung erfahren haben, so daß die bisherigen Ungleichheiten mit den Löhnen der Gaswerksarbeiter beseitigt sind.

Das Arbeiter-Jugendheim, Brunnenstraße 115, bleibt am 1. Mai geschlossen.

Zum Kaufmann Sobelschwings in der Oberleitung der Arbeitskolonien Hoffnungstal, Gnadenal und Lobetal bei Bernau ist der Sohn des Verstorbenen, ebenfalls ein Diener des Herrn, gewählt worden. Der Geist, der bisher in diesen „Arbeitskolonien“ der Stadt Berlin unter der Firma eines gemeinnützigen Vereinsunternehmens umging, wird also auch in Zukunft wohl kaum eine andere Richtung einschlagen. Tatsächlich hatte ja Sobelschwings junior schon seit länger als Jahresfrist für den erkrankten Vater das Heft in den Händen. So erwartete er auch den vorjährigen Verwaltungsbericht, dessen Text in mehrfacher Hinsicht ahnen läßt, wohin die Reise gehen soll. Ueber den Arbeitslohn heißt es da:

„Was wird aus dem Geld, das die Leute hier verdienen? Man hat mit Recht gerade bei der Gründung von Hoffnungstal Wert darauf gelegt, daß die Leute nicht umsonst arbeiten, sondern die nötige Kleidung zu verdienen, sondern auch einen Notgroschen zurückzulegen. Dies ist aus erzieherischen Gründen durchaus notwendig. Auf der anderen Seite liegt ohne Zweifel darin eine Gefahr. Wir können uns nicht verhehlen, daß ein Teil des hier verdienten Lohnes nach der Entlassung aus der Kolonie nicht zu dem Zweck verwendet wird, für den es bestimmt ist. Bei jeder Wanderung durch das städtische Asyl für Obdachlose wird es einem begegnen, daß man frühere Hoffnungstaler trifft, die sehr bald wieder dem Alkohol unterlegen sind. Die Hausväter haben bemerken müssen, wie die bösen Freunde am Bahnhof in Berlin schon diejenigen erwarten, die hier entlassen sind oder auf Urlaub kommen.“

Es ist bereits bei der Eisenbahndirektion der Antrag gestellt worden, von hier aus Gutscheine für Eisenbahnhelfer auszustellen, anstatt bares Geld in die Hände zu geben. In dem gleichen Zweck werden die Sparhefte des deutschen Herbergsvereins eingeführt werden.

Bemerkenswert ist ferner, daß für Hoffnungstal in diesem Jahre keine Kirchenkollekte veranstaltet wird. Es werde, wie der Verwaltungsbericht sagt, immer schwieriger, „das Widerstreben der Kirchenregierungen zu überwinden“. Die in Anspruch genommenen Gemeinden erklären vielfach, daß sie keinen Grund sehen, Geld zu sammeln zur Schaffung von Arbeit für Arbeitslose, wenn überall auf dem Lande drückender Mangel an Arbeitskräften besteht. Auch die Berliner Hauskollekte soll ausfallen, da die Einnahmen nicht die Kosten decken. Dafür will man durch Rundschreiben jeden deutschen evangelischen Pastor um ein Darlehen von 50 Emmen ersuchen. Die Herren, die selbst so gern nehmen, werden sich höchst zugunsten zeigen.

Humoristisch wirkt im Verwaltungsbericht der gefühlvolle Nachruf auf den Prügelpastor Breitkopf, Riezkyer Angehöriger, der sich bekanntlich in Hoffnungstal die Sporen verdiente. „Nachdem dieser Hoffnungstal verlassen, um bald darauf die Leitung einer Fürsorge-Erziehungsanstalt in Posen zu übernehmen, wurde die Lücke in der geistlichen Versorgung der Kolonie doppelt schmerzhaft empfunden. In Riezky kam's umgekehrt. Da wurde seine — Anwesenheit — schmerzhaft empfunden.“

Baunnglück Unter den Linden.

In der achten Morgenstunde ereignete sich gestern Unter den Linden 14, zwischen der Kleinen Nauertstraße und der Lindengalerie, ein schweres Baunnglück. Bei Renovierungsarbeiten stürzte in dem früheren Varietétal der „Gebirgshallen“ ein Teil der Decke ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Von den Verunglückten wurde ein Arbeiter tot unter den Trümmern hervorgezogen; zwei andere Arbeiter hatten leichte Verletzungen davongetragen. — Der ziemlich große frühere Varietétal der „Gebirgshallen“ sollte jetzt neu umgebaut werden, nachdem die Räumlichkeiten fast zwei Jahre leerstanden haben. Seit einigen Tagen sind in dem Saal mehrere Arbeiter damit beschäftigt, die alte Decke zu entfernen. Gestern früh stürzte plötzlich ein Teil der Decke ein. Auch das aufgestellte Gerüst brach hierbei teilweise zusammen. Die Arbeiter, die auf diesem arbeiteten, wurden zu Boden geschleudert und von den Trümmerteilen der Decke und des Gerüsts verwickelt. Der Zimmermann Albert Liberis erlitt bei dem Sturz so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb. Die Leiche wurde nach der Charité geschafft. Zwei weitere Arbeiter, Hampe und Buske, waren mit leichten Verletzungen davongekommen. Die Unfallstelle wurde sofort polizeilich gesperrt. Gegen Mittag erschien eine Kommission der Baupolizei, um den Tatbestand und die Schuldfrage festzustellen.

Vorsicht beim Einkauf von Briefmarken. Verdorbene Briefmarkenpackungen hat die Reichsdruckerei kürzlich an sämtliche Berliner Postämter verlustweise abgegeben. Es sind nicht mehr die bekannten großen Blätter zu je 100, sondern auf das Vierfache verfeinerte Tafeln zu je 25 Briefmarken. Den Posthalterbeamten will die Neuverteilung nicht gefallen. Namentlich klagen die Markenveräußerinnen, daß sie jetzt beim Abzählen bedeutend mehr aufpassen müssen und leicht Ranko haben können. Auch das Publikum, das an die Zehnerstreifen gewöhnt war, hält die Veränderung für unpraktisch.

Das Strafverfahren gegen den Führer Rucke zu Grünauer Linde, welcher Mitte Januar d. Js. den Schloffer August zu Kolberge erschossen hat, ist jetzt wegen voneinander Beweis von der königlichen Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Mutter und Kind verschwunden. Nach ihrer Entlassung aus der Charité ist die 15jährige Marie Dubaschin verschwunden. Die V. hatte vor einiger Zeit in der Charité einem Kind das Leben geschenkt und nach ihrer Entlassung fand sie bei einer bekannten Familie in der Gützkamerstraße 55 Aufnahme. Von dort ist sie nun spurlos verschwunden. Wohin sich die junge Mutter mit ihrem Kind gewandt hat, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Ein Kriminalbeamter bei einer Vernehmung von einem Taschendieb befohlen. Ein Taschendiebstahl ist auf einem Polizeirevier im Südwesten der Stadt verübt worden. Ein Taschendieb, der auf frischer Tat ergriffen wurde, war nach dem zuständigen Revier gebracht und dort von einem Kriminalbeamten vernommen worden. Während der Vernehmung verlor er den gefickten Dieb, dem Beamten aus der Seitentasche einen Siegelring, ein Familienerkstüd, unbemerkt zu entwinden. Erst einige Zeit nach der Vernehmung wurde der Beamte gewahrt, daß er selbst dem dreifachen Gauner zum Opfer gefallen war.

Ein erschütterndes Drama hat sich auf dem Begräbnisplatz der Segengemeinde in der Gustav-Adolfstraße abgespielt. Der Vatermeister Ludwig Schrock aus der Franzosstraße 48 hatte vor einigen Monaten seine Frau durch den Tod verloren. Die Ehe war eine außerordentlich glückliche gewesen und seit dem plötzlichen Dahinscheiden seiner Lebensgefährtin war Sch. schmerzlich. Freunden gegenüber äußerte er wiederholt, er werde seine Frau wohl nicht allzu lange überleben. Am Grabe der Toten verübte dann Sch. Selbstmord; er vergiftete sich mit Phosphor und brach sterbend an der Wunde zusammen.

Im Verfolgungswahnsinn hat sich gestern morgen die 28 Jahre alte Kaiserfrau Anna Haase, geborene Hierck, aus der Frankfurter Allee Nr. 87 das Leben genommen. Während ihr Mann sich gestern morgen nach 6 Uhr in einem Nebenzimmer befand, sprang die Unglückliche aus der Wohnstube der im 4. Stock des Seitenflügels gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und zog sich außer anderen Verletzungen einen Bruch der Wirbelsäule zu. Sie starb auf dem Wege nach der Hilfskammer in der Kopenstraße.

Ueber den Selbstmord der 65 Jahre alten Frau Kelmeyer in der Rankeuffelstraße 123, über den wir in unserer Dienstagnummer berichteten, werden wir gebeten, mitzuteilen, daß die Frau in geistiger Umnachtung in den Tod gegangen sei.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Wahlvereinsversammlung hörte zunächst einen Vortrag des Redakteurs Genossen Georg Schmidt über „politische Tagesfragen“. Die Kassenabrechnung vom 1. Quartal zeigte eine Einnahme von 2339,04 M. Die Ausgabe am Orte betrug 603,53 M., die Kreisliste erhielt 1559,33 M. — Die Stadtverordnetenwahlern erforderlichen eine Ausgabe von 1252,38 M., die Einnahmen beliefen sich auf 1022,20 M. Die Herrenpartie am Himmelfahrtstage führt von Schladtensee zum „Allen Freund“ auf Fischelweder. Abfahrt: Bahnhof Groß-Görschenstraße und Wannseebahnhof Friedenau 7 1/2 Uhr. — Die Genossinnen veranlassen am selben Tage einen Nachmittagsausflug nach Schmargendorf. — Die Maiseier des Wahlvereins wird in der „Schloßbrauerei“ abgehalten.

Ein Zusammenstoß zwischen dem Lastwagen 2749 der Linie 61 und einem mit Brettern beladenen Lastwagen fand gestern früh gegen 7 Uhr an der Kreuzung der Martin-Luther- und Apostel-Paulusstraße statt. Der Unfall gegen den Lastwagen, der nur noch mit dem hinteren Teil sich auf dem Weis befand, war so stark, daß der Wagen herumgeschleudert wurde und die Weichsel dem linken Pferde einen heftigen Stoß verfehlte, so daß es sofort niederstürzte. Der Kutscher ist zum Glück schadlos davongekommen.

Rixdorf.

Das Verhalten der Geschäftsinhaber zur Sonntagsruhe in Rixdorf. Mit diesem Thema wird sich heute Freitagabend 8 1/2 Uhr eine nach den Bürgerfalten, Bergstr. 147, einberufene öffentliche Versammlung beschäftigen. Die unteren Lesern bekannt ist, hat eine am 1. April d. J. stattgefundene Handelsangestellten-Versammlung den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen beauftragt, geeignete Schritte zur Einführung der Sonntagsruhe in den größeren Geschäften Rixdorfs zu unternehmen. Das Ergebnis liegt jetzt vor und soll in der Versammlung besprochen werden. Das Referat hat Genosse Georg Udo übernommen.

Charlottenburg.

Beim Kollisionsunfall verunglückt ist in der Nacht zum Mittwoch der in der Schilderstr. 108 wohnende Student Alexander Kullin auf dem Pflaster der Wilmersdorfer Straße. Er brach den linken Arm und wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus übergeführt. — Ebenfalls wurde in der Nacht zum Mittwoch der 19jährige Kaufbursche Artur Schröder, dessen Eltern in der Schilderstr. 40 wohnen, geschloft. Er stürzte auf Kollisionsunfall und fiel in schnellstem Tempo gegen ein Automobil, wurde überfahren und erlitt einen Bruch beider Unterschenkel.

Wilmersdorf.

Die reichste Stadt in Preußen.

Die städtische Deputation für die Statistik in Wilmersdorf hat über die steuerliche Entwicklung der Stadt in den Jahren 1901 bis 1908 sehr beachtenswerte Zusammenstellungen veröffentlicht. Es ergibt sich daraus, daß unser Vorort es bezug auf Steuerleistungen zur reichsten Stadt in ganz Preußen gebracht hat. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt hier nämlich für das Jahr 1908 an veranlagter Einkommensteuer ein Betrag von 35,64 M. Die Bedeutung dieser Zahl tritt am besten hervor, wenn man sich vergegenwärtigt, daß pro Kopf der Bevölkerung an veranlagter Einkommensteuer auf Schöneberg 22,33, Berlin 20,32, Rixdorf 7,88 und Lichtenberg 6,71 M. entfiel. Dennoch steht die Stadt Wilmersdorf trotz ihres Reichtums in ihren sozialpolitischen Leistungen weit hinter den weniger steuerkräftigen Nachbarorten zurück. Weil in der Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratische Ansporn fehlt, geht es selbst mit der Schaffung der notwendigsten Anlagen außerordentlich langsam vorwärts. In ganz Deutschland wird es wohl einzig dastehen, daß eine Stadt von mehr als 100 000 Einwohnern weder ein eigenes Krankenhaus noch eine Badeanstalt besitzt, von Bedingehelmen, Obdachlosenheimen und sonstigen Betätigungen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ganz zu geschweigen. Die reichen Steuerzahler haben ja Wohnungsauswahl in Ueberfluth, und das genügt den maßgebenden Vertretern des Volkes. Wer von den ärmeren Einwohnern etwa das Bedürfnis nach Körperpflege verspüren sollte, der mag die städtischen Anstalten der Nachbarorte bemühen. Der Mangel an sozialem Pflichtbewußtsein, dem der Magistrat erst langsam, und zwar unter dem hartnäckigen Widerstande der konservativen Stadtverordnetenmehrheit abhelfen will, sollte einer auf die Interessen Groß-Berlins acht gebenden Regierung allein schon für die Förderung eines gerechten Ausgleichs maßgebend sein. Wir sehen aber, daß die Staatsbehörden gar nicht daran denken, die Kosten in Groß-Berlin gerecht zu verteilen. Wenn etwa die Stadt Berlin auf die Notwendigkeit der Eingemeindung hinweist, so erfolgt vom Regierungssitz aus die Antwort, daß aus politischen Gründen dieser Forderung der Berücksichtigung nicht nachgegeben werden könne.

Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder werden auf die heute abend von 8 bis 7 1/2 Uhr stattfindende Ersaywahl von Delegierten zur hiesigen Orts-Krankenkasse im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, aufmerksam gemacht. Zu wählen sind sechs Delegierte. Ferner bringen wir zur Maiseier einen Beschluß der Unterkommision erneut zur Kenntnis, nach welchem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, sofern dieselben in Wilmersdorf wohnen, nur hier in Wilmersdorf zur Maiseier kommen und nicht nach Berlin. Die Gewerkschaftsunterkommision Wilmersdorf,

vieltausendköpfigen Menge mit begeisterten Zurufen empfangen. Der Aviatiker schien kaum zu wissen, um was es sich handelte; er war anscheinend vollständig erschöpft.

Die in der Zeit von 3 Stunden und 58 Minuten durchflogene Strecke betrug über 200 Kilometer. Nach den Berichten Paulhans flog er durchschnittlich in einer Höhe von 200 Metern dahin, erreichte stellenweise aber auch eine Höhe von 300 Meter.

Aus einer staatlichen Idiotenanstalt.

Ein Bahnarbeiter in Husum hatte auf Anraten eines Arztes seinen siebenjährigen Sohn, der in der geistigen Entwicklung vollständig zurückgeblieben war, in die Provinzial-Idiotenanstalt in Schleswig in Erziehung gegeben. Kürzlich besuchten die Eltern das Kind und fanden es in einem erbaumungswürdigen Zustande, trotzdem ihnen erst drei Wochen vorher von dem Direktor der Anstalt brieflich mitgeteilt worden war, das Kind befinde sich wohl und habe einen guten Appetit. Jetzt konnte das Kind kaum noch auf den Füßen stehen. Bei näherer Untersuchung zeigte sich, daß das Gesicht des unglücklichen Kindes über und über mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt war, einzelne Stellen waren mit Schorf überzogen und in der Heilung begriffen. In der Anstalt wurde dem Eltern gesagt, daß die Ursache der Striemen das öftere Sitzen auf dem Topfe sei, auch sei das Kind in der letzten Zeit krank gewesen und habe wenig Appetit gezeigt. Die Eltern nahmen ihr Kind sofort aus der Anstalt. Schon auf der Heimreise entwickelte das Kind einen gelunden Appetit und tat, als ob es ausgehungert sei. Zwei Husumer Ärzte, darunter der, der das Kind vor der Ueberführung in die Anstalt untersucht hatte und seinen damaligen Gesundheitszustand genau kannte, stellten durch Untersuchung fest, daß schwere Mißhandlungen an dem Kinde vorgenommen worden waren. Der Vater hat Strafantrag gestellt.

Fälschmünger in Italien.

Italien scheint klassischer Boden für jede Art der Fälschmüngererei zu sein; nach der in Florenz erscheinenden "Razione" wurden im Frühjahr 1909 1249 Personen wegen Fälschmüngererei resp. Vertrieb gefälschter Banknoten und Münzen den Gerichten übergeben. 11 671 gefälschte Banknoten im Gesamtwerte von 27 144 5 Lire wurden im Jahre 1909 in Beschlag genommen. Am meisten gefälscht wurden Banknoten nach dem Muster der von der Banca d'Italia ausgegebenen; die entdeckten Fälschungen — es waren 2875 Scheine — erreichten hier den Betrag von 199 300 Lire.

Kleine Notizen.

Von seiner Frau erschossen wurde in Nürnberg der Rektor der höheren Mädchenschule Dr. Herberich. Als Herberich von einem Spaziergange zurückkehrte, feuerte seine Frau drei Schüsse auf ihn ab; nach wenigen Minuten verschied Herberich. Außer der

Krau ist auch der Stiefsohn des Erschossenen, ein Student Dillinger, wegen Verdachts der Anstiftung verhaftet worden.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde unter einem Weichholz in der Cajetanhofkirche in München aufgefunden. An dem Leichnam zeigen sich Spuren einer gewaltsamen Tötung.

Ermordet wurde in der Nacht zum Donnerstag die Ehefrau des Bädermeisters Wirsing aus Rehliß (Rohrburg-Gotha). Wirsing selbst wurde durch 12 Messerstiche schwer verletzt. Als Täter wurde ein Bädergeselle verhaftet.

Ein Stallschweizer erschoss in Rolffen (Hannover) den Gastwirt Dergzen. Nach der Tat tötete sich der Mörder selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Durch ein Dynamitattentat versuchten im Zellengefängnis zu Murcia (Spanien) zwei zum Tode verurteilte Gefangene ihre Fellen zu sprengen. Die Explosion war furchtbar; mehrere Gefangene wurden verletzt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 31. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Weisheit und ihre Wandlung. — Der Unternehmerramp zur Ausbagerung der deutschen Bauleute. — Von August Brügmann. — Reformversuche vor der französischen Revolution. — Von Hermann Wendel. — Die Entwicklung des Deutschen Lohnportarbeiter-Verbandes zum Arbeiterverband. — Von Wilhelm Stumm. — Hinaus aufs Land! Von Dr. Wilhelm Gumma. — Notizen: Die Erbschaft in Polen. Von J. Althe. Ueber den Ursprung der Ausdrücke „Sozialismus“ und „Sozialist“. Von Gustav Lehmann.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Brochüren sind jederzeit zur Verfügung.
Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 51. Das deutsche Drama des 19. Jahrhunderts von G. Hiltebeitel. — Bd. 218: Vogelzug und Vogelkunde von H. R. Ewald. — Bd. 297: Christentum und Weltgeschichte bis zur Reformation von A. Sell. — Bd. 298: Christentum und Weltgeschichte seit der Reformation von A. Sell. Einzelband 1 M., geb. 1.25 M. S. G. Teubner, Leipzig.
Strudel. Roman von Henrik Stenboeck. Aus dem Polnischen überleitet von Dr. Adolf Sch. 3 M., geb. 4 M. D. Janke, Berlin, Anhaltstraße 11.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beantwortung Anderer Vordrucke Nr. 60, born vier Treppen — A. B. K. H. — wochentlich von P. bis 7 Uhr abends hat. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen zu bezeichnen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Beantwortung vor.

A. B. Die Frage läßt sich nur an der Hand des Lehrplans beurteilen. In Berlin stellen die Kurse eine ganz nützliche Einrichtung dar. Beschränken

sich die dortigen Kurse im wesentlichen auf die Ergänzung der Elementarbildung, so ist der Besuch zu empfehlen. — D. C. 21. Eine solche Karte erhalten Sie in Drogen- oder Farbenhandlungen. — G. H. 1. Etwa 20 000. 2. Mehrere Tausend. Eine Anzahl, die nahe daran waren, das Meer zu erreichen, sind niedergeschlagen worden. 3. Die Seebatallione wurden kommandiert, die übrigen haben, wenigstens formell, freiwillig teilgenommen. — M. P. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — F. G. 4. Sie können die Kasse nicht empfehlen. — Paul Schröder, Georgenstraße. Ja, und zwar unbeschränkt, wenn die Erhaltung durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben entstanden ist, sonst u. E. für die Dauer von 6 Wochen, wenn nicht Verschulden des Dienstboten vorliegt. — Karl 200. Blattsprünge mit einem aus den Blattschäden gebildeten Stamm, der eine Höhe von mehreren Metern erreicht. — Brüssel 1910. U. E. reichen 100 M. keineswegs. Der Betrag würde schon für Jahrgeld — 3 M. annähernd 50 M. — und für Logis aufgehen. Der Eintrittspreis beträgt etwa 1 Fr. Sie würden, selbst bei den bescheidensten Ansprüchen, doch mindestens das Doppelte benötigen. — Anna W. 26. 1. Binnen 6 Monaten; falls Sie getrennt leben, binnen 10 Jahren. 2. Sie müssen sich ein Arztnotizbüchlein beschaffen. 3. Strafantrag kann erst nach Rechtskraft des Scheidungsurteils, höchstens binnen 3 Monaten gestellt werden. — P. A. 21. Nein. — U. R. Fragen Sie beim Gericht an, ob und wann Termin ansteht. — G. B. 65. Wir können nicht zum Beitritt raten. — A. 100. 1. Nein. 2. Der Ehemann nicht, wohl aber die Frau, was in der Regel auf dasselbe hinausläuft. — G. P. 10. Die Steuern würden erst mit Ende dieses Jahres verjähren. — C. B. 50. 1. Der Arbeiter ist nicht verpflichtet, sich auf den Widerruf einzulassen. 2. Ja, insbesondere auch dann, wenn Sie nachweisen können, daß Arbeit vorhanden war und somit die Notwendigkeit zum Ausbleiben nicht vorlag. — Moabit 21. Wenn Ihnen ein Scheidungsgrund zur Seite steht, so können Sie getrennt leben und Unterhalt beanspruchen, auch bei Gericht beantragen, daß die Sorge für die Person des Kindes dem Vater entzogen und Ihnen übertragen wird. Außerdem können Sie bei dem Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Pflegers für das Kind beantragen, der dann auch für das Kind die Unterhaltsansprüche geltend machen kann. — Junger Parteigenosse Nr. 100. Eine Detail vor erlangter Großjährigkeit ist für den männlichen Teil unzulässig, selbst wenn der Vater seine Einwilligung gibt.

Witterungsüberblick vom 28. April 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Emmende	764.5	SW	2 heftig	7	Nabatunda	758.5	ND	2 mäßig	8
Lamburg	765.5	SW	2 bedekt	6	Petersburg	767.5	SW	2 bedekt	13
Berlin	765.5	SW	1 mäßig	6	Seife	760.5	SW	4 mäßig	9
Frankfurt	765.5	SD	1 dumpf	5	Herzogen	747.5	SW	5 bedekt	8
München	766.5	SD	4 mäßig	5	Paris	764.5	SD	1 bedekt	7
Wien	766.5	SW	2 heftig	7					

Wetterprognose für Freitag, den 29. April 1910.

Etwas wärmer, viellicht heiter, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 29. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Pola. Cavalleria rusticana.
Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch.
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Sumurun.
Kammerspiele. Savan.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Hochzeit der Sobride. Wie er ihren Mann belang.
Somitische Oper. Tiefstand.
Festung. Das Konzert.
Kleines. Luxusgang.
Berliner. Talian.
Neues. Der Philosoph von Sand-souci.
Westen. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Theodora u. Cie.
Reibenz. Das Raschlicht. Der selbige Octave.
Theater. Die Dollarprinzessin.
Festel. Festhölchen. Der Prosch.
Schiller O. (Sänger - Lucater.)
Die Katakomben.
Sch. in Charlottenburg. Goldene Herzen.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
Alt-Heidelberg.
Volksoper. Der Trompeter von Säckingen.
Boisep. Der Trompeter von Säckingen.
Luisen. Die Welt ohne Männer.
Folie. Preciosa.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jal. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Theater des Westens.
Heute 8 Uhr: Die geschiedene Frau.
Morg. 7 1/2 u. 1. M.: Tausendfüßler.
Samst. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigtem Preise: Der Zigeunerbaron.
Friedrich-Wilhelmstädtsches Schauspielhaus.
Freitag, den 29. April, abends 8 Uhr: Anf.-Gasth. d. Neuen Schauspielhauses
Alt-Heidelberg.
Sonntag zum letzten Male: Alt-Heidelberg.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
(Le Gigolo.)
Schwan in 3 Akten v. M. Gamacois.
Der selbige Oktave.
Grosste in 1 Akt von Yves Mirande und Henry Gervais.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.
Voltsstück in 3 Akten von Alex. Engel und Julius Dorst.
Sonntag und Sonntag: Die Welt ohne Männer.
Montag: Die Welt ohne Männer.

Schiller-Theater (Wallner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Davis. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jal. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Vorletzter Tag!
Cleo de Merode.
Siegwart Gentes
In seinem Sketch:
„Eine Operaprobe“.
Wardia Beketow,
Schulreiterin.
Paul Conchas
in seiner Szene: „Im Feldlager“
und das buntwechselnde
April-Programm!
W. Noacks Theater
Strummenstr. 10, am Kolonnenplatz
Zum letzten Male:
Alt-Heidelberg in seine.
Schauspiel in 3 Akten.
Sonntag:
Sherlock Holmes.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Voltsstück in 4 Akten v. C. Starckweid.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Lange.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Reineidbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Herrnfeld
Theater
Kommandantenstr. 57. T. H. 4, 5083.
Sensationserfolg
des neuen
Herrnfeld-Schlagers
Wenn zwei
dasselbe tun.
Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten mit den Autoren t. d. Hauptrollen u.
Das starke Stück.
Schwan von Julius Dorst.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
(Theaterkasse.)

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Gussy Holl
die reizende Parodistin
Ayoe
die dänische Vortragsdiva
Georg Kaiser
und 14 erstklassige
Varieté-Attraktionen.
Passage-Panoptikum.
!!! Lebend !!!
Prinz Atom
der kleinste Mensch der Welt.
Buddhas Wundertafel.
Weiß
Kann
Schreibt
Alles!
Alles ohne Extra-Entree!

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Direktor Dr. P. Schwahn:
Der Halleysche Komet
Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
Neuer bunter Teil.
Ein verschwiegenes Atelier.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Voigt-Theater
Geandrummen. Abstr. 58
Freitag, den 29. April 1910:
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 3 Akten mit 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Kassensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater
Lottengrabenstraße 37. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinem Besuch:
Familie August Knoche.
Sonnt. 4 Uhr: Rutter Gröbert.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Meysel
Anfang:
Bis Freitag
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.
Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Morz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 50, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Neben Sonntag im Oberloal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Wilhelm Hagenbecks
größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde
Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Straße
Ecke Linien-Straße
Nähe Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Tägl. vorm. von 10-12 1/2 Uhr:
Besichtigung, Probe u. Fütterung.

Sanssouci, Kottbusser
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Dienstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
und Tanztruppen.
Sonnt. Beg. 5. wochent. 8 U.
Preis neues, wechselndes
Programm!
Die neuesten Schlagert
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Lessing-Theater.
Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag, 3 Uhr: Die Weber.
Sonntag, 8 Uhr: Ein Volksfest.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Philosoph von Sanssouci.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2, 11 Uhr.
Preciosa.
Schauspiel mit Ges. u. Tanz in 3 Akten v. Wolff. Musik von R. W. v. Weber.
Sonntag: Der Pfarrer v. St. Georgen.
Königstadt-Kasino.
Polzowstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitätenvorst. Um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Einkl. Singpiel v. R. Hoberfeld.
Reut. The 3 Albertos, phänomen. Straßentheater v. Metz. Ottokar. Landesvolant v. Erich Castell.
Franz Sobanski usw.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr.
Spezialitäten-Programm.
Lunel: Die allergrößte Kanone
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Karl Haverland
Theater. präg. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderbare
April-Program.
Bisiputaner-Truppe
prolongiert.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 1. Mai 1910:
Maifeier

Frankes Festsäle
Badstraße 19.
Heute:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anfang 8 1/2 Uhr. Nachhem: Tann.
Städtebau-Ausstellung
1. Mai bis 15. Juni. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule
Hardenbergstr. 33.
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze.
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
2. Mai: Vortrag, 8 Uhr: Landes-
beurzt Prof. Goetze: „Welche Er-
wartungen dürfen wir an das Er-
gebnis des Wettbewerbs Groß-Berlin
knüpfen?“ (Lichtbildor.)

